Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41. | Dresden, Freitag den 19. Februar 1909. | 20. Jahrg.

Die Maske herunter!

Der Kampf gegen die Nachlaßsteuer ist ein Kampf der Steuerdefraudanten. Die unehrliche Gesellschaft aller derjenigen, die einen Triumph darin sehen, ihren Teil an staatlichen und kommunalen Lasten von sich durch schäbigen Betrug abzuwälzen und somit die Lasten der anderen zu vergrößern, hat jetzt mit dem bei den Landbündlern üblichen Geschrei gegen den Versuch, wenigstens beim Tode eines Steuerpflichtigen von Amts wegen festzustellen, wieviel er an Geld und Gut besessen hat. Das ist der einzige Grund, der hinter dem konservativen Treiben steckt.

Kein einziger von den Agrariern, die heute behaupten, eine Besteuerung des Nachlasses sei eine Zerstörung der sittlichen Weltordnung, ein Verbrechen gegen die Heiligkeit des deutschen germanischen Familienlebens, ein Einbruch in das geheiligte Gebiet allerpersönlichsten Schmerzes, und wer weiß sonst noch was, glaubt an seine eigenen Worte: es ist alles Schwindel! Schwindel, um anderen Schwindel zu verdecken, und um neuen Schwindel möglich zu machen. Dieser Sachverhalt muß mit allem Nachdruck in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt gemacht werden, damit niemand mehr im unklaren über die Qualitäten der ehrbaren Herrschaften bleibt, die daneben so eifrig am Werke sind, dem schwerbeladenen arbeitenden Volke neue unerhörte Schröpfung angedeihen zu lassen.

Solange die Frage einer Nachlaßbesteuerung nicht brennend war, haben auch die Agrarier, wie wir schon nachgewiesen, gewichtige Gründe für ihre Einführung vorzubringen gewußt. Jeder Versuch, das aus der Welt zu lügen, ist verboten. Aber nun auf einmal wurde ihnen klar, daß die Nachlaßsteuer eine unliebsame Nebenwirkung haben könnte, die sie unter allen Umständen vermeiden möchten. Lieber soll der „Block" zerkrachen, lieber Bülow und selbst Rheinbaben zum Kuckuck gehen, als daß die Steuerdefraudation erschwert wird!

Man braucht sich ja nur die Vorlage der verbündeten Regierungen anzusehen, um zu erkennen, daß die Nachlaßsteuer an sich auch den wütendsten Bündler nicht schrecken könnte: nur Nachlässe von mehr als 20 000 M. sollen besteuert werden; die Steuer ist bei den kleineren Nachlässen sehr gering, kann sogar, soweit Landbesitz in Frage kommt, auf zehn Jahresraten verteilt werden, so daß kein Erbe in Schwierigkeiten geraten kann. Und das sollte unannehmbar sein? Ein Bauer, der ein Gut von mehr als 20 000 M. Wert erbt, sollte nicht imstande sein, zehn Jahre lang ungefähr 20 M. jährlich aufzubringen?

Ja, wem will man denn diesen Unsinn eigentlich einreden? Nein, und dreimal nein! Es ist nicht die Nachlaßsteuer an sich, die man bekämpft, sondern die — Nebenwirkung. Wenn sich bei der Aufnahme eines Nachlasses herausstellt, daß der verstorbene Besitzer jahrelang, vielleicht immer, sein Einkommen und sein Vermögen falsch angegeben hat, um Staat und Gemeinde um die schuldigen Steuern zu prellen, dann wird sein Name nicht nur nachträglich noch als der eines Betrügers an den Pranger geschlagen, sondern seine Erben müssen auch noch, wenigstens in einem gewissen Umfange, für den Betrug aufkommen und den Beutel auftun. Daher die Tränen!

Sachkundige Beurteiler des preußischen Steuerwesens haben erklärt, daß nach ihrer Meinung die Einführung der geplanten Nachlaßsteuer eine Erhöhung des Aufkommens aus Einkommen- und Vermögenssteuer um mindestens 30 bis 40 Millionen Mark jährlich zur unmittelbaren Folge haben werde, weil die gewohnheitsmäßigen Defraudanten wohl oder übel ihr Einkommen und Vermögen dann ehrlicher als bisher angeben müßten. Die ganze in Preußen geplante Steuererhöhung würde überflüssig sein, wenn dieser Erfolg einträte. Endlich würden dem Staate auch einmal wieder Mittel für Kulturaufgaben zur Verfügung stehen, an denen jetzt in einer gemeinschädlichen Weise gespart wird. Und genau so steht es in Sachsen und den übrigen Staaten.

Die schlimmsten Steuerhinterzieher, die ungeniertesten Betrüger sitzen erfahrungsgemäß in den Reihen der agrarischen Besitzer. In den Städten mag der böse Wille, den Staat zu betrügen, nicht geringer sein, aber die Ausführung des Vorhabens ist schwieriger. Ein Teil der städtischen Bevölkerung ist gesetzlich gezwungen, ordentliche Bücher über seine Einnahmen und Ausgaben zu führen, in die die Steuerbehörde sich Einblick erzwingen kann. Ein anderer Teil steht gewissermaßen unter öffentlicher Kontrolle, kann mindestens seiner geschäftlichen Konkurrenz kein X für ein U vormachen. Die Arbeiter endlich müssen ihr Einkommen auf Heller und Pfennig versteuern, nachdem man die Unternehmer gezwungen hat, die Lohnlisten jedes einzelnen der Behörde vorzulegen. Von alledem ist auf dem Lande keine Rede — soweit die Besitzenden in Frage kommen, denn dem armen Teufel kann man natürlich auch dort nachrechnen, was er einnimmt und verdient. Die Bauern und Großgrundbesitzer sind nicht gezwungen, bestimmte Geschäftsbücher nach kaufmännischen Regeln zu führen, sie brauchen keine Inventuren zu machen und Bilanzen zu ziehen, ihnen kann auch der sachkundige Beobachter sehr schwer nachrechnen, was sie einnehmen und auszugeben haben. Selbst der ehrliche Landwirt — und wir sind die letzten, die bestreiten, daß es ihrer viele gibt — kann mangels genügender Grundlagen im gegebenen Falle im Zweifel darüber sein, wie hoch sein Einkommen sich stellt und welches der Wert seines Besitzes ist. Aber diese ehrlichen Männer werden eben bemüht sein, sich die buchmäßigen Grundlagen für eine richtige Steuererklärung zu verschaffen; für sie kann daher auch eine Nachlaßbesteuerung keine Bedenken haben.

Man möge uns nicht mit dem Einwand kommen, unser Urteil über einen großen Teil der Besitzenden auf dem Lande sei zu hart. Zum Beweise der Wahrheit unserer Darlegungen brauchen wir ja nur darauf zu verweisen, daß in den östlichen Provinzen Preußens die betrügerischen Hinterziehungen der Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung eine so weite Verbreitung erreicht haben, daß die Leistungsfähigkeit der dort bestehenden Versicherungsanstalten erschüttert wurde. Und wer wollte wohl behaupten, daß die edlen Agrarier ihr arbeiterfeindliches Treiben aus Unkenntnis der Gesetze jahrzehntelang fortgesetzt haben? Jedes Kind weiß, daß Klebemarken für Arbeiter anzuschaffen, aufzukleben und ordnungsmäßig zu entwerten sind. Oder will man uns nun weismachen, der Trieb zur betrügerischen Abschiebung von öffentlich-rechtlichen Lasten betätige sich in den Gefilden Agrariens ausgerechnet nur bei den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung? Gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus! Die paar Bettelpfennige für die Klebemarken zu unterschlagen und dadurch einen alten Landarbeiter um seinen Anspruch auf Altersrente zu begaunern, lohnt sich eigentlich gar nicht. Aber wenn ein Großgrundbesitzer sich um die Einkommensteuer drücken kann, dann spart er Hunderte, unter Umständen Tausende von Mark in jedem Jahre.

Weil die Dinge so liegen, deshalb haben alle anständigen und ehrlichen Menschen in Stadt und Land ein gleiches Interesse daran, dem gemeingefährlichen Treiben der Steuerdefraudanten ein Ende zu machen und den Gegnern der Nachlaßsteuer die Maske vom Gesicht zu reißen. Je eher und gründlicher den Schwindlern das Handwerk gelegt wird, um so besser ist es!

* * *

Die Rebellion der reichen Erben.
Die sozialdemokratische Reichsregierung.

Am Mittwoch abend hat der Herr v. Bülow bei dem Festessen des Landwirtschaftsrates sanft und zärtlich seinen agrarischen Freunden zugeredet, sich mit der Reichsregierung zu verständigen. Die Antwort ward ihm am Donnerstag erteilt, da der Landwirtschaftsrat, im Sitzungssaale des preußischen Herrenhauses versammelt, in die Beratung der Steuervorlagen eintrat. Je demutvoller der Kanzler des Reichs sich vor den agrarischen Hoheiten verneigte, um so forscher und brutaler verkündeten nun die Junker ihre unversöhnliche Ablehnung gegen die Nachlaßsteuervorschläge der Regierung.

Man könnte die dreiste Waghalsigkeit dieser Nachfahren einstiger Raubrittergeschlechter geradezu bewundern, wenn man nicht wüßte, daß ihr frecher Uebermut seine Kraft nur zieht aus der altgewohnten Unterwürfigkeit der Regierung und aus der jämmerlichen Zaghaftigkeit der bürgerlichen Parteien. Es ist fast herzerfrischend, wie die dreisten Junker den Bülow zausen und verhöhnen, wie sie ihn sozialdemokratischer Anschauungen bezichtigen und wie sie die Nachlaßsteuervorlage der „hohen verbündeten Regierungen", weil sie ihnen nicht gefällt, schon als einen Kadaver auf den Mist werfen.

Die „Gründe", die im Landwirtschaftsrate gegen die Nachlaßsteuer angeführt wurden, sind natürlich überhaupt nicht ernst gemeint. Die Klagen, daß der Besitz den besitzlosen Massen, die im Reichstag herrschen, ausgeliefert werde, sind nur humoristische Teufeleien der Ärgsten, die, im Bunde mit den liberalen Parteien des Reichstages, im Begriff stehen, gerade den besitzlosen Klassen die ganze Last der neuen kolossalen Steuerabgaben aufzulasten. Es handelt sich um weiter gar nichts, als daß die agrarischen Besitzer überhaupt nichts zahlen wollen zu dem großen patriotischen Werke, von dessen Durchführung, nach Bülow, „die Ehre und Existenz des Reiches" abhängt. Die Regierung hat nur den kleinen Fehler begangen, daß sie glaubte, der 400-Millionen-Last, die die breiten Massen tragen sollen, eine Anstands- und Dekorationssteuer der reichen Erben hinzufügen, und daß sie hierbei den brutalen Egoismus ihrer nächsten Freunde nicht sorgfältig genug einschätzte.

* * *

Bericht vom Landwirtschaftsrat.

hg. Berlin, 18. Februar.

Auf der Tagesordnung stehen die Berichte über die Steuervorlagen des Reichstags. Die Referenten legen einen gemeinsamen Antrag vor, der nach einleitenden Darlegungen wie folgt lautet:

„Von diesem Standpunkt aus sind für die deutsche Landwirtschaft die Entwürfe eines Nachlaßsteuergesetzes und des Gesetzes über das Erbrecht des Staates unannehmbar, weil dieselben nicht angemessene Rücksicht auf die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion und ihre geringe Rentabilität gegenüber dem Handel und der Industrie nehmen, weil dieselben ferner nicht genügend die Gewährleistung des Eigentums, die Erhaltung des Besitzes in der Familie, die Stetigkeit des ländlichen Grundbesitzes und die politische und soziale Bedeutung der Werkfortsetzung beachten und damit die segensreiche Wirkung der geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete des Erbrechts und der Entschuldung in Frage stellen.

Mit den übrigen Steuervorlagen erklärt sich der Deutsche Landwirtschaftsrat im Prinzip einverstanden."

Landtagsabgeordneter v. Stockhausen (Abgumst) führte zur Begründung der Resolution folgendes aus: Der wichtigste Entwurf in den neuerlichen Steuervorlagen ist für die Landwirtschaft

die Nachlaßsteuer.

Es ist aber nur ein Name für die Erbschaftssteuer, die ausgedehnt wird auf die nächsten Angehörigen, Ehegatten, Kinder und Enkel, im Gegensatz zu dem bisherigen Grundsatz der Unantastbarkeit des Eigentums. Die landwirtschaftlichen Werte des Grund und Bodens sind bei diesen Anrechnungen des Wertes, wie anerkannt werden muß, in einer Weise berücksichtigt worden, wie das schon immer von den landwirtschaftlichen Vertretungskörperschaften gefordert wurde. Der Wert der Fläche wird nicht nach dem Verkaufswert eingeschätzt, sondern nach dem Ertragswert. Er soll nicht im Fünfundzwanzigfachen, wie bisher die Erbschaftssteuer, sondern im Zwanzigfachen kapitalisiert werden. Aus Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Liegenschaften soll gestattet sein, diese Nachlaßsteuer in Form einer Rente auf zwanzig Jahre zu verteilen. Hier öffnet sich die Aussicht für die Landwirtschaft, daß sie wieder eine neue, vorläufig ja noch sehr geringfügige dauernde Belastung erhält. So klein die Sätze sind, so liegt doch schon in der Bestimmung des Gesetzes der Hinweis auf eine sehr schwere Gefahr. Denn in der Begründung wird ausgesprochen, daß die einzelnen Staaten das Recht haben sollen, beliebige Zuschläge für den eigenen Bedarf hinaufzulegen. Die landwirtschaftlichen Körperschaften haben sich allgemein gegen diese Art der Besteuerung des landwirtschaftlichen Besitzes ausgesprochen. Es handelt sich nicht so sehr um die materielle Seite als vielmehr um die prinzipielle Seite. Eine derartige Besteuerung des Nachlasses wird sehr viel schwerer zu ertragen sein als die Besteuerung des Mobilienkapitals in Handel und Industrie. Denn der Erbe eines landwirtschaftlichen Wertes erbt doch nicht nur den Besitz, sondern auch die darauf ruhenden Schulden. Das steht in diametralem Gegensatz zu allen Bemühungen, die auf die Entschuldung des ländlichen Besitzes hinauslaufen (Lebhafte Zustimmung), im Gegensatz zu allen Bestrebungen, den Bauernbesitz der Familie zu erhalten. (Sehr richtig! und Beifall.) Wenn gesagt wird, daß die Steuer nur geringfügig ist und daß die große Zahl von bäuerlichen Besitzungen gar nicht in Betracht kommt, so muß entgegengehalten werden, daß gerade der mittlere Besitz schon so belastet ist, daß er schwer noch eine weitere Steuer tragen kann. Und wer bürgt uns dafür, daß bei Mehrbedarf des Reiches und der Einzelstaaten diese Steuerquelle nicht als ausbildungsfähig betrachtet werden wird? (Sehr richtig!) Man muß sagen, daß diese Verfügung des Staates über das Vermögen der erste Schritt zur

Verwirklichung des sozialdemokratischen Staatsgedankens

ist, der alles Eigentum, allen Besitz aufheben will, und diejenigen, die nichts haben, von der Besteuerung freilassen, und lediglich den Besitz heranziehen will. Wenn auch die Sätze gering sind, so muß man dabei sagen: Principiis obsta! (Widerstehe den Anfängen.) Wer bürgt uns dafür, daß bei einer Volksvertretung, wie der Reichstag, die hervorgegangen aus allgemeinen und direkten Wahlen, irgend welche Sicherheit gegeben ist für das Eigentum? Natürlich, die so große Masse der Besitzlosen ist gern geneigt, zu dekretieren: Nicht ich zahle etwas, sondern das mögen die Besitzenden tun! Es wird auch damit die Kapitalisierung verhindert, weil die Eltern keine Garantie haben, daß ihre Arbeit auch ihren Kindern zugute kommt. Die Einheit der Familie wird gefährdet. Das Reich ist seinerzeit aufgebaut worden auf den indirekten Steuern und den Matrikularbeiträgen. Die Matrikularbeiträge lasten ja schwer auf den Einzelstaaten, aber wenn man sie erhöht, dann bleibt man doch immer noch Herr im Hause und unterliegt nicht der Kontrolle der Vertretung der Massen, die keinen Besitz haben und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

den Besitz als etwas Verbotenes betrachten und geneigt sind, über den Besitz anderer zu verfügen. Es ist nötig, daß man an den fundamentalen Grundsätzen, auf denen das Reich aufgebaut ist, festhält.

Weiter wendet sich der Redner zu dem

Erbrecht des Staates.

Damit wird **auch die sozialdemokratische Anschauung** anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. (Natürlich sagt kein Sozialdemokrat: der Besitz sei ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den zur Auswucherung und Ausbeutung von Nebenmenschen benutzten Kapitalsbesitz. Die Redaktion.) Wenn man bedenkt, daß das Gesetz nach dem Voranschlag ganze 35 Millionen bringt, muß man sich doch sagen, daß das nicht die Erschütterung der Rechtssicherheit, die in weiten Kreisen auftritt, aufwiegt. Bei dem ganzen Steuergesetz sind nicht materielle, sondern prinzipielle Bedenken für uns maßgebend. Wenn erst mal mit dem Grundsatz gebrochen ist, **dann folgt das übrige schon nach.** (Lebhafter Beifall.)

Es wurde zunächst in eine Diskussion über die Nachlaßsteuer eingetreten.

Professor **Sering** (Grunewald): Im Widerspruch zu der großen Mehrheit dieser Versammlung müsse er **für die Nachlaßsteuer und das Erbrecht des Staates** eintreten. Er glaube wohl über den Verdacht erhaben zu sein, daß er etwa aus Mangel an Interesse für die Landwirtschaft und für den Familienbesitz oder aus Mangel an Würdigung einer bodenständigen Bevölkerung dies tue. Nach seiner Auffassung stehen wichtige Dinge auf dem Spiel. Die Landwirtschaft habe ein Interesse daran, frei von Schlagworten den Dingen entgegenzusehen. Ich vermag nicht in der Nachlaßsteuer eine Benachteiligung der landwirtschaftlichen Interessen zu erblicken. Die Steuer bringt allerdings manche Unzuträglichkeiten mit sich, aber der Grundgedanke ist richtig. Einen sozialistischen Grundgedanken habe ich in der Steuer nirgends gefunden. Wie weit die Steuer vom Sozialismus entfernt ist, zeigt schon der Umstand, daß sie in fast allen Kulturstaaten eingeführt ist, in England, vielen englischen Kolonien, verschiedenen amerikanischen Staaten, einer Reihe schweizerischer Bauernkantone und in anderen Ländern. Die Steuer steht auch nicht im Widerspruch mit den Bestrebungen auf die Entschuldung des ländlichen Besitzes. Nun meinte Herr v. Stockhausen, daß die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertreter im Reichstag bald weitergehen würden. Das ist eine Machtfrage. Wenn die breiten Massen einfach das Heft in Händen haben, glaube ich, daß sie nicht an der Ausraubung der besitzenden Klassen gehindert werden würden dadurch, daß eine Nachlaßsteuer abgelehnt wird. **Wenn man den Gedanken durchführt, daß der Besitz zu den Bedürfnissen des Staates mitzusteuern hat,** wird manches der auftretenden Agitation genommen werden.

Reichs- und Landtagsabgeordneter Kammerherr v. Oldenburg-Januschau: Er werde aus der Theorie in die Praxis kommen. Die Situation ist für unser Vaterland eine **sehr schwerwiegende und ernste.** Dieser Ueberzeugung wird sich niemand entziehen können. Es fragt sich nur, ob man bereit ist, um aus der Situation herauszukommen, ewige Werte preiszugeben, und den Weg, den man schon vor einer Reihe Jahren zu gehen angefangen hat, beschreiten wird, die beiden Sicherheiten zu lösen, die bei Gründung des Reiches als Gegengewicht gegen das allgemeine Wahlrecht aufgestellt sind: die Vertretung der Einzelstaaten und die direkte Besteuerung der Einzelstaaten. Ich will nur auf den zweiten Punkt eingehen. In Preußen werden 73 Prozent der Einnahmen von fünf Prozent der Bevölkerung getragen, während einige 40 Prozent überhaupt keine Steuern zahlen. (Hört, hört!) (Bekanntlich hat der preußische Staat aus direkten Steuern überhaupt nur einen kleineren Teil seiner Einnahmen; die Haupteinnahmen beruhen auf den Ueberschüssen aus den Eisenbahnen, zu denen die unbemittelten Klassen den weitaus größten Anteil beitragen müssen. Die Redaktion.) Soll

das Portemonnaie der Besitzenden

ausgeliefert werden einer Majorität von Besitzlosen, die in der Lage ist, durch das allgemeine Wahlrecht die Vertretung im Reichstag in die Hand zu bekommen? Ein verhängnisvoller Fehler war es, und leider habe ich ihn auch mitgemacht, daß wir Konservativen **uns überhaupt im Reichstag auf eine Erbschaftssteuer eingelassen haben.** (Lebh. Beifall.) Wir haben es nur getan unter der Versicherung der Bundesratsvertreter, daß an eine Erweiterung nicht gedacht werden soll. In rührender Weise hat Freiherr v. Rheinbaben vor vier Jahren dargelegt, daß die Erweiterung der Erbschaftssteuer auf Gatten und Kinder **eine Verwirklichung des Sozialismus** sein würde. Heute bekennen sich die Vertreter der Bundesstaaten zu einer anderen Auffassung. Darum muß heute **endlich**

die Scheidegrenze

gezogen werden. (Beifall.) Gewiß, wenn die Sozialdemokratie Macht hat, wird sie davon Gebrauch machen, aber solange die Sozialdemokratie nicht die Macht hat, werde ich dafür kämpfen, daß der Besitz nicht ausgeliefert werden wird denen, die kein Gefühl haben für die Pflichten dem Staate gegenüber. (Lebhafter Beifall.) (Gefühl für die Pflichten dem Staate gegenüber haben nur — die Oldenburger! Wie der vorliegende Fall zeigt! Die Redaktion.) Ich muß auch der Ansicht entgegentreten, daß der Besitz nicht zahlen wolle. Gewiß, wir wollen zahlen, wir Konservativen verlangen aber eine Garantie, daß die Besteuerung des Besitzes **nicht ausgeliefert wird dem Reichstage,** sondern daß sie über den Weg **durch die Einzelstaaten** (Das heißt: die Klassenlandtage, in denen die Konservativen herrschen, sollen die Entscheidung haben! Die Redaktion.) geht. (Lebh. Beifall.) Wenn wir uns schweren Herzens bereit finden, die Matrikularbeiträge zu erhöhen, obwohl es ein schweres Unrecht ist gegenüber den kleineren Einzelstaaten und obwohl sich mein monarchisches Gefühl dagegen auflehnt, so ist das **ein Akt der Verzweiflung.** Daß die Matrikularbeiträge nur vom Besitz getragen werden, ist doch klar. Daß das Deutsche Reich pekuniär unabhängig gestellt werden muß, ist eine Frage des nationalen Stolzes und der Erhaltung des Deutschen Reiches. **Ich bin in erster Reihe Royalist,** mein Royalismus hört nicht an den preußischen Grenzpfählen auf, sondern er reicht bis an die deutschen Grenzpfähle, deshalb wünschen wir die Lasten von den Einzelstaaten abzuwenden. **Wenn ich aber vor die Frage gestellt werde: soll ich die direkte Steuer preisgeben an die Vertretung der breiten Massen,** dann muß ich für Beibehaltung der Matrikularbeiträge eintreten. Wo ist nun ein Halt? Der Halt ist nur da zu finden, daß man ruhig folgt seiner Ueberzeugung als konservativer Mann und die Folgen auf sich nimmt. (Lebh. Beifall.) Wenn da von oben geglaubt wird, daß man dem Reichstag drohen kann: Wenn ihr das nicht macht, dann werden wir eine Reichseinkommensteuer und eine Reichsvermögenssteuer einführen, so kann mich das ebenso wenig schrecken, wie etwa, daß ein Krieg kommt. Wenn man mit solchen Argumenten kommt, dann brauchen wir ja überhaupt nicht in den Reichstag zu gehen, dann sitze ich ruhig in Januschau **und überlasse dem Bundesrat, mit der Sozialdemokratie Politik zu machen.** (Heiterkeit und stürm. Beifall.) Noch ein kurzes Wort, weshalb ich **gegenüber dem Erbrecht des Staates vollkommen ablehnend bin.** Das beruht auf meiner genauen Kenntnis der ländlichen Verhältnisse. Ich weiß, wie ungern ein reicher Besitzer ein Testament macht. Sie können das Gesetz 308 für Tod durchsehen, in jedem Satz finden Sie eine verhängnisvolle Bestimmung gegen den Grundbesitz. (Lebh. Zustimmung.) Es mag ja begreiflich sein, daß die Herren, die nur die Theorie kennen, das für möglich halten. Alle Klassen der ländlichen Bevölkerung empfinden aber dieses ganze Gesetz als einen Stoß ins Herz. Diesen Stoß abzuwehren, meine Herren, empfehle ich Ihnen, und gehe in den Reichstag. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Graf Ranzau (Majtorf): Es handelt sich nicht um die Frage: Reichsfinanzreform oder nicht, sondern: Reichsfinanzreform mit oder ohne Nachlaßsteuer. Aus vollem Herzen bin ich gegen die Nachlaßsteuer. Das Schlagwort, daß der Besitz die Lasten tragen müsse, ist von der Linken geprägt und von der Regierung aus taktischen Gründen angenommen worden. Man mag über den Block denken, wie man will, wir sind ja hier keine politische Körperschaft, ich will mich darüber nicht äußern. Aber jede politische Konstellation ist **doch nicht auf die Ewigkeit geschlossen.** Aus taktischen Gründen kann man doch nicht die Hand dazu bieten, etwas zu schaffen, was dauernd dem Staate und der Landwirtschaft Nachteile bringt.

Es nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung **Direktor im Reichsamt, Kühn:** Eine Kritik sei den Behörden durchaus erwünscht, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verbündeten Regierungen seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Mehrbedarf des Reiches **durch den Konsum aufgebracht werden müsse,** aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Besitz herangezogen werden müsse. Wollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftssteuer von der Mehrheit des Reichstages, auch von den staatserhaltenden Parteien (Rufe: Leider!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftssteuer naheliegend. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herausführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

•

Sodann besprach Referent Reichsrat Freiherr v. Thüngen den Gesetzentwurf über den **Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein.** Er war im allgemeinen mit der Regierungsvorlage einverstanden, besonders begrüßte er ihre Begründung. Gegen die Steuern auf **Elektrizität und Gas** äußert der Redner Bedenken. Es sei vielmehr zu erwägen, wie ein Ersatz dafür zu beschaffen sei. **Warum besteuere man nicht die Pferdekraft als solche?** Dann treffe man **alle verwendete mechanische Kraft.** Man möge sich **nicht davon abschrecken lassen, daß ein Sturm der Entrüstung durch die Industrie gehen würde.** Es handle sich um die Besteuerung von Millionen Pferdekräften, und da würden auf die Pferdekraftstunde nur wenige Bruchteile eines Pfennigs kommen.

Mehrere Redner sprachen ferner **gegen die Weinsteuer.** Graf Schwerin-Löwitz empfiehlt folgende Fassung des Schlußsatzes: „Mit den übrigen Steuervorlagen erklärt sich der Deutsche Landwirtschaftsrat im Prinzip einverstanden, mit der Weinsteuer jedoch nur unter der Voraussetzung, daß es gelingt, eine Form zu finden, durch welche die Steuer **völlig auf den Konsum abgewälzt** wird."

Ein weiterer Antrag, der von süddeutscher Seite gestellt wird, will in diesen Satz eingeschoben haben bei den Worten im Prinzip einverstanden: „mit weiterer Ausnahme der Elektrizitäts- und Gassteuer".

Direktor im Reichsschatzamt, Geheimer Rat Kühn: Er lege der Versammlung nahe, sich im Prinzip für die Weinsteuer im Sinne der ersten großen Resolution zu erklären. Das sei der richtige Standpunkt. Die verbündeten Regierungen meinen: Wenn man **den Branntwein mit 100 bis 120 Millionen** neu belasten will, **das Bier mit 100 Millionen,** so kann man den Wein, der doch das Getränk der Wohlhabenden ist, **nicht ganz freilassen** und man rechnet, daß er **etwa 20 Millionen wohl tragen könnte.**

•

Während der Abstimmung kam es noch zu erregten Auseinandersetzungen, ob die Ablehnung der Gas- und Elektrizitätssteuer mit beschlossen sei. Der Vorsitzende Freiherr v. Soden erklärte: Es handle sich um eine für Süddeutschland ungemein wichtige Frage und **er würde nicht in seine Heimat zurückkommen können** mit einem Beschluß, der das Gegenteil von dem ausmache, was den Wünschen seines Vaterlandes entspreche und im strikten Gegensatz zu den Beschlüssen des bayrischen Landwirtschaftsrates stehe. Dann wurde gegen die Stimmen der Süddeutschen der Antrag, einzufügen: „mit weiterer Ausnahme jedoch der Gas- und Elektrizitätssteuer" abgelehnt und im übrigen die Resolution mit dem Zusatz Schwerin-Löwitz angenommen.

•

Diese Verhandlungen zeigen deutlich, was es hilft, wenn eine Regierung vor den Junkern in Höflichkeit und Demut zerfließt. Alle die Herren, Edle, Grafen und Barone, überboten sich gegenseitig in wütenden Angriffen gegen den Vorschlag einer Steuer, die den Großgrundbesitz zugunsten des Reiches um ein Geringes belasten soll. Für sie alle ist die in England, Frankreich, Oesterreich, der Schweiz, in Amerika, kurz, fast in allen Ländern der Welt vorhandene, von den konservativen preußischen Ministern empfohlene und verteidigte Besteuerung der großen Erbschaften der leibhaftige Gottseibeiuns, ein Schritt auf dem Weg zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat, wenn nicht schon der sozialdemokratische Zukunftsstaat selbst. Und inmitten dieses allgemeinen Tobens der entfesselten „edelsten" Instinkte zwei Männer ohne Arg und Falsch, ein bürgerlicher Professor mit gelehrten Gegenbedenken und ein Ministerialrat, der, den Meister Bülow kopierend, die historischen Worte stammelt:

Die Regierung ist für jede Kritik dankbar!

Das ist die Art der Regierung, den Ausbrüchen des junkerlichen Klassenegoismus zu begegnen, derselben Regierung, die Millionen deutscher Arbeiter mit Ausnahmegesetzen droht, weil sie an ihren politischen Idealen nicht Verrat üben wollen!

Wenn die Vorgänge dieser letzten Tage nur in wahrheitsgetreuer Form den breiten Massen des Volkes bekannt werden, dann wird in Tausenden und aber Tausenden gläubigen Gemütern die Erkenntnis dämmern, was von dem „patriotischen" und „nationalen Sinn" der herrschenden und besitzenden Klassen zu halten ist.

Die große Landwirtschaftswoche dieses Jahres wird zu einer **Ernteswoche für die Sozialdemokratie!**

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

In das trostlose Einerlei der fortgesetzten Bankdebatte, die die Donnerstagssitzung des Reichstags völlig ausfüllte, brachten nur zwei eine erfreuliche Abwechslung, Genosse Frank und der Freisinnige Mommsen. Unser Fraktionsredner verstand es, dem spröden Stoffe bedeutsame Seiten abzugewinnen. Er legte dar, wie die Junker der Rechten die Reichsbank aus einem Regulator des Geldmarktes zu einem Pumpinstitut für geldbedürftige Notleidende zu machen beabsichtigen. Recht gut und launig — sehr im Gegensatz zu den nicht inhaltlosen, aber außerordentlich schwerfälligen Ausführungen Koempfs — sprach Mommsen junior, der in seiner Rede Arendts verunglückten Tanz um das silberne Kalb der verdienten Lächerlichkeit preisgab.

Ueber die sonstigen Reden aus dem Hause läßt sich nichts von Belang sagen. An dem Zeug, das der Antisemit Raab dem Hause vorsetzte, mag sich der Leser beim Lesen des Berichts erheitern. In der Debatte ergriff auch der von Arendt über den grünen Klee gelobte neue Bankpräsident Havenstein das Wort. Er sprach so leise, daß er sich sofort den parlamentarischen Spitznamen des Reichsmurmeltieres erwarb. Aus den geflüsterten Ausführungen ergab sich jedoch, daß der Inhalt seiner nachfolgenden Reden gemäß Arendt eine große Enttäuschung bereitet hat. Nach Schluß der Debatte — die Vorlage wandert an eine Kommission — stieg noch ein Raketenfeuer persönlicher Bemerkungen auf. Die Kosten trug der Antisemit Raab, von dem Genosse Frank eine Silhouette zeichnete, die gerade wegen ihrer Naturwahrheit als Karikatur wirkte. Am Freitag ist Schweinetag. Die Fortsetzung der Beratung über unseren Antrag zugunsten der Landarbeiter steht als erster Punkt auf der Tagesordnung.

Lohnzahlungen.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle verhandelte in ihrer Sitzung am Donnerstag nochmals über das Lohnzahlungsbuch für Minderjährige. Die Regierungsvorlage will das Lohnzahlungsbuch aufheben, da der erwartete Zweck, den Eltern eine Kontrolle über den Lohn der Minderjährigen zu gewähren, doch nicht erreicht würde.

Ein Antrag Hitze (Zentr.) will nun für alle Arbeiter in Betrieben mit 20 und mehr Arbeitern eine schriftliche Abrechnung (Lohnzettel) bei der Lohnzahlung einführen. Einen ähnlichen Antrag zu § 134b stellt Abg. Gothein (Freis.). Für den Antrag erklären sich auch unsere Parteigenossen. Der Antrag hat folgende Fassung: „Den Arbeitern ist bei der regelmäßige Lohnzahlung schriftliche Abrechnung (Lohnbuch, Lohnzettel, Lohntüte) über den verdienten Lohn auszuhändigen." Genosse Moikenbuhr weist darauf hin, daß der Lohnzettel für die Arbeiter einen großen Nutzen haben kann. Ein Aufbewahren der Zettel kann dem Arbeiter Gelegenheit geben, bei der Steuereinschätzung den verdienten Lohn sofort nachzuweisen und auch bei der Festsetzung der Unfallrente wird es dem Arbeiter leicht, den Nachweis des wirklich verdienten Lohnes zu bringen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Gothein mit großer Majorität angenommen.

Ueber die Arbeitsordnung enthält der § 134b Vorschriften, die durch mehrere Anträge geändert werden sollen. Das Zentrum beantragt, daß die regelmäßige Lohnzahlung mindestens aller 14 Tage geschehen muß, jedoch nicht am Sonnabend oder Sonntag. Ein Antrag Behrens (wirtsch. Vgg.) will die Lohnzahlung wöchentlich und den Sonnabend als Lohntag ausgeschlossen. Unsere Parteigenossen wollen Ausnahmen, die heute die Verwaltungsbehörde gestatten kann, beseitigen. Genosse Stadthagen weist darauf hin, daß ein Zentrumsantrag zu § 115b bereits angenommen ist, der die wöchentliche Lohnzahlung festlegt. Der neue Antrag würde dem ersten Antrag des Zentrums entgegenstehen. Wenn man aber den kleinen Betrieben die wöchentliche Lohnzahlung vorschreibt, so liegt kein Grund vor, den größeren Betrieben diese Verpflichtung nicht aufzuerlegen. Desgleichen wendet sich Redner dagegen, daß nach dem Antrag des Zentrums nur für Betriebe für 20 und mehr Arbeiter die Lohnzahlung am Sonnabend nicht erfolgen darf; eventuell könnte nur der Freitag allgemein als Lohntag festgesetzt werden. Ein Antrag Mantz (Freis.) will, daß die Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit erfolgen muß. Abg. Gothein (Freis.) wendet sich gegen ein Verbot, am Sonnabend den Lohn zu zahlen, den gleichen Standpunkt nehmen die Vertreter der Konservativen und Nationalliberalen ein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, daß die regelmäßige Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit stattfinden muß, und der Antrag unserer Genossen, daß Ausnahmen von der unteren Verwaltungsbehörde nicht gestattet werden dürfen, angenommen. — Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Der Etat des Rechnungshofes wurde am Donnerstag en bloc angenommen. Die Kommission setzte dann die Beratung des Etats für Südwestafrika fort. Die Beratung setzte ein mit dem Titel: Justizverwaltung. Es werden über die Rechtspflege in Südwestafrika lebhafte Klagen geführt. Staatssekretär Dernburg erkannte die Berechtigung dieser Klagen an und will bemüht sein, nach Möglichkeit für Abhilfe zu sorgen.

Abg. Noske brachte den Fall Viehagen zur Sprache. Viehagen hat drei Menschenleben auf dem Gewissen. Er wurde schließlich zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, aber dann in so schonender Weise behandelt, daß das allgemeines Aufsehen erregte. Noch heute ist Viehagen Reserveoffizier. Ein Regierungsvertreter gab das zu. Es schwebe aber ein Ehrengerichtsverfahren gegen Viehagen. Abg. Erzberger erinnerte an die harte Verurteilung einer Anzahl von Kolonialsoldaten und legte dem Kolonialamt nahe, sich für die Begnadigung dieser Leute zu verwenden. Dernburg wies darauf hin, daß die Militärgerichtsverwaltung die Begnadigung nach Verbüßung der Hälfte der Strafen bewilligt, wenn gute Führung festgestellt worden sei. Die Militärverwaltung werde auch in diesem Falle so verfahren.

Im preußischen Abgeordnetenhause

sprach am Donnerstag in der dritten Lesung der Pfarrerbesoldungsvorlage als einziger Diskussionsredner Genosse Hoffmann. Das Dreiklassenhaus scheint schließlich doch eine Empfindung gehabt zu haben, die ganz von fern eine leise Aehnlichkeit mit Schamgefühl hatte. Auf januschauerliche oder sonstige in der bekannten Stallknechtweise erfolgenden Zurufe mit der prompten Geistesgegenwart dienend, die ihm eigen ist, schilderte Adolf Hoffmann die Entartung, die aus der Kirche des Nazareners ein königlich preußisches Polizeiinstitut gemacht hat. Herr Kröcher spielte sich dabei ebenso grundlos wie unberufen als Hüter Christi auf. Nichts ist komischer, als wenn die Rechts- und Geistesnachfolger der Pontius und Herodes sich als Verehrer des Mannes ausgeben, der nichts hatte, wohin er sein Haupt legte. — Am Freitag soll den Geschorenen gegeben werden, was eben die Gescheiterten erhalten haben, was man aber den jüdischen Geistlichen vorenthält.

Die neue Form der Fahrkartensteuer.

Der Entwurf einer Abänderung der Fahrkartensteuer soll dem Reichstage bereits in der nächsten Zeit zugehen. Man hat daran festgehalten, daß die Fahrkartensteuer mindestens 20 Millionen Mark Ertrag bringen soll und will das Resultat durch **Erhöhung der Fahrkartensteuer in der 3. und Neueinführung der Steuer für die 4. Wagenklasse** erzielen. Gleichzeitig erfährt diese **Steuer für die beiden oberen Klassen eine Ermäßigung.**

Wenn die Mitteilung auf Tatsachen beruht, wird das Unglaubliche Ereignis: **Eine neue maßlose Erhöhung des Reisens für die weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung.**

Die Reichstags-Stichwahl in Bingen-Alzey ist auf Freitag den 26. Februar anberaumt.

Schiffahrtsabgaben. Dem Bundesrat ist die Vorlage über die Einführung von Schiffahrtsabgaben zugegangen. Es soll beabsichtigt sein, Fahrzeuge bis zu 300 Tonnen Gehalt nicht mit Abgaben zu belasten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Militärjustiz. Gelegentlich einer Landwehrübung auf dem Exerzierplatz in Altenburg bei dem Regiment Nr. 153 wurde der Landwehrmann Rommeburger aus Weißenfels, ein Familienvater von fünf Kindern, von dem Unteroffizier Wiedner „Dussel" genannt. Rommeburger entgegnete, er sei kein Dussel, nannte den Unteroffizier „Rindvieh" und machte dabei noch eine weitere Bemerkung, die als Achtungsverletzung angesehen wurde. Der unglückliche Landwehrmann kam sofort in Haft und stand am Mittwoch vor dem Kriegsgericht in Halle. Obwohl er von dem Unteroffizier erst durch das Wort „Dussel" gereizt worden war, beantragte der Ankläger gegen den Landwehrmann fünf Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Woche strengen Arrest.

Die Farmer gegen Dernburg. Der Bezirksverein Windhuk hat an den Reichstag eine telegraphische Beschwerde gerichtet, in der er behauptet, das Kolonialamt habe die Diamantenfelder zugunsten der Kolonialgesellschaft gesperrt und dadurch die Bevölkerung um Millionen geschädigt. Statt 80 Hektare wurden der Gesellschaft 30 000 Quadratkilometer überlassen. Die Farmer verlangen Bewilligung von Schürfrechten.

Verhandlungen mit Simon Copper.

Der Korrespondent der Londoner Times berichtet aus Kapstadt: „Ich hatte gestern eine Unterhaltung mit Herrn Lerbst, einem Kapritzler, der mit Leutnant Surmon, einem Protektoratsbeamten und einer Eskorte von sechs Mann von Kabatsi nach Lubututu im Betschuanalandprotektorat 21 Tage lang „gereist" war, um Simon Copper zu begegnen, der sich dort mit 200 seiner Hottentotten eingefunden hatte. Zweck der Mission war, Simon Copper zu bestimmen, sich der Einfälle in die deutschen Grenzen künftig zu enthalten, was nach vierzehn Tage dauernden Palavers erreicht wurde. Copper ist ein hochintelligenter Mann, hält sich aber abseits von Europäern. Seine Leute sind wohlbewaffnet. Die Reise war insofern bemerkenswert, als die letzten hundert Meilen gemacht werden mußten, ohne Wasser zu finden."

Kleine politische Nachrichten. Wie die Neue Freie Presse aus Prag meldet, wurde am Donnerstag in der Wohnung der tschechisch-nationalen Organisation eine gerichtliche Haussuchung vorgenommen. Zahlreiche tschechische Blätter wurden vom Staatsanwalt beschlagnahmt. — In der Donnerstag-Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident Dr. Wekerle bei Beratung der Rekrutenvorlage, es werde keine Erhöhung des Kontingents gefordert, und es sei unrichtig, daß eine Forderung auf Erhöhung des Präsenzstandes ohne vorherige Erfüllung der nationalen Forderungen demnächst dem Abgeordnetenhaus unterbreitet werde. Mit Rücksicht auf die auswärtige Lage, die mindestens bewegt und unsicher genannt werden müsse, ersuche er, die Rekrutenvorlage schnellstens zu erledigen und dadurch das moralische Gewicht der ungarischen Politik zu stärken. — Wie die Blätter melden, hat Präsident Fallières am Donnerstag mit dem Finanzminister konferiert, um zwischen diesem und dem Marineminister eine Verständigung über die Frage der Marineausgaben herbeizuführen. — Vor der Amtswohnung des britischen Premierministers Asquith fand Donnerstag früh eine Kundgebung der Vertreterinnen des Frauenstimmrechts statt. Zwanzig Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Polizei zerstreute die Demonstrantinnen.

Ausland.

Dänemark.

Die Verteidigungsvorlagen.

Kopenhagen, 18. Februar. Im Folkething begann heute vor vollbesetztem Hause und überfüllten Tribünen die erste Beratung der Verteidigungsvorlagen. Der ehemalige Ministerpräsident Christensen (Linke Reformpartei) sagte, die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit den nordschleswigschen Brüdern sei nicht aufgegeben worden; sie sei jetzt aber nicht auf die Kanonen, sondern auf das Vertrauen zum Rechtssinn des deutschen Volkes gegründet. Wir wünschen gute, freundnachbarliche Beziehungen zu Deutschland. Redner betonte die Notwendigkeit, die Neutralität zu verteidigen, und gab seine Zustimmung zur Erweiterung der Seebefestigung. Dagegen könne er sich nicht mit den vorgeschlagenen Landesbefestigungen einverstanden erklären, da sie die Kräfte des Landes überstiegen. Dem Vorschlage, die bisherigen Landesbefestigungen niederzulegen, wenn die neue Heeresordnung in Kraft getreten sei, stimmte Christensen zu. Klausen (Soz.) bekämpft die Regierungsvorlage und empfahl die Annahme des sozialistischen Abrüstungsantrages. Barkow (Rechte) sagte der Regierung die Unterstützung seiner Partei bei der Durchführung der Landesverteidigungsvorlagen zu, hätte aber eine größere Verstärkung der Marine gewünscht. Slengerik (Radikal) führte aus, daß die Vorlagen nur Seelands, in Wirklichkeit nur Kopenhagens Neutralität sichern könnten.

England.

Rüstungsfragen.

London, 18. Februar. Unterhaus. In der heutigen Sitzung fragte Byles (liberal) den Premierminister, ob er seine Aufmerksamkeit auf die Anregungen nichtamtlicher Art gerichtet habe, die auf die Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens über die Flottenrüstungen hindeuteten, unter der Bedingung, daß England das beschleunigte Tempo seiner Schiffsbauten mäßige. Ferner fragte Byles, ob der Besuch des Königs in Deutschland erhoffen lasse, daß irgendeine derartige Regelung eingeleitet werde. — Premierminister Asquith erwiderte: Mir sind die von Byles erwähnten nichtamtlichen Anregungen nicht zu Ohren gekommen; soweit ich unterrichtet bin, hält die deutsche Regierung an den Gesichtspunkten fest, die sie uns bekannt gegeben hat, daß nämlich ihr Marineprogramm ihren eigenen Bedürfnissen gemäß festgesetzt ist, und durch das, was wir tun, nicht in geringster Weise beeinflußt werden kann. Sie ist auch der Meinung, daß es natürlich ist, wenn wir diejenigen Schritte tun, die wir zum Schutze unserer eigenen Interessen für notwendig halten. Daher sind wir in Berlin zu keiner Abmachung gekommen. Ich vertraue aber darauf, daß der Besuch des Königs es klar gemacht hat, daß die Flottenausgaben nicht so aufgefaßt werden dürfen, als ob sie irgendeine Friktion der beiden Länder in sich schlössen. Auf eine weitere Frage von Byles: Sollen wir annehmen, daß zwischen den Flottenbauprogrammen der beiden Mächte kein Wettstreit besteht und daß die Flottenstärke der einen nicht davon abhängt, was die andere tut? erwiderte Asquith: „Ich wünsche nicht, daß das angenommen wird oder irgendetwas anderes, was ich nicht gesagt habe." (Gelächter.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung brachte der Generalstaatsanwalt eine Vorlage ein, derzufolge die von fremden Personen im Parlament verübten Störungen als Beleidigung bestraft werden sollen.

Untersuchung der Armenrechte.

London, 18. Februar. Dem englischen Unterhause wurde der Bericht der seinerzeit von König Eduard ernannten Kommission zur Untersuchung der Armenrechte in England unterbreitet. Es ist ein Buch von 1288 Druckseiten, und es heißt, daß es erst die Hälfte des von dem Komitee bewältigten Materials enthält, der zweite Teil soll im Laufe der Parlamentssitzung folgen. Die Majorität der Kommission empfiehlt die Abschaffung der Arbeitshäuser, die Abschaffung des Fürsorgeamtes, die Einführung verschiedener Behandlungsmethoden für Alte und Schwächliche, Arme und Kräftige, Arbeitslose und „Faulenzer". Umherziehende Bettler sollen in Kolonien konzentriert werden. Die Kinderarbeit ist abzuschaffen. Ein Arbeitsaustausch soll versucht werden. Auch wird die Einführung von Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit empfohlen. Die Kommission richtet eine Mahnung an die besitzenden Klassen, „an der Verminderung des Uebels mitzuarbeiten und den Armen ein gutes Beispiel zu geben, indem sie extravaganten Luxus und ihre Lust an frivolen Vergnügungen mäßigten". Die Minorität legt das Hauptgewicht ihrer Empfehlungen auf die Ernennung eines Arbeitsministers zur Organisation des Arbeitsmarktes.

Balkan.

Serbisch-österreichische Spannungen.

Wien, 18. Februar. In hiesigen maßgebenden Kreisen wird die auswärtige Lage inbezug auf Serbien auf das ungünstigste beurteilt. Die Truppensendungen nach den Grenzbezirken werden beschleunigt. Man sieht **entscheidenden Schritten gegen Serbien,** wenn auch nicht für die nächsten Tage, so doch in allernächster Zeit entgegen.

Konstantinopel, 18. Februar. In türkischen Kreisen wird eine Meldung der N. Fr. Pr., nach der die Türkei eine Konvention mit Oesterreich zur Verteidigung des Sandschaks Nowipasar gegen einen eventuellen serbisch-montenegrinischen Angriff gewünscht habe, bestätigt. Es wird hierzu bemerkt, daß Oesterreich in seiner Erklärung gelegentlich der Annexion Bosniens bereits mündliche Versicherungen an die Pforte im Sinne einer Neutralitätsstellung des Sandschaks gegeben hat. Die Pforte lege hohen Wert darauf, schon zur Beruhigung der Albanesen, daß diese Erklärung, sei es als besondere Konvention oder Anhang zum Protokoll, schriftlich fixiert werde.

Budapest, 18. Februar. Bei der hiesigen Polizei sollen vertrauliche Meldungen eingelaufen sein, wonach hier lebende Serben geheime Versammlungen abhalten, in denen die Lage auf dem Balkan besprochen wird. In diesen Versammlungen wird auch das Verhalten erwogen, das die in Ungarn lebenden Serben im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien einzunehmen hätten. Eine umfassende Untersuchung ist eingeleitet worden.

•

Wien, 18. Februar. Mit Befriedigung wird hier das loyale Verhalten des Großwesirs Hilmi-Pascha verzeichnet. Dem Gouverneur von Akka wurde anbefohlen, sofort nach Kaifa sich zu begeben und den Ort nicht eher zu verlassen, bis dem österreichisch-ungarischen Konsulat für die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Waren und für die Bewerfung des Konsulatsgebäudes mit Steinen vollste Genugtuung durch strengste Bestrafung der Schuldigen gegeben worden sei.

Persien.

Der „konstitutionelle" Schah.

London, 18. Februar. Die Daily Mail schickt einer Depesche ihres Teheraner Korrespondenten voraus, daß wegen der anarchischen Zustände in Persien England und Rußland doch wohl schließlich gegen ihren Willen würden eingreifen müssen, um die Ordnung wiederherzustellen. In dem Telegramm von Teheran heißt es, der Schah habe einen fruchtlosen Versuch gemacht, sich mit den in die türkische Botschaft geflüchteten Konstitutionellen zu verständigen. Was der Schah unter Konstitution verstehe, sei eben etwas ganz anderes, als was das Volk wünsche. „Wenn aber der Schah die von dem verflossenen Medschles entworfene Konstitution unterzeichne, so unterzeichne er damit das Todesurteil einer Dynastie, und der heutige persische Patriot will nicht anderes haben. Er will von der Monarchie überhaupt nichts mehr wissen, die Republik ist sein Ideal." Es ist Saad ed Dauleh, der persische Minister der Aeußeren, der dieses pessimistische Urteil geäußert hat. Auch der Schah weiß, daß es so nicht weiter geht, führte der Minister aus, „er würde gern einer Konstitution zustimmen, aber die jüngsten Ereignisse haben ihn überzeugt, daß Persien für ein freies Staatswesen noch nicht reif ist." Unsere Aufgabe bleibe also vorläufig, Ordnung zu schaffen. Von einer russisch-englischen Kontrolle der persischen Finanzen wollte Saad el Dauleh nichts wissen.

Parteiangelegenheiten.

Der beleidigte Reichsverbändler.

Der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Genosse Hey, wurde vom Kieler Schöffengericht wegen Beleidigung des Reichsverbandsmitgliedes Währe-Rendsburg zu 150 M. Strafe verurteilt. Hey hatte in einer Notiz aus Heide erwähnt, daß: „der Reichslügenverband in diesem Ort eine Geschäftsstelle errichtet habe". Weiter hieß es in dem Artikel in einem vollständig von obiger Mitteilung getrennten Satz, daß der Sekretär Währe einen Vortrag in der Gründungsversammlung gehalten habe. — Das Gericht konstatierte eine Verbindung zwischen beiden Sätzen und fand darin eine Beleidigung des Währe, die mit 150 M. Strafe geahndet werden mußte.

Den Antrag des Verteidigers, Beweiserhebung darüber zuzulassen, daß der Reichsverband wegen seiner verlogenen Machinationen tatsächlich den Namen „Reichslügenverband" verdiene, lehnte das Gericht mit der Begründung ab, daß der Verband nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn einzelne seiner Redakteure und Agitatoren über die Schnur hauen.

Neues aus aller Welt.

Das Grubenunglück auf dem Stanley-Schacht.

London, 18. Februar. (B. T.) Ueber die Ursachen des Unglücks auf den Stanley-Gruben hat die Untersuchung noch keine festen Anhaltspunkte ergeben. Merkwürdig ist, daß die Explosion der schlagenden Wetter ohne starke Geräusche erfolgte. Von dem starken Luftdruck wurden alle Dächer und Stützen der einzelnen Stollen sofort eingerissen, und die Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Sehr viele Bergleute wollten sich vor den herandrängenden giftigen Gasen in Sicherheit bringen. Sie wurden aber von den fallenden Gesteinsmassen zerquetscht und aufgehalten, und wer nicht unter den Trümmern starb, der erstickte in der gifterfüllten Atmosphäre. So sind besonders viele Knaben umgekommen. Sie sanken zu Boden und wurden von den Rettungsmannschaften aufgefunden, als wenn sie im Schlafe lägen. Viele Familien haben durch das Unglück ihre Ernährer verloren. Heute sollen die geborgenen Leichen rekognosziert werden. Noch immer werden 105 Bergleute vermißt. Das Bergamt hat drei Sachverständige mit Rettungsapparaten und einen Arzt in die Grube geschickt, die das Bergungswerk in die Hand nehmen sollen. Die Rettungsarbeiten der letzten Nacht auf der West-Stanley-Grube haben keine besseren Ergebnisse gefördert als die Tagesarbeit. Es scheint als ob die Zahl der vermißten Bergleute übrigens absichtlich oder unabsichtlich zu niedrig angegeben worden ist. Nach den letzten Nachrichten beträgt die Zahl der Vermißten 150 Personen. Das amtliche Rettungsdetachement, an dessen Spitze der Mineninspektor steht, drang in den Brockwell-Stollen ein, in dem die meisten Opfer vermutet werden. Sie konnten aber nur 500 Meter weit kommen, ohne daß sie auf Leichen stießen. Bald mußten sie infolge der schlechten Luft Halt machen und kehrten sehr erschöpft zurück. Der Brockwell-Stollen ist 120 Meter tief und der tiefste der vier Stollen.

•

Berlin, 18. Februar. Ein neuer Messerangriff wurde heute mittag der Kriminalpolizei gemeldet. Die Tochter eines Großbankiers, die mit ihrer Erzieherin durch die Magdeburger Straße ging, erhielt von einem unbekannten Täter einen Stich. Außerdem wurde ihr das Kleid beschädigt. Der Unfall wird augenblicklich noch untersucht. Der Täter ist auch wieder entkommen. Bisher sind 23 Stechereien auf Frauen und Mädchen gemeldet. Die 50 Personen, die unter dem Verdacht der Täterschaft angehalten und festgenommen wurden, mußten von der Kriminalpolizei alle wieder entlassen werden. Auf einem andern Gebiet liegt eine Messerstecherei, über die aus der Simon-Dach-Straße berichtet wird. Dort verwundete in einem Laden Hedwig Polandky ihren Geliebten, den Schuhmacher Josef Nickel, im Streite durch mehrere Stiche so schwer, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte.

Berlin, 19. Februar. Einen schlechten Messerstecherscherz nahm sich gestern ein junger Bursche heraus, der in Schöneberg dem Fräulein v. Paraski mit dem Taschenmesser einen Stich ins Kleid versetzte, der eine Verletzung der Dame nicht zur Folge hatte. Der Täter entkam unerkannt.

Berlin, 19. Februar. Zwei 20jährige Burschen, die im November vorigen Jahres in ein Geschäft eindrangen und den Lehrling mit der Waffe bedrohten, um ihn zum Diebstahl wertvoller Wurstwaren zu veranlassen, wurden gestern von der Strafkammer zu zwei bezw. fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Berlin, 18. Februar. In der Garde-Füsilier-Kaserne, Chausseestraße, brach heute ein Brand aus, dessen Löschung etwa ¼ Stunde in Anspruch nahm. Der verursachte Schaden ist unbedeutend.

Wetterbericht von der Wetterdiele an der Augustusbrücke am 19. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer: 758. Veränderlich.
Thermometer: — 3° R.
Thermometergrad: Min. — 5, Maxim. — 6.
Hygrometer: 80 %.
Wasserstand: — 150.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 19. Februar 1909

Schwache Luftbewegung; heiter; kalt; trocken.

Letzte Telegramme.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Berlin, 19. Februar. (Privattelegramm.) Zu der heute beginnenden zweiten Lesung des Steuergesetzentwurfes hat die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe von Anträgen eingebracht. Sie fordert Streichung der die Arbeiter schädigenden Bestimmungen im Paragraphen 23 des Einkommensteuergesetzes. Weiter verlangt sie eine wesentliche Heraufsetzung der zuschlagspflichtigen Steuergrenze. Nach den Beschlüssen der Kommission sollen Zensiten mit mehr als 1200 M. Einkommen 5 Proz. Zuschlag zahlen. Die Sozialdemokraten beantragen, Zuschläge erst von 7000 M. an zu erheben.

Aus den Reichstagskommissionen.

Berlin, 19. Februar. (Privattelegramm.) Die Budgetkommission setzte heute die Beratung des Etats für Südwestafrika fort. Staatssekretär Dernburg kommt auf den Fall Viehagen zurück und erklärt, daß ein ehrengerichtliches Verfahren gegen den Reserveoffizier Viehagen bisher deshalb nicht eingeleitet werden konnte, weil das ordentliche Gericht in der Berufungsinstanz noch nicht entschieden habe. — 200 000 M. für Polizei in den Diamantenfeldern werden gefordert und auch bewilligt, nachdem verschiedene Wünsche geäußert wurden, die auf eine bessere Polizei abzielen. 220 000 M. für Lazarettbetriebe werden nach langer Debatte um 82 000 M. gekürzt. Die für Umzugskosten, Dienstreisen usw. geforderten 480 000 M. werden mehrfach kritisiert, aber schließlich bewilligt. Von 115 000 M. für Ausrüstungen der Polizei streicht die Kommission 8000 M.

In der Viehseuchen-Kommission des Reichstages gab der Ministerialdirektor v. Jonghey für die verbündeten Regierung folgende Erklärung ab: Unannehmbar sind die Bestimmungen des § 2, nach denen die durch das Verfahren entstehenden Kosten aus der Staatskasse zu entrichten sind. Unannehmbar sind die Bestimmungen des § 58, nach denen 50 Proz. für Vieh gezahlt werden sollen, das wegen Tuberkuloseverdachts getötet werden muß. Unannehmbar ist die im § 67 geforderte Laienkommission. — In den beiden ersten Punkten gab die Kommission der Regierung nach. Im dritten Punkte blieb sie zunächst einstimmig fest. Nach stundenlanger Geschäftsordnungsdebatte, an der sich auch die Sozialdemokraten wiederholt beteiligten, wurde die Abstimmung wiederholt, bei der 9 Mitglieder umfielen.

Die österreichisch-türkische Verständigung.

Konstantinopel, 19. Februar. Der gestrige Ministerrat tagte bis 9 Uhr abends. Ihm lag die **Antwort aus Wien** vor, die angenommen wurde. Damit ist eine **völlige Einigung zwischen beiden Mächten** erzielt worden. Die Unterzeichnung des Protokolls steht unmittelbar bevor.

Für das Frauenstimmrecht.

London, 19. Februar. Die wegen der gestrigen Kundgebung verhafteten Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes wurden zu Geldstrafen von zwei bis fünf Pfund Sterling oder Gefängnis von zwei Wochen bis zu einem Monat verurteilt. Sie wählten fast sämtlich die Gefängnisstrafe.

Eröffnung des finnischen Landtages.

Helsingfors, 19. Februar. Der Generalgouverneur Boeckmann eröffnete gestern den finnischen Landtag. Präsident Svinhufvud sprach in seiner Antwortrede sein Bedauern darüber aus, daß der **ungesetzliche und verderbliche Modus** noch fortbestehe, nach dem das russische Ministerium das Vortragsrecht beim Zaren über die finnischen Angelegenheiten usurpiert.

Persisches.

London, 19. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Teheran wurde Prinz Schuaes Saltaneh am 16. d. M. in Rescht, als er dort von Europa kommend landete, von Revolutionären gefangengenommen. Für seine Freilassung wird ein Lösegeld von 1000 Lstr. verlangt.

Aus der Duma.

Petersburg, 19. Februar. In der gestrigen Abendsitzung führte die Reichsduma die Debatte über die von den Nationalisten und Mitgliedern der äußersten Rechten eingebrachte Interpellation über die fortgesetzten terroristischen Ausschreitungen im Kaukasus zu Ende. Im Verlaufe aller fünf Sitzungen, die sich mit diesem Gegenstande beschäftigten, war die **Debatte äußerst stürmisch.** Die Interpellanten beschuldigten den Statthalter im Kaukasus, Grafen Woronzow Daschkow, der gesetzwidrigen Untätigkeit. Dagegen verwiesen die Vertreter des Statthalters darauf hin, daß für den Kaukasus keine anderen Maßregeln beständen, als für die übrigen Teile Rußlands, in denen der Terror gegenwärtig noch bestehe. Der Statthalter sei bemüht, die Reformen durchzuführen, die teilweise bereits bei der Reichsduma beantragt worden seien. Erst nach Durchführung dieser Reformen könne die Ruhe hergestellt werden. Schließlich wurde eine von den Oktobristen eingebrachte Resolution angenommen, in der u. a. Reorganisationen der lokalen Verwaltung sowie die **Durchführung positiver Reformen,** der Agrarverhältnisse, des Gerichtswesens, der Volksbildung und der Kolonisation, sowie eine gerechte Berücksichtigung der Industrie der einzelnen Volksstämme gefordert werden. Schließlich verlangt die Resolution die Unterordnung der Verwaltung des Kaukasus unter den Ministerrat. Die Sitzung wurde nachts um 2 Uhr geschlossen.

Opfer des Eises.

Papenburg, 19. Februar. In Burlage haben gestern vier Schulkinder, ein Knabe und drei Mädchen, auf dem Heimwege das morsche Eis des Tiefs betreten und sind eingebrochen. Der Knabe konnte sich retten, aber die drei Mädchen ertranken. Die Leichen sind geborgen.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschafts-Kartell Mügeln.

Montag den 22. Februar 1909, nachmittags 3 Uhr

Arbeitslosen-Versammlung

im **Gasthof Deutsches Haus** in **Mügeln.**

Referent: Parteisekretär **Hermann Kahmann-Döhlen.**

Kein Trinkzwang!

Massenhaften Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Einberufer: Albert Schwarz, Mügeln, Kreuzstraße 12.

Oeffentliche politische Versammlung.

Gewerkschaftskartell Mügeln

Dienstag den 23. Februar, abends 8½ Uhr

Versammlung

im Restaurant Lehmann, Großschachwitz.

Tages-Ordnung:

1. **Die Tätigkeit des Dresdner Arbeitersekretariats 1908.** Referent: Genosse **W. Buck.**
2. **Bericht über die Arbeitslosenzählung.**
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Möbel beziehen Sie direkt aus der **Möbelfabrik Ammonstr. 29** vom Genossen **Berthold Werner,** Tischlermstr.

Großen Lager.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Parteisekretariat: Döhlen, Bez. Dresden, Dresdnerstraße 77 G, I. Bernhr. Amt Dresden Nr. 714.

Sprechzeit: Montags von 5 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Mittwochs bis 7 Uhr abends.

Bezirk Gorbitz-Pesterwitz, Altfranken-Gompitz.

Sonnabend den 20. Februar, abends 9 Uhr, **Mitgliederversammlung** in Hoffmanns Restaurant in Niedergorbitz.
Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter; 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung; 3. Allgemeines. — Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist Pflicht!

Die Verwaltung.

Bez. Reichenberg, Boxdorf, Wahnsdorf, Dippelsdorf mit Eisenberg.

Sonntag den 21. Februar 1909, nachmittags 5 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Gasthof zu Wahnsdorf.**

Tages-Ordnung:

1. **Die Verfassungsfragen.** Ref: **G. Kamp.**
2. **Bericht von der Kreisvorstandssitzung.**
3. **Parteiangelegenheiten.**

Debatte.

Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Bezirk Löbtau.

Montag den 22. Februar, abends 8 Uhr

Tanzabend

mit Kotillon

im **Bürgergarten, Löbtau,** Lübecker Strasse.

Mitglieder sowie deren Angehörige sind hiermit freundlichst eingeladen.

Die Verwaltung.

Vereinigter Männerchor, Gittersee.

Sonntag den 21. Februar, nachmittags 3½ Uhr

Außerordentl. Generalversammlung

im **Gasthof Gittersee.**

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Arb.-Radfahrer-Verein — **Freie Radler Radeberg**

Sonntag den 21. Februar 1909

im **Saale des Schützenhauses**

Winter-Vergnügen

Darbietungen: Reigenfahren von 2 Mannschaften, Aufführen eines komischen Reigens, Auftreten der Kunstfahrer Wollmann und Schiemann, sowie Gabenverlosung und Ball.

Anfang 7 Uhr. **Ende 2 Uhr.**

Die Mitglieder und deren Angehörige sind hierzu freundlichst eingeladen. **Das Vergnügungs-Komitee.**

Coswig-Kötitz!

Sonnabend den 20. Februar beginnt ein Kursus in

Reform-Esperanto (Jlo)

Teilnehmer wollen sich 8½ Uhr in der **Börse** einfinden.

In den Schatten stellt **Schwenkes Kornkaffee** mit **Kaffeegeschmack** alle anderen Ersatzmittel dies. Art. **Packung m. Notiz.** Wo nicht zu haben, Best. v. **Bernhard Schwenke,** Radebeul, Gartenstr. 30.

Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstr. 2. Telephon 1425. Maxstr. 13.

Sonntag den 21. Februar 1909:

Konzert- u. Theater-Abend

PROGRAMM:

I. Teil: **Gesangsvorträge** — Fräul. Solms. **Violinsolo** — Herr Sturm.
II. Teil: **Der Damenkrieg.** Lustspiel in 3 Akten von Scribe.
III. Teil: **Sachsen in Preussen.** Genrebild mit Gesang von Pohle.

Einlass 5½ Uhr. Eintritt mit Programm 25 Pf. Anfang 7 Uhr.

Die Nachmittags-Vorstellung fällt diesen Sonntag aus.

Eckert's Restaur.

28 Zöllnerstrasse 28

Sonntag den 21. Februar, 5 Uhr

Skat-Turnier

Hermanns Restaurant

Niederhäslich.

Sonntag den 21. Februar 1909

Anfang 5 Uhr

Großes Skat-Turnier.

Skat-Verein Deuben u. Umg.

Zentralverband d. Maurer Deutschlands

Zweigverein Dresden.

Das Resultat der **Wahlen zum Zweigvereins-Vorstand** lautet folgendermaßen, es haben erhalten die Kollegen:

Franz Barth als 1. Vorsitzender	813	Stimmen
Fürchtegott Fallenbeck als 2. Vorsitzender	569	„
Hermann Bürger als 1. Kassierer	757	„
Karl Knörnschild als 2. Kassierer	281	„
Hermann Paul als Schriftführer	855	„

Die niedrige Stimmenzahl bei dem 2. Vorsitzenden resp. 2. Kassierer ist dadurch entstanden, daß in den ländlichen Bezirken per Stimmzettel, in Dresden aber per Akklamation abgestimmt wurde.

Die Kommission.

Deutsch. Transportarbeiterverband (Dresden.)

Dienstag den 23. Februar im **Kristallpalast,** Schäferstr.

12. Stiftungsfest

Auftreten der **beliebten Viktoria-Sänger.**

Gaben-Verlosung. **Grosser Ball.**

Eintritt 40 Pf. Anfang präzise 8½ Uhr.

Bez. Niedersedlitz.

Sonntag den 21. Februar im **Gasthof zu Leuben**

Familien-Abend

für die Mitglieder des Bezirks Niedersedlitz.

Darbietungen: **Vorträge — Gabenverlosung — Gr. Ball.**

Billett 25 Pf. Anfang 6 Uhr.

Um zahlreichen Besuch beider Festlichkeiten ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Restaur. Erholung, Reinhardtsdorf.

Sonntag den 21. Februar 1909

Grosser Brafwurstschmaus und Familien-Abend

für jung und alt. **Musikalische Unterhaltung.**

Gestatten uns hierzu alle werten Gäste, Freunde und Bekannten ergebenst einzuladen. Hochachtungsvoll **Paul Einert u. Frau.**

Restaurant-Uebernahme!

Hierdurch werten Nachbarn, Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß wir das

Restaurant Friedrichstr. 35

übernommen haben. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, die uns beehrenden Gäste mit nur **guten Speisen und Getränken** zu billigen Preisen zu bedienen und sichern aufmerksamste Bedienung zu.

Hochachtungsvoll

Alwin Handtusch u. Frau.

Restaurant Wartburg, Niedersedlitz

Jeden Sonnabend: **Musikal. Abendunterhaltung**

Um zahlreichen Besuch bitten **Bruno Müller und Frau.**

Nur ganz kurze Zeit!

Circus Sarrasani

Dresden, Auf dem Platz an der Gerokstr., neben der Kgl. Kunstgewerbeschule. — Tel. 441.

Heute Freitag am 19. Februar, abends 8 Uhr

Gala-Première

Sonnabend am 20. und Sonntag am 21. Februar je

2 Gala-Vorstellungen 2

mit durchaus gleich reichhaltigem Programm

nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

In sämtlichen Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder unter 14 Jahren auf allen Plätzen und Militär bis zum Feldwebel (ausgenommen die Herren Einjährig-Freiwilligen) auf Sitzplätzen **halbe Preise.**

Preise: Logensitz 3.—, Sperrsitz (num.) 2.—, 1. Platz (nicht num.) 1.50, 2. Platz —.80, 3. Platz (letzter Sitzplatz) —.60, Galerie (Sitzplatz) —.50

Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen von morgens 10 Uhr an ununterbrochen an der Circuskasse (Fernruf 863) und nur für Abend-Vorstellungen im Zigarrengeschäft Karl Wenle, Viktoriahaus, Ecke Wettinerstraße, und König-Johann-Straße, Ecke Altmarkt (Fernruf: Amt I 703).

Proben und Stallbesichtigung: Zu den täglich außer Mittwoch, Sonnabends, Sonn- und Festtags von morgens 10 Uhr an stattfindenden öffentlichen Proben sowie zu den Sonn- und Festtags von 12—1 Uhr mittags gestatteten Marstallbesichtigungen zahlen Kinder unter 14 Jahren 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. Eintritt.

In jeder Nachmittags-Vorstellung vollständig ungekürztes Abendprogramm.

Vorzügliche Dampfheizungs-Anlage. Garantiert 15° Celsius Wärme.

---

ff. Rossfleisch und diverse Wurstwaren, täglich frisch, empfiehlt zu billigsten Preisen **Bruno Ehrlich,** Rossschlächterei, **Inhr.** Filialen in Döhlen und Zaucherode.

Kl. Haus mit großem Garten **Nähmaschine, 20 M.,** Rosen. **gut erh., 20 M.,** zu verkaufen **Seidnitz,** Gorbenstraße 24, Fr. 1.

DANK.

Für die vielen Beweise liebevoller Anteilnahme sowie für den überaus reichen Blumenschmuck bei dem viel zu frühen Heimgange unseres lieben Sohnes, Bruders und Bräutigams, Herrn **Arthur Reinhard,** drängt es uns, allen Verwandten, Freunden, Nachbarn, Kollegen und Kolleginnen, sowie dem Textilarbeiter-Verband für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte, dem Arbeiter-Radfahrer-Verein Wanderlust unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Dir aber, lieber Sohn, rufen wir ein „Ruhe sanft!" in die Ewigkeit nach. Leicht sei dir die Erde!

Großschachwitz, den 18. Februar 1909.

Die tieftrauernde Mutter, Geschwister und Braut.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Mickten bei Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Schlez, Dresden. Druck und Verlag von Naden & Romb., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41. | Dresden, Freitag den 19. Februar 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Unternehmer-Profite in der Krise.

Daß die Herren Unternehmer es ganz vortrefflich verstehen, auch in den Zeiten der Krise ganz ansehnliche Ueberschüsse zur Verteilung von Dividenden herauszuschinden, beweist nachstehende kurze Aufstellung:

Die Kammgarnspinnerei Schedewitz, Aktiengesellschaft, verzeichnet einen Fabrikationsgewinn von 711 526 M. gegen 1 073 938 M. im Vorjahre. Nach 161 651 M. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 617 797 M. gegen 75 350 M. im Vorjahre, woraus eine Dividende von 15 Prozent verteilt werden soll. Dem Reservefonds werden 60 000 M. zugeführt. Aufsichtsrat und Vorstand erhalten 42 224 M., Beamte und Arbeiter 30 000 M. an Gratifikationen. Bei einem Aktienkapital von 2 400 000 M. beträgt die Anleiheschuld 1 513 000 M. Die Reserven beziffern sich auf 480 000 M., Kreditoren haben 40 884 M. zu fordern, wogegen an Außenständen 1 031 012 M. vorhanden sind. Die Vorräte sind mit 2 191 840 M. eingestellt.

Die Königin-Marienhütte in Cainsdorf, Aktiengesellschaft, erzielte einen Hütten-Betriebsgewinn von 1 035 392,95 M. und einen Reingewinn von 492 336 47 M. einschließlich des vorjährigen Vortrages von 72 366,52 M. Nach Dotierung des Reservefonds und der Ueberweisung der Tantiemen und Gratifikationen an die Beamten — die Arbeiter gehen wie gewöhnlich leer aus — wurde beschlossen, 6 Proz. Dividende auf das gesamte Aktienkapital zu verteilen. In das neue Geschäftsjahr wurden 96 869,07 M. vorgetragen.

Der Zwickauer Steinkohlen-Bauverein erzielte eine Jahresförderung von 244 123 Tonnen. Die Brikettanstalt erzeugte aus 6100 Tonnen Maschinenkohle 5 366 000 Stück Briketts. Das Verwaltungsjahr 1908 schließt mit einem Bruttogewinn von 1 101 209,35 M. ab. Hiervon sind für Kohlenzehnten 200 833 M. zu zahlen, zu Abschreibungen sind 99 312,45 M. verwendet worden, so daß ein Reingewinn von 801 083 M. verbleibt. Zur Verteilung sollen kommen 750 000 M. als Jahresdividende, das sind per Aktie 300 M.

Der Steinkohlenbauverein Hohndorf erzielte eine Jahresförderung von 135 340 Tonnen, das sind 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Leistung der mittleren Jahresbelegschaft von 715 Mann betrug für den Mann 189,0 Tonnen, für Mann und Schicht 0,61 Tonnen. Die Einnahmen betrugen 1 796 847,75 M. und die Ausgaben 1 433 477,48 M., es verbleibt demnach ein Rohgewinn von 363 370,27 M.

Die Holzstoff- und Papierfabrik in Schlema bei Schneeberg bringt eine 14prozentige Dividende zur Verteilung.

Zahl und Beruf der Rentenempfänger.

a. Die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen hat bis zum Ende des Jahres 1907 insgesamt 103 836 Invaliden- und Krankenrenten und 37 087 Altersrenten gewährt. Interessant ist eine Berechnung über den Beruf der Rentenempfänger. Von der Gesamtzahl der bewilligten Invaliden- und Krankenrenten entfielen 13 914 (13,2 Proz.) auf Versicherte aus der Land- und Forstwirtschaft, 68 661 (65,4 Proz.) auf solche aus der Industrie, 3354 (3,2 Proz.) auf Angehörige des Handels- und Verkehrsgewerbes, 11 767 (11,2 Proz.) auf Dienstboten usw. Bei den bewilligten Altersrenten ist die Verteilung eine ganz andere.

Von diesen entfielen 6203 (17,0 Proz.) auf Versicherte aus der Land- und Forstwirtschaft, 21 008 (56,6 Proz.) auf solche aus der Industrie, 719 (1,2 Proz.) auf Angehörige des Handels- und Verkehrsgewerbes, 5266 (14,2 Proz.) auf Dienstboten usw. Die in die Industriearbeiter bewilligte Zahl der Invalidenrenten ist demnach verhältnismäßig viel größer als die an die landwirtschaftlichen Arbeiter bewilligte Zahl; andrerseits ist wieder die Zahl der bewilligten Altersrenten verhältnismäßig bei den landwirtschaftlichen Arbeitern höher als bei den Industriearbeitern. Der Grund ist einfach darin zu suchen, daß der Industriearbeiter der Gesundheitsgefahr weit mehr ausgesetzt ist als der landwirtschaftliche Arbeiter. Nach den Berufszählungen im Königreich Sachsen machen im Mittel der Jahre 1882 bis 1907 die Angehörigen der Industrie 58 Proz. der Gesamtbevölkerung aus. Die obigen Angaben zeigen, daß die auf Versicherte aus der Industrie entfallenden Invalidenrenten über, die Altersrenten dagegen unter diesem Durchschnitt stehen. Gerade umgekehrt ist das Verhältnis mit den Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft, die in dem angegebenen Zeitraum im Mittel 15 Proz. der Bevölkerung ausmachten.

Von den bewilligten Invaliden- und Krankenrenten kamen bis Ende des Jahres 1907 wieder in Wegfall 51 526, von den bewilligten Altersrenten 25 859. Es waren demnach zu Beginn des Jahres 1908 im Königreich Sachsen vorhanden 53 186 Invaliden-, 1114 Kranken- und 11 228 Altersrentenempfänger, zusammen 65 528 Rentenbezieher überhaupt. Nach der Berufszählung vom Jahre 1907 waren zu diesem Zeitpunkt im Königreich Sachsen vorhanden 1 232 864 Arbeiter und Gehilfen in Landwirtschaft, Industrie und Handel. Es entfallen demnach auf 1000 derartiger Arbeiter 53,2 Invaliden- und Krankenrentner und 9,1 Altersrentner. Wesentlich anders wird das Bild, wenn man die im Jahre 1907 vorhandene ortsanwesende Bevölkerung von 4 555 500 Personen zur Grundlage der Berechnung nimmt. Dabei kommen nämlich auf 1000 Personen 11,0 Invaliden- und Krankenrentner und nur 2,4 Altersrentner.

Ein eigenartiger Seelenhüter

scheint der Pfarrer Schreyer in Tollm bei Oschatz zu sein. Zwischen ihm und seinen Gemeindemitgliedern besteht schon seit geraumer Zeit ein gespanntes Verhältnis. Wiederholt wurden unliebsame Vorkommnisse bekannt und auch ein Beleidigungsprozeß, der kürzlich vor dem Amtsgericht in Oschatz stattfand, wirft ein eigentümliches Licht auf diesen Pastor. Zu verantworten hatten sich wegen Beleidigung des Pfarrers Schreyer der Wirtschaftsbesitzer Kloß aus Tollm und der Redakteur Tyck vom Oschatzer Tageblatt. Die Anklage richtete sich gegen Kloß, weil er den Pfarrer einen Lügner geheißen haben soll, gegen Tyck, weil über Schreyer nicht erweisliche beleidigende Tatsachen verbreitet haben soll. Beide Delikte sollen durch einen im Oschatzer Tageblatt erschienenen „Gemeinde und Pfarrer" überschriebenen Artikel begangen sein. In der umfangreichen Beweisaufnahme gab Kloß zu, den Ausdruck Lügner gegenüber dem Pfarrer gebraucht zu haben, und zwar deshalb, weil der Pfarrer sowohl ihn, den Angeklagten, wie seine Mutter belogen habe. Aus der Beweisaufnahme ging hervor, daß in Tollm zwischen dem Pastor Schreyer und den Einwohnern kein gutes Verhältnis besteht; die Kirche sei, so sagten Zeugen aus, bei den Predigten Schreyers nur wenig besucht. Bei Kirchenvorstandswahlen legte der Pfarrer ferner eine ganz eigentümliche Eigenmächtigkeit an den Tag, wofür ihm selbst seine Vorgesetzten eine Rüge erteilten. Wenig Angenehmes mußte der Kirchschullehrer Schubert vom Pfarrer Schreyer zu sagen. Ich bin, so führte er als Zeuge unter Eid aus, herzkrank und jede Aufregung schadet mir, aber was ich mir hier habe alles gefallen lassen müssen, welche Behandlung ich durch Pfarrer Schreyer erduldet habe, das habe ich nicht für möglich gehalten. Der Ton war von Anfang an brüsk. Schon nach meiner Wahl erklärte der Pastor ohne jede Veranlassung: Wenn es nach mir ginge, würden Sie nicht die Stelle erhalten haben! Der Ton im dienstlichen Verkehr war ein solcher, daß ihn kein Arbeiter sich so gefallen lassen hätte. „Rinn hier", hieß es, und „Marsch, streichen Sie sich die Füße ab", wenn ich, dem Befehl des Pastors folgend, allsonntäglich vor der Predigt antreten mußte. Ich ertrage das nicht mehr, ich muß von diesem Dienst befreit werden. Meine Frau redet der Pastor nur noch mit dem Vornamen an. (!) Weiter sagte der Kirchschullehrer aus, Pfarrer Schreyer habe ihn einmal in einer Geschenkangelegenheit bei der Schulaufsichtsbehörde angezeigt. Als er merkte, daß die Sache im Dorfe böses Blut erregte, habe er die Autorschaft der Anzeige abgeleugnet, den Lehrer bedauert und auch später nochmals mit Handschlag versichert, er sei nicht der Anzeiger. Hinterher sei ihm, dem Lehrer, durch zufälligen Einblick in die Akten die Feststellung möglich gewesen, daß die Anzeige doch vom Pastor Schreyer herrühre. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er zu diesen Aussagen zu erwidern habe, erklärte Pfarrer Schreyer, das seien alles Verleumdungen; im übrigen bemerkte er, die Angelegenheit gehe nur die Lokal- und Bezirksschulinspektion an. (!) Auch alle anderen, für ihn ungünstigen Zeugenaussagen erklärte der Pfarrer kurz und bündig für Lügen. Der Vorsitzende mußte den Pfarrer wiederholt ersuchen, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. Das Urteil, das nach langer Beratung gefällt wurde, lautete: Der Angeklagte Kloß wird wegen Beleidigung zu 10 M. Geldstrafe eventuell 2 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Tyck wegen des gleichen Delikts mit 15 M. Geldstrafe oder 3 Tagen bestraft.

Diese Urteile und auch die Beweiserhebung bedeuten eine schwere Niederlage für den Pfarrer. Das Gericht ist offenbar der Ansicht gewesen, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht unberechtigt seien, sonst hätte die Strafe, nach diesen schweren Anschuldigungen, viel höher ausfallen müssen.

Reumütig zurückgekehrt.

Zur Angelegenheit der Mandatsniederlegung von sieben Gemeinderats-Mitgliedern in Kottmarsdorf teilt die Zittauer Morgenzeitung mit, daß nach einer eingehenden Besprechung mit dem Löbauer Amtshauptmann Dr. v. Pflugk die sieben Gemeinderatsmitglieder den Beschluß gefaßt haben, ihre Aemter weiter zu verwalten.

Zittau. Ueber das Vermögen der Oberlausitzer Krankenversicherungskasse für ganz Deutschland, eingeschriebene Hilfskasse in Dresden, wurde kürzlich das Konkursverfahren eröffnet. Jetzt gibt das Amtsgericht zu Dresden bekannt, daß das Konkursverfahren infolge mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt wird.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Bäckermeister Meiger in Geleman hatte in seinem Hause zur Tötung der Ratten sogenanntes Rattengift aufgestellt. In einem unbewachten Augenblick sind nun zwei Söhne Meigers und ein Sohn des Schuhmachers Weiß an das Gift gekommen und haben davon gegessen. Der fünfjährige Sohn Meigers ist daran gestorben, während die andern beiden schwer erkrankt sind. — In der Bilischen Strumpffabrik in Geleman kam ein junges Mädchen, das einen Zelluloidkamm trug, dem heißen Ofen zu nahe. Der Kamm fing Feuer, wodurch dem Mädchen das Kopfhaar verbrannte. — Als drittes Opfer des in Annaberg herrschenden Typhus ist ein Dienstmädchen im Krankenhaus gestorben, auf das die Krankheit jedenfalls durch Ansteckung übertragen worden ist. — Am Dienstag abend brannte das Richterische Wohnhaus in Rittersgrün vollständig nieder. Dabei ist leider auch der Maurer Bienl in den Flammen umgekommen. Beim Löschen hat man Bienl noch außerhalb des Hauses gesehen; er ist aber wahrscheinlich nochmals unbemerkt in das brennende Gebäude zurückgekehrt und dabei erstickt und verbrannt. Erst heute früh wurden die verkohlten Knochenreste aufgefunden. Der bedauernswerte Mann hinterläßt eine Frau und vier Kinder. — Erfroren aufgefunden wurde Mittwoch früh in Zeschütz bei Bautzen die in Dahlitzsch wohnhaft gewesene ledige Marie Magdalene Grollmuß. — In Dorfstadt bei Falkenstein riß das 1½jährige Söhnchen des Gutsbesitzers Schicker einen mit siedend heißem Kaffee gefüllten Topf von der Bank und verbrühte sich dermaßen am ganzen Körper, daß es bald darauf starb.

Stadt-Chronik.

Die Arbeitslosenfrage im Stadtparlament.

Zu äußerst erregten, teilweise stürmischen Szenen kam es gestern abend in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten. Und zwar infolge der empörenden Art, wie der Vertreter des Rates und die kompakte Mehrheit des Kollegiums die überaus wichtige und brennende Frage der Arbeitslosenfürsorge behandelten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte schon Ende September vorigen Jahres durch eine Interpellation die Angelegenheit in Fluß zu bringen versucht. Von einem wesentlichen positiven Erfolge war jedoch bis dato nicht viel zu verspüren, und so brachten unsere Genossen einen speziellen Antrag ein, der sofortige Hilfe in verschiedener Art und die ernste Erwägung der kommunalen Arbeitslosenversicherung für die Zukunft forderte.

Die Wichtigkeit der Sache war schon äußerlich bemerkbar. Die Tribünen waren stark besetzt, die öffentliche hauptsächlich von Arbeitern, die mit eigenen Ohren hören wollten, wie man hier über ihre Interessen urteilt. Es dürfte ihnen dabei Hören und Sehen vergangen sein! Denn derart bodenlose soziale Rückständigkeit, die vom Stadtv. Dr. Häckel bis zur Niedertracht gesteigert wurde, ist selbst in bürgerlichen Kreisen heute doch nicht mehr so allgewöhnlich. Meistens wahrt man doch die Form und tut wenigstens so, als ob man Verständnis und guten Willen habe. Auf dem Dresdner Stadthause aber zeigt sich die Reaktion roh und unverhüllt. Sie schwelgt förmlich in dem Gedanken, sich zu zeigen, wie sie ist.

Mit gutem Material versehen begründete Stadtv. Nitzsche in längerer sachlicher Rede den Antrag. Er wies für jeden verständigen Menschen schlagend nach, daß im allgemeinen Interesse bis auf weiteres die Gemeinden die Verpflichtung der Fürsorge für Arbeitslose haben. Er konnte dabei auch auf bereits bestehende derartige Einrichtungen hinweisen. Doch was kümmert sie diese Mehrheit um Gründe. Sie gefiel sich darin, Nitzsches Ausführungen mit allerhand dummen Randbemerkungen zu kommentieren und ihren Rednern gerade bei den reaktionärsten Ausführungen demonstrativ zuzustimmen.

Als erster Debatteredner stieg Herr Bürgermeister Dr. Kretzschmar in die Arena. (Herr Beutler war überhaupt fern geblieben, auch der erste Vorsteher Dr. Stöckel glänzte durch Abwesenheit.) Er nehme, eine in solchen Fällen ungewöhnliche Art, gleich das Wort, um Rat und Stadtverordnete „gegen die Angriffe in Schutz zu nehmen". Später verriet Herr Dr. Häckel, daß er dazu von Vertretern der Mehrheit animiert und scharf gemacht worden war. Dieser Bürgermeister scheint sich zu allem gebrauchen zu lassen. Und so war denn seine Rede durchaus auf den Kritikasterton gestimmt. Zu dem wichtigen Problem selbst sagte er so gut wie nichts. Was er aber dazu sagte, war völlig negativ und von einem erschreckenden Unverständnis Zeugnis gebend. Er brachte es fertig, zu erklären, für Arbeit habe die Stadt schon gesorgt, wenn man „nur arbeiten wolle". Von dem Wesen der Notstandsarbeiten scheint er keine Ahnung zu haben. Indem die Stadt zurzeit verschiedene große Bauten ausführe, tue sie alles, was getan werden könne. Daß trotzdem viele tausend Arbeiter keine Beschäftigung haben, gehe ihr nichts an. Uebrigens — die Stadt habe ja voriges 15 000 Mark Armenunterstützung mehr ausgegeben. Und so weiter. Es war zum Erbarmen, den Vertreter eines großen Gemeinwesens so reden zu hören! — Ein klein wenig mehr Verständnis zeigte der nächste Redner, Herr Oberlehrer Dr. Thümmler. Er erkannte das ernsthafte Bemühen unsrer Genossen durchaus an, um freilich zur Ablehnung ihrer Anträge zu kommen. Wenn er dabei so sehr die finanzielle Verantwortlichkeit betonte, so erinnern wir die Mehrheit immer wieder daran, daß sie in andern Fällen davon gar kein Aufhebens machte. Ohne vorherige Beratung in den Ausschüssen hat man wiederholt Zehntausende für unnütze Zwecke zum Fenster hinausgeworfen. Für eine Zeppelinspende schmiß man 10 000 M., für Fürstenempfänge und eine Schiffstaufe mehr als diese Summe, und dem Naturforschertag warf man 20 000 M. hin, wovon 14 000 für Essen, Trinken und Vergnügen verwendet wurden. Arbeitslosen einheimischen Arbeitern und deren Kindern aber verweigert man jeden Pfennig!! — Als Stadtv. Dittmann leidlich sachliche Ausführungen ablas, herrschte eine derartige Unruhe, daß selbst dem Vizevorsteher Dr. Vogel die Geduld riß. Zu was denn so viel reden. Was geht uns dieser ganze Rummel an! So ungefähr denken diese Leute, wenn es sich um Arbeiterfragen handelt. Stadtverordneter Grützner suchte unter stürmischem Gelächter der Sozialdemokraten für die Reformer die Priorität in der Frage der Arbeitslosenversicherung in Anspruch zu nehmen. Wenn's schon so wäre, wo sind dann die Herren die Zeit daher geblieben. Nichts tun sie, und wenn Sozialdemokraten etwas verlangen, dann wird es einfach niedergestimmt.

So kam es auch gestern wieder. Nachdem Häckel eine giftige Reichsverbandsrede gehalten, wurde gewaltsam Schluß gemacht, so daß zwei sozialdemokratische Redner um das Wort kamen. Glücklicherweise hatte Genosse Nitzsche das Schlußwort zu den Anträgen, in dem er den Herren derbe Wahrheiten sagte und ihr Gebaren in das rechte Licht stellte.

Vor und während der Abstimmung kam es zu stürmischen Szenen. Zwischen- und Protestrufe schallten von links nach rechts und umgekehrt. Der Vorsitzende regalierte die Sozialdemokraten mit Ordnungsrufen, worauf die Empörung nur gesteigert und bis auf die Tribünen hinauf getragen wurde. Als die Mehrheit die ersten drei Anträge niedergestimmt hatte, erschollen von der Tribüne laute Pfui-Rufe. Alles sprang von den Plätzen, eine Zeitlang herrschte furchtbare Erregung. Der Vorsitzende rief sogar die Tribünenbesucher zur Ordnung und drohte mit Räumung. Ein „liberaler" Herr verlangte „Schutz" vom Vorsteher und verklatschte einen Genossen. Neuer Ordnungsruf. Dem Herrn Liberalen aber flog laut und deutlich das Wort: Denunziant! entgegen.

Erst längere Zeit danach trat wieder Ruhe ein. Die Mehrheit hat ebenso antisozial wie unklug gehandelt. Ihr Verhalten wird die Massen mehr aufreizen, als es ein Dutzend sozialdemokratische Reden vermöchten.

Leistenbruch als Betriebsunfall!

Im erfreulichen Gegensatze zu den Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, das bei der Arbeit zugezogene Leistenbrüche, falls nicht gerade die Schmerzwirkung eine derart intensive ist, daß eine Weiterarbeit nicht erfolgen kann, nicht als einen Betriebsunfall ansieht, steht die Rechtsprechung des sächsischen Landesversicherungsamts. Der Arbeiter K. hatte mit einem Arbeitskollegen zusammen eine schwere, mit Eisenteilen gefüllte Kiste von einer anderen Kiste auf den Erdboden gesetzt. Dabei verspürte er plötzlich einen heftigen Stich in der linken Leistengegend. Zwei Tage später ging der Mann zum Arzt, der zwar einen linksseitigen Leistenbruch konstatierte, aber die Ansicht vertrat, daß es sich nach der üblichen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts um keinen Betriebsunfall handle. Die Erwerbsminderung schätzte er auf 10 Prozent. Die Textilberufsgenossenschaft hat die Gewährung von Unfallrente abgelehnt, ebenso das Schiedsgericht. Auf eingewendeten Rekurs hin hat das Landesversicherungsamt den Rentenanspruch im Grunde nach für gerechtfertigt anerkannt und die Sache zwecks Festsetzung der Rente an die Berufsgenossenschaft zurückverwiesen. Der Fall, so wurde begründend ausgeführt, sei insofern typisch, als hier mit überwiegender Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden müsse, daß der Bruch, selbst bei vorhandener Anlage, unter dem Einflusse der körperlichen Anstrengung plötzlich entstanden ist. Durch den Unfall sei jedenfalls der Bruchansatz begünstigt und entwickelt worden. Solange nicht der Beweis dafür geführt worden sei, daß die Bruchanlage bereits soweit fortgeschritten war, daß auch bei gewöhnlicher Kraftanwendung der Bruch hervorgetreten wäre, müsse für den Kläger entschieden werden. Das Landesversicherungsamt halte an seiner Praxis fest, unbekümmert der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts.

Terror in der Fortbildungsschule.

In der von der hiesigen Tischler-Zwangsinnung unterhaltenen Lehrlingsfachschule stellte der Direktor Lorenz-

das Verlangen an die Lehrlinge, die in einem Arbeiter-Turnverein die Gesundheit pflegen, eine Bescheinigung des Lehrherrn über deren Einwilligung beizubringen, sonst würden sie aus der Schule entfernt. (!) Ein bei einem Mitglieder des Schulausschusses Lernender wurde deshalb sofort aus der Schule gewiesen. Am nächsten Lehrabend, als einige der Lehrlinge eine Bescheinigung des Lehrherrn beibrachten, eröffnete diesen der Herr Direktor, daß die Bescheinigung nichts nütze. Wer weiter im Arbeiter-Turnverein bleibe, würde von der Schule entfernt. Er müßte sich schämen, unter seiner Leitung junge Leute zu haben, die einem derartigen Verein angehörten, wo doch die anderen guten Turnvereine vorhanden sind, denen die Lehrlinge angehören könnten.

Die Schule wird aus Stadt- und Staatsmitteln subventioniert. Die Eltern und Lehrherren müssen, weil die Innung mit der Schule und der fachlichen Ausbildung prahlt, hohe Aufnahmegebühren bezahlen, so daß sie bisher glaubten, ein Recht für ihre Kinder respektive Lehrlinge auf den Besuch der Schule zu haben. Wir möchten den Lehrherren und Eltern raten, Beschwerde beim Gewerbeamt zu erheben.

Im übrigen wird noch an anderer Stelle Gelegenheit gegeben sein, das unerhörte Gebaren dieses Direktors zu brandmarken. — Was sagt die Aufsichtsbehörde dazu?

Ist ein Eisenbahn-Waggon ein öffentlicher Ort?

In der Nacht zum 11. Mai v. J. fuhr der Kaufmann Ebersbach mit dem Mitternachtszuge von Greiz nach Plauen. Während der Fahrt erlaubte sich der angetrunkene Kaufmann verschiedene unzüchtige Bemerkungen und sang mehrere anstößige Lieder. Dadurch fühlten sich die Mitreisenden, drei Damen und drei Herren, beleidigt und erstatteten Anzeige. Ebersbach erhielt darauf wegen Erregung öffentlichen Aergernisses im Sinne von § 183 des Strafgesetzbuchs eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Er focht das Urteil beim Oberlandesgericht an und bestritt unter Hinweis auf eine Reichsgerichtsentscheidung die Oeffentlichkeit eines Eisenbahnwagens. Es sei unmöglich gewesen, daß noch andere Personen hätten hinzukommen können. Die Revision wurde verworfen. Die Oeffentlichkeit des Eisenbahnwagens sei anzuerkennen, da der Zufall die Personen zusammengeführt habe und sie in keiner näheren Beziehung zu dem Angeklagten gestanden hätten. Bemerkt sei noch, daß Ebersbach trotz des Protestes der Mitreisenden seine Redensarten nicht eingestellt hat.

Konkursstatistik.

Die meisten Konkursverfahren in Dresden im Jahre 1908 wurden im Februar eröffnet, und zwar 18, unter denen sich 15 physische Personen, 2 Nachlässe und 1 Handelsgesellschaft befanden. Die gleiche Ziffer erreichte auch der Oktober, in dem über 9 physische Personen, 7 Nachlässe und 2 Handelsgesellschaften das Konkursverfahren eröffnet wurden. Weiter folgten der Dezember mit 16, der Januar mit 15 und der Mai und Juni mit je 14 Konkurseröffnungen. Im April mußten allein 12 Anträge auf Konkurseröffnung wegen Massemangels abgewiesen werden. — Beendigt wurde ebenfalls eine große Anzahl von Konkursen, deren Höchstziffer der Oktober mit 26 erreichte. Unter diesen befanden sich 23 physische Personen, 2 Nachlässe und eine Handelsgesellschaft. Im September wurden 18 und im Dezember 1908 19 Konkursverfahren abgeschlossen. Die Zahl der in der Zeit vom Dezember 1907 bis Dezember 1908 eröffneten Konkursverfahren in Dresden betrug 173. Hierunter befanden sich 123 physische Personen, 29 Nachlässe und 21 Handelsgesellschaften. 96 Anträge auf Konkurseröffnung mußten wegen Massemangels abgewiesen werden. In derselben Zeit wurden 209 Konkursverfahren beendet.

Arbeiterrisiko.

Als gestern Donnerstag abend ein beim Fuhrwerksbesitzer Beyer, Pfotenhauerstraße 53, beschäftigter Droschkenkutscher das Pferd in den Stand drängen wollte, stürzte er so unglücklich, daß er ein Bein brach. Der Mann wurde in das Johannstädter Krankenhaus gebracht.

Am Donnerstag nachmittag stürzte am Nürnberger Platz 5 beim Durchschlagen des Kellergewölbes ein Teil vorzeitig zusammen. Hierbei wurde ein Baugewerke durch einen herabfallenden Eisenträger am rechten Fuß gequetscht; zwei andre Arbeiter blieben unverletzt.

Der Zirkus Sarrasani ist heute vormittag in Dresden eingezogen. Gegen 8 Uhr traf der große Transport, von Chemnitz kommend, auf dem Güterbahnhof ein, von wo er an den Ort seiner Tätigkeit, dem Platze an der Gerokstraße, geleitet wurde. Die Eröffnungsvorstellung ist heute Freitag, abends 8 Uhr. Der Vorverkauf im Zigarrengeschäft Karl Weise, Viktoriahaus, Ecke Waisenhausstraße, und König-Johannstraße, Ecke Altmarkt, hat bereits begonnen. Die Zirkuskasse, welche von morgens 10 Uhr an ununterbrochen geöffnet ist, nimmt auch telephonische Billettbestellungen (Fernruf 863) auf numerierte Sitze entgegen, jedoch können diese Billette nur bis zu einer halben Stunde vor Beginn der Vorstellung reserviert werden. Sonnabend und Sonntag finden je zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr beginnend, statt. Kinder unter 14 Jahren und Militär bis zum Feldwebel zahlen halbe Preise.

Vermischte Nachrichten. Der diesjährige erste Dresdner Jahrmarkt, sogenannte Ostermarkt, findet am Sonntag den 21., Montag den 22. und Dienstag den 23. März statt. — Die Briefbestellung in Cotta wird seit kurzer Zeit abends eine Stunde später, erst von 6½ Uhr an, ausgeführt, so daß Briefe, die im Laufe der zeitigen Nachmittagsstunden in der inneren Stadt zur Aufgabe gelangen, noch an demselben Tage in Cotta, Briesnitz und Leutewitz bestellt werden. — Vom 18. d. M. an werden von den städtischen Leihamtsgeschäftsstellen — Neustädter Rathaus und Maternistr. 17 — auf die zum Versatz zugelassenen Wertpapiere und Sparkassenbücher Darlehen gegen Zinsen zu 4½ Proz. jährlich, anstatt wie bisher 5 Proz., gewährt. — Der reichliche Schneefall hat eine prachtvolle Schlittenbahn geschaffen. Die Dresdner Fuhrwesensgesellschaft bietet Gelegenheit zu einer Schlittenpartie, indem sie solche Fahrten vermittels ihrer bekannten Gesellschaftsschlitten nach der Dresdner Heidemühle eröffnet hat. Die Fahrten kosten 50 Pf. pro Person, die erste geht um 1 Uhr mittags vom Waldschlößchen ab.

Gewerbegericht.

Die Firma Hofmann u. Komp. führte beim Augustusbrückenneubau die Fundierungsarbeiten aus. Nachdem diese Arbeiten beendet waren, forderten die Brückenbauarbeiter je 100 Mark Lohn, den die Firma vereinbarungsgemäß für die Arbeiter gezahlt hätte, und der nun fällig sei. Diese Forderung stützt sich auf die bei Beginn der Arbeit über die Lohnsätze gepflogenen Verhandlungen. Die Arbeiter weigerten sich damals einzufahren, bis sie genau wußten, wieviel sie Lohn erhielten. Der jetzige Grundlohn betrug pro Stunde 50 Pf. Damit waren die Arbeiter aber nicht zufrieden. Nun soll der Bauführer Rickhammer ihnen allgemein eine Lohnzulage von 10 Pf., dazu bei jedem 5 Meter Druck 5 Pf. Zuschlag versprochen haben. Der Extrazuschlag von 10 Pf. sollte stehen bleiben und erst ausgezahlt werden, wenn die Fundierungsarbeiten beendet seien. Die Firma bestreitet, derartige Zusicherungen gemacht zu haben. Sie will nur die üblichen Zuschläge von 5 Pf. bei je 5 Meter Druck, nicht aber einen Extrazuschlag von 10 Pf. bewilligt haben. Es klagen nun zunächst acht Brückenbauarbeiter auf je 100 M. Zu der Verhandlung sind gegen 20 Zeugen geladen. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergibt, daß seitens der Kläger ein bedauerlicher Irrtum vorliegen muß, der aber seine Ursache in dem schwankenden und unklaren Verhalten der Firma bei den damaligen Verhandlungen hat. Jetzt steht ohne weiteres, daß die Kläger die ganze Zeit über in dem Glauben gelebt haben, nach Beendigung der Arbeiten werde ihnen ein hübscher Sparpfennig ausgezahlt. Die Meinung, daß ihnen ein Extrazuschlag von 10 Pf. bewilligt ist, hat sie auch bestimmt, die Arbeit aufzunehmen. Aus den Angaben einiger Zeugen geht noch hervor, daß der Bauführer bei verschiedenen Gelegenheiten dieser irrigen Annahme der Kläger nicht bestimmt entgegentrat. Als ihn beispielsweise der Arbeiter Englicht über den Extrazuschlag nochmals fragte, erhielt er die Antwort: „Gib dich zufrieden, du wirst genug haben.“ Dazu kommt, daß ein ähnlicher Modus auch bei einem anderen Brückenbau bestand. Die Kläger werden mit ihren Forderungen abgewiesen, da es sich jedenfalls um ein Mißverständnis handle und der Bauführer zur Abgabe eines solchen Versprechens gar nicht berechtigt war. (Vorsitzender: Gewerberichter Meding. Unternehmer-Beisitzer: Baumeister Busch und Tapeziererobermeister Mehnert. Arbeiter-Beisitzer: Bauarbeiter Schüler und Maurer Glöckner.)

Aus der Umgebung.

Deuben. Saure Trauben? Ein Vorortblatt meldet: „Herr Gemeindevorstand Rudelt hat die von verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Korporationen an ihn ergangenen Anträge auf erneute Uebernahme der Kandidatur als Abgeordneter der Zweiten Ständekammer aus Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit und auf die ihm obliegenden, sehr beträchtlichen amtlichen Verpflichtungen, im besonderen durch Mitverwaltung der Sparkasse für den Plauenschen Grund und des Deubener Elektrizitätswerksverbandes — und zwar für die bevorstehende Wahlperiode — abgelehnt.“

Herr Rudelt vertrat den 16. ländlichen Landtagswahlkreis seit langer Zeit. Möglich wurde dieses konservative Mandat nur hinter den Mauern des Dreiklassenwahlsystems. Das neue Wahlrecht“ gibt der Sozialdemokratie in diesem Kreise einige Chancen. Da auf einmal bekommt es Herr Rudelt mit dem bekannten Gesundheitsrücksichten zu tun.

Tolkewitz. Heute Freitag, abends ½8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Bühlau. Am Mittwoch früh wurde im Maschinenhause des hiesigen Wasserwerks der stellvertretende Maschinist Gustav Wünsche tot aufgefunden. Die Todesursache soll Gehirnschlag sein.

Heidenau. Während die Ehefrau Garden, Dohnasche Straße 16, Hinterhaus, ihrem Mann das Essen trug, zündete ihr 6jähriger Sohn in der Stube Papier an und legte dann Kleidungsstücke: Jacken, Filzschuhe und alles was ihm in die Hände kam, darauf. Die Nachbarn bemerkten den Unfug noch rechtzeitig, so daß großes Unglück verhütet wurde.

Versammlungskalender für Sonnabend.

Krankenunterstützungs- und Sterbekasse der Maler, Lackierer und Vergolder zu Dresden (E. H.). Abends 8½ Uhr Generalversammlung in Merkels Restaurant, Altmarkt 8, 1. Etage.

Krankenunterstützungs- und Sterbekasse für Klemer und Sauler zu Dresden. (E. H.) Abends 8½ Uhr ordentliche Generalversammlung im Restaurant Stadt Zittau, Ritterstraße 6.

6. Kreis. Bezirk Leutewitz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof zur Höhe.

Bezirk Deuben. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof zum sächsischen Wolf.

Bezirk Gittersee-Coschütz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in Krypenhahns Gasthof, Coschütz.

Radeberg. Glasarbeiter und verwandte Berufe. Abends 8½ Uhr öffentliche Versammlung im Deutschen Haus.

Cotta-Kötitz. Reform-Esperanto (Ilo). Beginn des Kursus abends 8½ Uhr in der Börse.

Naturheilverein für Schmiedeberg und Umgegend. Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung in der Buschmühle Schmiedeberg.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Stellungnahme zur Verschmelzung der Porzellanarbeiter, Glasarbeiter und Töpfer zu einem Industrie-Verband.

In einer am Donnerstag abend im Volkshaus stattgefundenen stark besuchten Versammlung der Porzellanarbeiter, Glasarbeiter und Töpfer wurde die Verschmelzungsfrage der genannten drei Verbände zu einem Industrie-Verband lebhaft diskutiert.

Einleitend referierte Gewerkschaftssekretär Genosse Seebald. Er führte etwa folgendes aus: In einer Zeit, in der sich das Unternehmertum und Großkapital immer mehr konzentriert, müssen wir uns ernsthaft mit der Frage beschäftigen: Was tun wir, um dieser Macht eine feste, geschlossene und größere Macht entgegenzusetzen? Um Einfluß auf die Macht des Kapitals auszuüben, ist es dringend nötig, die Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Wie in anderen Industrien, so hat die Arbeiterschaft heute schon in der Glas- und Porzellanindustrie mit einem konzentrierten Großkapital zu rechnen und über kurz oder lang werden auch bei den Töpfern derartige Verhältnisse Platz greifen. Diese Erscheinung dürfen wir bei der Verschmelzungsfrage nicht außer Acht lassen. Bei allen bisher über die Verschmelzung der genannten drei Verbände gepflogenen Diskussionen sind immer nur theoretische Gründe erörtert worden. Nur daraus erklärt es sich, daß die Verschmelzung noch nicht so weit gediehen ist, als es im Interesse einer starken Organisation nötig wäre. Ein Zusammenschluß läßt sich nicht erzwingen und auch nicht willkürlich herbeiführen, aber es gibt eine Reihe praktischer Erwägungen, die es unbedingt nötig erscheinen lassen, die Verschmelzung herbeizuführen, um so mehr Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Dies lehrt am besten die Geschichte des Holzarbeiterverbandes. Gewiß haben sich auch die kleinen Verbände bewährt, wenn es galt, Lohnkämpfe zu führen, aber die Verhältnisse haben sich geändert, wir haben es jetzt mit einem zentralisierten Unternehmertum zu tun. Bei allen kleinen Organisationen die sich damals dem Holzarbeiter-Verband anschlossen, ist nach der Verschmelzung ein riesiger Fortschritt zu verzeichnen gewesen, weil ihr Einfluß infolge der starken Organisation ein ganz anderer war. Wenn man der Verschmelzungsfrage näher tritt, dann müssen auch die Unterstützungseinrichtungen angeschnitten werden. Auch hier würde ein gangbarer Weg gefunden werden. Eine einheitliche und durchgreifende Agitation sowie eine gute Gewerkschaftspresse würden aufklärend und werbend wirken. Wenn man alle diese praktischen Erwägungen in Betracht ziehe, dann wird jedem einzelnen die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses, einer Verschmelzung immer greifbarer. Wenn die Verschmelzungsfrage eingehend diskutiert und erörtert wird, dann wird es auch gelingen, aufklärend zu wirken, und die ganze Angelegenheit in Fluß zu bringen. (Beifall.)

In der darauffolgenden Pause waren drei Resolutionen eingegangen.

1. Resolution: „Die versammelten Glas- und Porzellanarbeiter und Töpfer erkennen die Notwendigkeit der Verschmelzungsfrage der bestehenden Zentralverbände an, aber nicht nur der drei erwähnten Glas-, Porzellan- und Töpfer-Verbände, sondern sämtlicher Zentralverbände Deutschlands zu einem allgemeinen Arbeiterverband Deutschlands. Die Versammelten beauftragen das Bureau, eine derartige Verschmelzungsfrage in die Wege zu leiten.“

2. Resolution: „Die am 18. Februar in Dresden versammelten Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer erklären sich mit den Ausführungen des Referenten vollauf einverstanden und ersuchen die Hauptvorstände der drei Organisationen, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine Verschmelzung baldigst herbeizuführen.“

Die dritte Resolution war gleichlautend.

Langmark (Töpfer): Ich stimme der Verschmelzung zu, aber nur, wie es die 1. Resolution meint. Eine Verschmelzung mit den Glasarbeitern ist unmöglich für uns. Die Ofensetzer haben im keramischen Verband nichts zu tun; sie gehören zum Baufach.

Schumann (Töpfer): Wir Ofensetzer gehören zum Baugewerbe und machen deshalb eine Verschmelzung nicht mit. Wir möchten nicht das Stiefkind abgeben.

Röhle (Glasarbeiter): Ich bin strikter Anhänger einer Zentralisation, aber in weiteren Grenzen.

Zlatnik (Glasarbeiter) begründet die 1. Resolution und bittet um deren Annahme, nur so sei etwas Durchgreifendes zu erreichen.

Jungnikel (Porzellanarbeiter): Wir sind Freunde der Verschmelzung zu einem Industrieverband. Der Weg zu einem Arbeiter-Verband Deutschlands ist noch weit. Wenn wir die 2. Resolution annehmen, so ist das das zweckmäßigste, was wir tun können. Die Hauptvorstände müssen angeregt werden.

Fräßdorf (Töpfer): Wir sind uns klar, daß eine Zentralisation Platz greifen muß. Wenn man überall den Zusammenschluß beobachtet, dann ist es doch klar, daß auch wir uns mit der Verschmelzungsfrage beschäftigen müssen. (Sehr richtig!) Wir werden uns über kurz oder lang zu einem Industrieverband zusammenschließen müssen, schon mit Rücksicht auf den Kapitalismus. Früher lernten die Unternehmer von uns, jetzt können wir aber von den Unternehmern lernen. (Beifall.) Auf Grund der heutigen Diskussion werden sich die einzelnen Organisationen und auch die Vorstände rühren. Zum Schluß polemisiert Redner gegen die Kollegen Langmark und Große.

Pötschke und Klesse (Glasarbeiter) erklären sich für eine Verschmelzung und empfehlen die Annahme der 2. Resolution.

Nach einigen weiteren unwesentlichen Auseinandersetzungen wird zur Abstimmung über die Resolutionen geschritten.

Die 1. Resolution, welche einen allgemeinen Arbeiter-Verband für ganz Deutschland fordert, wurde mit allen gegen zirka 25 Stimmen abgelehnt, und darauf die 2. Resolution, welche sich für die Verschmelzung der genannten drei Verbände ausspricht, gegen ca. 12 Stimmen angenommen.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende Genosse Hörrich die Anwesenden auf, im Sinne der Resolution zu wirken. —

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Schneider der Firma Rosenblatt in Gotha traten am Montag wegen Nichtbewilligung des Tarifs in den Ausstand. Das Benehmen des Firmeninhabers war so, daß den Arbeitern kein anderes Mittel übrig blieb, zu ihrem Recht zu kommen. — Bei der Firma Schmidt in Halle an der Saale und bei Brose in Wettin a. d. S. sind Differenzen der Korbmacher ausgebrochen, die bei der ersteren schon zur Arbeitsniederlegung führten. Es handelt sich um den Preis der Geschirrkörbe, der auf 2 M. von den Arbeitern festgesetzt wurde, während die Korbmachergenossenschaft nur 1,80 M. bezahlen will. Auch den einigen Unternehmern und dem Geschäftsführer der Genossenschaft werden 2 M. als nicht zu hoch bezeichnet, aber die Genossenschaft will eben recht behalten. Zuzug ist streng fernzuhalten! — Eine Konferenz für die Betonbaubranche wird von den Zentralverbänden der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter gemeinsam zum 5. und 6. April d. J. nach Berlin einberufen. Die Konferenz findet im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, statt und beginnt Montag, den 5. April, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Der Betonbau, seine Ausdehnung und die wirtschaftliche Lage der darin beschäftigten Arbeiter. 2. Agitation und Organisation. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit berieten die Vertreter des Steinsetzer-Gewerbes in diesen Tagen die Gründung einer Unternehmerorganisation für das ganze Reich, die nun auch nach den Mitteilungen, die der bürgerlichen Presse gemacht wurden, perfekt ist. Der Verband hat seinen Sitz in Leipzig. Vorsitzender ist der Unternehmer Schwabach. — Die Arbeitgeber im Glasergewerbe in Karlsruhe haben den vor vier Jahren mit den Arbeitern abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt.

Stadtverordneten-Sitzung.

Die öffentlichen Tribünen sind überfüllt. Den Vorsitz führt Vizevorsteher Dr. Vogel. In einem Ratsschreiben wird gebeten, die nötigen Ersatzwahlen für die ausscheidenden Stadträte Dr. Kühl und Haupt vorzunehmen. — Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung

der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Milderung der Arbeitslosigkeit,

der folgenden Wortlaut hat: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

1. Arbeiten in größerem Umfange als bisher zur Milderung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen und sofort in Angriff zu nehmen,

2. allen hier schulpflichtigen Kindern beschäftigungsloser Arbeiter auf Kosten der Stadt ein warmes Mittagessen zu verabreichen,

3. den Arbeitslosen, die keine Beschäftigung erhalten können, bis zur Behebung ihrer durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage eine Barunterstützung zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung angerechnet werden darf, und hierzu aus disponiblen Mitteln 30 000 M. bereitzustellen, und

4. den Sozialen Ausschuß zu beauftragen, die Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung zu erwägen, die Erfahrungen anderer Städte hierzu zu benutzen und den Stadtverordneten hierüber baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen.

Zur Begründung des Antrages erhält der Stadtv. Nitzsche das Wort. Die Frage der Arbeitslosenfürsorge habe am 24. September v. J. schon einmal das Kollegium beschäftigt anläßlich der Interpellation seiner politischen Freunde, den Rat zu ersuchen mitzuteilen, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um der immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Wie die statistischen Nachweise ergeben, herrsche eine große allgemeine Arbeitslosigkeit. Soviel stehe fest, wenn auch die neue Arbeitslosenzählung noch nicht vorgenommen worden sei, denn auf 100 Arbeitslose mehr oder weniger komme es hierbei wirklich nicht an. Im Dezember hatten bei den hiesigen 55 Arbeitsnachweisen 5601 männliche und 2601 weibliche Personen um Arbeit nachgefragt, während offene Stellen nur vorhanden waren für männliche Personen 1663 und für weibliche 2052. In erster Linie haben also die männlichen Arbeiter unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Nach der Statistik der Arbeitsnachweise gab es demnach in Dresden schon damals rund 4000 Arbeitslose, dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen kein umfassendes Bild geben, da erfahrungsgemäß viele Arbeitslose nicht auf den Arbeitsnachweis gehen, weil sie wissen, daß ihnen dies doch nichts nützt. Seit Dezember, mit dem Beginn des Weihnachtsgeschäfts und vieler anderer Beschäftigungen in der Zeit der wirtschaftlichen Krise, ist die Zahl der Arbeitslosen bedeutend gestiegen. Mitte Januar habe eine Arbeitslosen-Versammlung im großen Saale des Tivoli stattgefunden, der die Massen — es mochten wohl bald an 5000 Arbeitslose anwesend sein — nicht zu fassen vermochte, so daß diese die anliegenden Straßen bis zum Postplatz belegt hätten. Wenn absolut nichts getan werde, um dem Notstande abzuhelfen, so sei zu befürchten, daß das Elend die Arbeitslosen veranlassen könnte,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Elend auf der Straße zu zeigen. Jedenfalls sei jetzt ein stand zu konstatieren, wie er, man könne wohl sagen, seit Jahrzehnten t dagewesen ist (Zurufe: Na, na!), vielleicht der schlimmste, den wir als hier gehabt haben. Wir sind nun der Ansicht, daß zur Abhilfe Notstands die Gemeinde berufen ist, weil sie ein Interesse daran en muß, daß die Arbeitslosigkeit nicht zur Verarmung der Massen t. Was dies für ein Gemeinwesen zu bedeuten hat, würde am en bei den Steuereingängen und bei den Armenunterstützungen zu en sein. Die Stadt habe um so mehr Veranlassung, dieser Gefahr ftreten, weil mit verhältnismäßig wenig Mitteln hier viel getan, ligstens der schlimmsten Not vorgebeugt werden könne. Wie sich dem Antrag ergibt, haben wir einige Forderungen unterbreitet, einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Die ersten drei Punkte sollen glich sofortige Hilfe herbeiführen, während der letzte mehr Zweck habe, die Stadtverwaltung zu veranlassen, in Zukunft auf m Gebiete besser zu sorgen, als dies bisher geschehen ist. Unter 1 angen wir, daß Arbeiten in größerem Umfange als bisher zur derung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt und sofort in Angriff ge- nmen werden. Ein Bericht, inwieweit die früher gemachten Zusagen wirklicht worden sind, ist uns noch nicht zugegangen. Gegenwärtig de eine größere Anzahl Arbeitsloser mit Erdarbeiten beschäftigt (Zurufe: allerdings, dies sei aber nur ein kleiner Bruchteil der Arbeitslosen, denn sich ihrer nicht 5000 damals versammeln können. Diesen sei vom keine Arbeitsgelegenheit verschafft worden, obwohl man sagen müsse, daß guten Willen sich hätte mehr tun lassen. In anderen Städten mehr getan worden. Welche Arbeiten jetzt angefangen werden en, müsse der Rat am besten wissen. So würden sich eine Reihe Erdarbeiten zu Bauten vornehmen lassen, die bereits bewilligt , wenn man die Vorbereitungen mehr gefördert hätte. Er erinnere an das Krematorium, die Waldschlößchenwiesen-Arbeiten, die leuseanlagen, die Cotaer Schule, den Schlachthof, die Schleusen- ten in Kaditzer Flur, den Brückenbau usw. Wir sind der Meinung, der Rat wohl mehr Arbeitsgelegenheit als bisher schaffen imstande gewesen ist. Was nun die Forderung unter 2 langt, so wisse er wohl, daß bereits eine Anzahl Schulkinder, schlecht genährt sind, durch einen Verein gespeist wird und daß Stadt einige Tausend Mark dazu gebe. Wenn wir hieran selbst- ständlich auch nicht rütteln wollen, so müsse doch darauf hingewiesen den, daß bisher bei der Auswahl der Kinder keine Rücksicht darauf ommen wurde, ob der Vater arbeitslos ist oder nicht. Vielmehr e der Grundsatz, daß nur ein Kind aus einer Familie der Schul- ie teilhaftig werden soll. Bereits im vorigen Jahre, wo die Not h lange nicht so groß war, konnte für 100 Kinder, wo akutkannter- fem das größte Bedürfnis bestand, keine Speisung beschafft werden, l keine Mittel da waren. In Leipzig sei bereits die Kinderspeisung eitsloser Leute in der Weise vorgenommen, daß man die Kochschulen u benutze. Wie man das hier machen wolle, sei dem Rate zu über- en. Nach einer Umfrage in Leipzig habe sich ergeben, daß in einer Schule bis 50 Kinder Arbeitsloser vorhanden waren. Uebertrage man dies hältnis auf Dresden, so würde man bei den hiesigen 43 Bezirksschulen etwa 1500—2000 Kinder kommen, bei denen Schulspeisung nötig re, weil in der Familie die Not der Arbeitslosigkeit herrscht. Die hl dürfte aber noch viel zu niedig gegriffen sein. Es müßte also zu em Zwecke ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt werden, viel- ht aus Stiftsmitteln. Man würde wenigstens die Not, wenn auch t beseitigen, so doch wesentlich mildern. Hinsichtlich der gewünschten arunterstützung an Arbeitslose und Bereitstellung von 000 M. aus disponiblen Mitteln hierzu weise er darauf hin, daß e solche Einrichtung schon in verschiedenen Städten durchgeführt be- ungsweise beschlossen worden ist. Es sei bereits im September darauf gewiesen worden, daß bei besonderen Notständen auch besondere ittel zur Abhilfe bereitgestellt werden müssen. Die Stadt könne nicht e Arbeitslosen beschäftigen; was wird nun aus den andern, die keine chäftigung finden können? Wohl unterstützen schon zum großen Teil Gewerkschaften die Arbeitslosen. So habe der Metallarbeiter- band im Jahre 1908 an Arbeitslosenunterstützung in Dresden 000 M. ausgezahlt, außerdem an Erwerbslosenunterstützung fast 000 M. Aehnliches hätten andre Gewerkschaften geleistet, aber n müsse berücksichtigen, daß nicht alle Arbeiter in Gewerkschaften und daß noch nicht alle Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung geführt haben, und dies sind besonders solche, deren Mitglieder am sten von der Arbeitslosigkeit heimgesucht werden. Auch sind schließ- die Gewerkschaften nicht imstande, auf unbestimmte Zeiten hinaus Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Was wird nun mit diesen glücklichen, die auf diese Weise keine Unterstützung beziehen? Wir der Ansicht, daß die Stadt eingreifen muß, und zwar in einer en Form, daß der Arbeitslose nicht der Armenfürsorge heim fällt. Barmittel sind in dieser Beziehung in Dresden erhaupt noch nicht gewährt worden. Man sage einfach, mögen sich e Leute doch an die Armenbehörde wenden, nehme ihnen aber im lle der Unterstützung die politischen Rechte, was gleichbedeutend mit n Begriff Ehrlosigkeit sei (Unruhe und Widerspruch bei der bürger- en Mehrheit). Wenn der Besitzstand von Notständen betroffen werde, es durch Ueberschwemmungen oder durch den Eintritt andrer mentarer Ereignisse, da greife die Kommune ein, da werde Unter- tzung gewährt. Wir sind da ebenfalls für Bewilligung eingetreten, er handele es sich hier nicht um ein ähnliches Ereignis, ohne daß davon Betroffenen die geringste Schuld treffe, ohne daß sie dafür antwortlich gemacht werden können? Zahle man bei Eintritt elementarer eignisse keine Armenunterstützung, sollte man auch bei den von wirt- aftlichen Krisen Betroffenen davon ablehen. Wenn man größere Summen anderen Zwecken, wie z. B. zur Zeppelinspende, bewilligt habe, werde n es nicht verstehen, wenn man heute nichts bewillige, sondern die beitslosen lediglich an die Armenkassen weise. Die Summe, die wir ern, ist klein, wir sind der Ueberzeugung, daß damit nicht viel zu reichen ist, wir haben sie aber so niedrig gehalten in der Hoffnung, nn eher (zu der Mehrheit gewendet) Ihre Zustimmung zu finden. ch dieser Summe wird noch viel Elend übrig bleiben, werden mit er Hilfe nur die krassesten Fälle sich beseitigen lassen. Die Art der teilung wird später zu erörtern sein, nachdem Sie sich prinzipiell r Bewilligung entschieden haben. Die Gewerkschaften werden n bereit sein, bei Ermittelung von besonderen Notfällen sich r Verfügung zu stellen. Was nun die vierte Forderung, die mmunale Arbeitslosenversicherung, anbetrifft, so ist es eine Frage, die für die nächste Zukunft gedacht ist. Die Vor- reitungen können nicht so umfassend sein, als daß sich nicht in einem ahre die Sache erledigen ließe. Wenn Sie ihr zustimmen, dann sind ir nächstes Jahr der Mühe, 30 000 Mark wieder von Ihnen fordern müssen, überhoben. Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß Arbeitslosenversicherung entweder vom Staate selbst oder unter anzieller Mitwirkung desselben durchgeführt wird, und zwar deshalb, eil kleine und arme Arbeitergemeinden nicht so viel aufzubringen vermögen, t eine Arbeitslosenversicherung einführen zu können. Dresden befindet aber nicht in einer solchen Lage. Andere Städte seien bereits bahnbrechend vorgegangen, wodurch bewiesen sei, daß die Verwirklichung r kommunalen Arbeitslosenversicherung durchaus nicht so schwierig ist. un noch ein Wort zu der Form der Arbeitslosenversicherung durch subvention der Gewerkschaften. (Zurufe: Aha!) Dieses System wurde erst in Lyon eingeführt, bekannt und berühmt geworden ist es aber urch die Erfahrungen, die man mit ihm in Gent gemacht t. Dieses System ist von den Gewerkschaften als besonders günstig gesehen und von verschiedenen Seiten befürwortet worden. Auch in eutschland hat es seinen Einzug gehalten. In Straßburg ist es vor ei Jahren eingeführt worden. Dort erhält jeder Arbeitslose, der einem erufsverein angehört, einen Zuschuß zur gewerkschaftlichen Unter- tzung, allerdings nicht bei Streiks und Aussperrungen, was wir für en Nachteil halten. Die Stadt zahle einen Zuschuß in Höhe von Prozent des Unterstützungssatzes, der von den Berufsvereinen gewährt erde, jedoch nicht mehr als 5000 M. jährlich. Das sei die größte Schwäche, nn diese Summe sei für eine Stadt wie Straßburg natürlich ungenügend. ber Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und der Stadt entscheide n Ausschuß des städtischen Arbeitsnachweises als Schiedsgericht. Mit diesem System habe man dort die besten Erfahrungen gemacht. Die ersuche sollte man auch hier beherzigen, allerdings sei mit einem lichen Zuschuß von 5000 M., namentlich in Zeiten der Krise, nicht el zu machen. Hier würde ein viel größerer Zuschuß notwendig sein. enn auch gegenwärtig keine Sparkassenüberschüsse zu verzeichnen seien, so würden solche doch wieder in den nächsten Jahren zu erwarten sein. Diese sollen bekanntlich zu gemeinnützigen Zwecken Verwendung finden. Wir wollen hinsichtlich des Systems keinen bestimmten Vorschlag machen, wir wünschen aber, daß bis zum nächsten Jahre etwas geschieht. Der Soziale Ausschuß sei die erste und geeignetste Instanz zur Erörterung dieser Angelegenheit, einer sozialen Frage allerersten Ranges. Man müsse sich wundern, daß dieser Ausschuß in einer Zeit, wo alle kommunalen Körperschaften mit diesen und ähnlichen Dingen beschäftigt sind, geschlafen hat. Der Ausschuß sei hierfür allerdings nicht verantwortlich, sondern der Oberbürgermeister und sein Stellvertreter, die verpflichtet sind, den Sozialen Ausschuß zusammenzurufen. Soviel ihm bekannt sei, sei er schon seit einem halben Jahre nicht mehr zusammengetreten. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so bedeutet dies eine Versperrung der Möglichkeit, zu einer Arbeitslosenfürsorge zu kommen. Es handelt sich bei dieser eminent wichtigen und brennenden Frage darum, daß die Arbeitslosen nicht der Verelendung anheimfallen. Dies muß aber geschehen bei monatelanger Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit. Aber es steht noch Schlimmeres zu befürchten. Not sei ein schlechter Hüter der Moral, wie erst neulich eine Gerichtsverhandlung gezeigt habe. Auf der Anklagebank saßen sechs junge kräftige Arbeiter, die wegen Diebstahls zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, und als Milderungsgrund führte der Richter lange Arbeitslosigkeit an. Dies zeige, wohin Arbeitslosigkeit führe. Ein Sprichwort sage schon: Not lehrt stehlen! Es gelte mehr zu verhüten als bloße Verarmung, nämlich, daß die Arbeitslosen tief hinabgestoßen werden, wo ein Herauskarbeiten schwer möglich ist. Schaffen Sie nicht eine Situation, die uns Ihnen zurufen läßt: „Ihr laßt die Armen schuldig werden und überlaßt sie dann der Pein!“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe und Lachen bei der Mehrheit.)

Bürgermeister Dr. Kretzschmar meint, es werde auffallen, daß er jetzt schon das Wort ergreife, obgleich noch gar kein Beschluß des Kollegiums vorliege. Wenn er es dennoch getan habe, so in der Erwägung, daß es bei den Ausführungen des Stadtv. Nitzsche seine Pflicht sei, beide städtischen Kollegien gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie in der Frage der Arbeitslosigkeit völlige Gleichgültigkeit bewahren, beziehungsweise direkt für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen seien. Die Ausführungen des Vorredners erwiesen große Uebertreibungen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Zur ersten Forderung des Antrags erinnere er nur an seine Ausführungen in der ersten Sitzung dieses Jahres, in der das Kollegium so erhebliche Mittel zur Ausführung von Arbeiten bewilligt habe, wie wohl kaum eine andre große Stadt des Deutschen Reiches. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben bewilligt beim Hochbauamt die Schule in Cotta, das Krematorium (Zuruf: Es wird aber doch nichts angefangen!), die Zionskirche, außerdem befindet sich im vollen Gange der Schlachthofneubau, Arbeiten, die einen Wert von 3—4 Millionen Mark darstellen. Weiter sei darauf hinzuweisen, daß beim Tiefbauamte der Brückenbau und die Schwemmkanalisation sich in Ausführung befinden. Außerdem sei der Ausbau von Straßen in der Südvorstadt und zwischen Plauen und dem Schweizerviertel erfolgt, Arbeiten, die ebenfalls 270 000 M. erforderten. Daß nicht in umfänglicherem Maße wir den Arbeiten begonnen werden könne, daran sei nicht der Rat schuld, sondern die ungünstigen Witterungsverhältnisse. Daß es nicht am guten Willen liege, beweise, daß beim Rathausbau Tischlerarbeiten in Höhe von 100 000 M. zur sofortigen Ausschreibung und Vergebung gelangt seien. Dadurch sei, wenn auch nur im beschränkten Umfange, ebenfalls Arbeitsgelegenheit geschaffen worden. Also Arbeit gab es schon — wenn man nur arbeiten wolle. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch auf der Linken.) Zur Frage der Speisung bedürftiger Schulkinder stehe er auf dem Standpunkte, daß der Rat nicht störend in die uneigennützige Arbeit der Wohltätigkeitsvereine eingreifen solle. Vom Verein zur Speisung schulpflichtiger Kinder seien im Winter 1907/08 zu genanntem Zwecke 18 000 M. ausgegeben worden. Das sei eine respektable Leistung, an der man nicht so ohne weiteres vorübergehen solle. Deshalb habe auch die Stadt im letzten Jahre den Beitrag auf 5000 M. erhöht. Im Winter 1907 seien auch Erhebungen auf den Ernährungszustand der Schulkinder angestellt worden, allerdings lägen keine statistischen Unterlagen, sondern nur Meinungsäußerungen des genannten Vereins und der Schuldirektoren vor. Nach den vom Verein im letzten Winterhalbjahr gemachten Erfahrungen hat sich der Ernährungszustand der Schulkinder bei regelmäßiger täglicher Speisung gehoben (Stadtv. Fleißner: Glauben wir schon!) und haben sich die Schulversäumnisse vermindert. Zur Forderung unter 3 wolle er zunächst dem Kollegium überlassen, wie es sich zu dieser Frage stelle. Er wolle nur darauf hinweisen, daß es unzutreffend sei, wenn der Stadtv. Nitzsche behauptet daß die Stadt noch garnichts gegeben habe. Das Armenamt habe im letzten Jahre 15 000 M. mehr ausgegeben an laufenden und einmaligen Unterstützungen als im Jahre zuvor. Auch kämen ansehnliche Stiftsmittel und Gelder des Lehramts in Betracht, deren Verteilung nicht die Folgen für die Bedachten hätten wie die Armenunterstützung. Die Stadt Dresden stehe also auch in dieser Beziehung nicht zurück. Wenn Stadtv. Nitzsche so sehr die Gewerkschaften in den Vordergrund gerückt habe, so müsse er es ihm überlassen, ob diese Begründung geeignet sei, die Entschließung des Kollegiums in günstigem Sinne zu beeinflussen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Was den Sozialen Ausschuß betreffe, so hätte sich der Stadtv. Nitzsche seine Ausführungen sparen können. Der Ausschuß habe sich bereits mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt und das Arbeitsamt sei beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten. Daß letztere noch nicht zum Abschluß gekommen sei, liege an der Ueberlastung des Arbeitsamts. Auch dies beweise, daß der Rat ein großes Interesse an der Sache habe, allerdings zur Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung werde er nicht kommen, wohl aber werde er die Einführung einer solchen durch den Staat unterstützen. Im übrigen sei es höchst unzweckmäß, daß das Kollegium sich jetzt schon wieder mit der Frage beschäftige (Lachen bei den Sozialdemokraten, lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit), weil erst vor acht Tagen dem Rat 1500 M. zur Verfügung gestellt worden seien zwecks Vornahme von Erhebungen, ob die Arbeitslosigkeit hiesige Arbeiter betreffe oder von auswärts zugezogene. Dies Ergebnis hätte man doch erst abwarten sollen! (Zurufe: Sehr richtig!) Für die Stadt liege kein Anlaß vor, von auswärts zuziehende Arbeitslose zu unterstützen. Man müsse auch so disponieren, daß in der Ausführung der Arbeiten nicht ein solches Tempo eingeschlagen werde, daß der ständige Stamm der Arbeiter später schließlich keine Beschäftigung habe. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Stadtv. Dr. Thümmler erkennt an, daß auf seiten der Antragsteller ein ernstes Interesse an einer befriedigenden Lösung der Arbeitslosenfrage bestehe. Indessen hätten sie sich die Sache sehr leicht gemacht, besonders die finanzielle Tragweite ihrer Forderungen außer Betracht gelassen. Weiter hätten sie nicht erklärt, ob man hier vor einer Aufgabe des Staats oder der Kommune stehe. Er schätze das finanzielle Verantwortlichkeitsgefühl des Kollegiums zu hoch ein, als daß er annehmen könne, letzteres würde über die so einschneidende Frage in finanzieller Beziehung hinweggehen. Es liege auch in der Geschäftsordnung, daß man sich mit der ganzen Frage nicht allzulehr beschäftige. Ihm sei nur das Sprichwort bekannt: Not lehrt beten! (Heiterkeit bei den Soz. Zuruf: So hieß es früher!) Durch die Ausführungen des Bürgermeisters sei die Sachlage sehr geklärt worden. Wenn für auszuführende Arbeiten vier Millionen Mark bewilligt worden sind, so sei dies die beste Arbeitslosenfürsorge. Er wünsche nur, daß die Stadt alle vom Bürgermeister angeführten Arbeiten so bald als möglich in Angriff nehmen lasse. Inbezug auf die Schulspeisung sei die Vereinstätigkeit die allerbeste. Hinsichtlich der geforderten Barunterstützung Arbeitsloser hätten sich die Antragsteller die Sache am allerleichtesten gemacht. Aus welcher Position oder aus welchen Stiftungsmitteln die 30 000 M. genommen werden sollen, darüber schweigen sich die Herren von der Linken aus. Dieser Forderung widerspreche Punkt 4, ein Weg, der ihm eher angebar erscheine. Er bitte aber auch insofern um Ablehnung des Antrages Nitzsche und Genossen und dafür um Annahme seines Antrages, den Rat zu ersuchen, den Sozialen Ausschuß zu beauftragen, eine Arbeitslosenunterstützung zu erwägen, die Erfahrungen anderer Städte dabei zu benutzen und das Ergebnis dem Kollegium mitzuteilen.

Stadtv. Dittmann rettet bei großer Unruhe im Saale aus einer Zeitschrift abfällige Urteile von Vertretern der Wissenschaften über die verschiedenen Systeme der Arbeitslosenversicherungen (seine Ausführungen bleiben in der Hauptsache unverständlich). Dann erzählt er den Fall aus Niederlößnitz, wo trotz der großen Arbeitslosigkeit die Arbeiter auf dem Neubau einer Villa die Arbeit niedergelegt hätten, weil der Unternehmer sich weigerte, einen Nichtorganisierten zu entlassen. Weiter hätten in Gröba, wo der Magistrat Notstandsarbeiten ausführen lasse, die Arbeiter sich geweigert, bei einem Tagelohn von 2,50 M. länger als acht Stunden zu arbeiten. So etwas dürfte in heutiger Zeit freilich nicht vorkommen! (Inzwischen hat sich die Unruhe im Saale wieder so gesteigert, daß der Redner absolut nicht zu verstehen ist. Die meisten der bürgerlichen Stadtverordneten stehen plaudernd im Saale herum. Vizevorsteher Dr. Vogel schlägt heftig mit dem Hammer auf das Pult und ersucht um Ruhe. Stadtv. Fleißner: Es sind ja gerade die eigenen Freunde des Redners, die keine Ruhe halten!)

Stadtv. Grützner tritt für Beschleunigung in der Erledigung von Baugesuchen ein. Ein Arbeitgeber habe 10 Wochen gewartet, ehe er die Erlaubnis bekam, sonst hätte er schon längst mit dem Bau begonnen, wodurch zirka 60 Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten. (Zurufe: Hört, hört!) Dann wendet sich Redner heftig gegen die linke Seite des Hauses, indem er es als ein Verdienst der Reformpartei hinstellt, die Frage der Arbeitslosenversicherung seinerzeit zuerst aufgerollt zu haben. Es sei also nicht wahr, daß die Sozialdemokraten Vater dieses Gedankens seien. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Häckel: Wenn die vom Stadtv. Nitzsche angeführten Arbeiten sofort in Angriff genommen werden sollen und alles in bestem Gange sei, so — den Einwurf erlaube er sich — werde gestreikt! Es sei eine alte Tatsache, daß bei guter Arbeitsgelegenheit gestreikt werde, um höhere Löhne zu erreichen. Wenn Stadtv. Nitzsche gesagt habe, wir sollen nicht schuld an der Arbeitslosigkeit tragen, so erwidere er: Die Schuld an der Arbeitslosigkeit tragen Sie, meine Herren! (Vereinzelter Beifall, Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Weil Sie in der Zeit reicher Arbeitsgelegenheit dafür sorgen, daß die Arbeiter keinen Sparpfennig zurücklegen dürfen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen ja gerade die Not haben, weil Sie Agitationsstoff brauchen. Wir werden deshalb Ihre Anträge bekämpfen und für den Antrag Thümmler stimmen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen. Gemeldet sind noch vier Redner, u. a. die Stadtvv. Fleißner und Buck. Gegen den Schlußantrag spricht Stadtv. Buck (Soz.), indem er die Ansicht vertritt, das Kollegium werde doch auch einmal einige wenige Stunden für die Arbeiter opfern können, in nächster Zeit würden sowieso genug Vorlagen kommen, die wenig mit dem Arbeiterstand zu tun hätten. Es erfolgt aber gegen 19 Stimmen Schluß der Debatte.

In seinem Schlußwort bemerkt Stadtv. Nitzsche, daß er vom Verlauf der Debatte nicht enttäuscht sei, viel habe er sowieso nicht erwartet. Im allgemeinen habe, abgesehen von den Ausführungen Häckels, die Debatte auf einem etwas höheren Niveau als am 24. November gestanden, was allerdings nicht viel besagen wolle. (Rufe: Oho!) Dr. Häckel habe eine Hetzrede im Reichsverbandsstile gehalten, wodurch er gezeigt habe, daß er von jedem sozialen Verständnis weit entfernt sei und von Arbeitslosenfürsorge nichts verstehe. Heute verlange er, daß die Arbeiter sparen sollen, während er noch vor wenigen Jahren die Arzthonorare bei der hiesigen Ortskrankenkasse, die 4000 und 5000 M. und noch mehr betragen, als Taschengeld bezeichnet habe. Damit habe er gezeigt, welche soziale Einsicht er habe, auf welchem Niveau er stehe! (Stadtv. Wendschuch: Ordnungsruf! Stadtv. Fleißner: Den würden Sie jetzt verdienen!) Auf die Ausführungen Dr. Häckels brauche er im übrigen nicht weiter einzugehen, da dieser tatsächlich ja nichts vorgebracht habe. (Stadtv. Fleißner: Das kann er ja gar nicht!) Die Rede des Bürgermeisters habe auf ihn den Eindruck gemacht, als ob er in Erwartung einer Brandrede sich seine Erwiderung bereits vorher zurechtgelegt habe. Insbesondere habe er unterlassen anzugeben, inwieweit er (Nitzsche) sich Uebertreibungen schuldig gemacht habe. Wenn der Bürgermeister die Armenunterstützung von 15 000 M. erwähnt habe, so sei dies eben die Form, die wir nicht wünschen. Warum wählt man denn nicht die Form, daß die Arbeiter trotz einer Unterstützung die politischen Rechte behalten? Der Bürgermeister habe auch seine Bemerkungen hinsichtlich des Sozialen Ausschusses, dem er (Nitzsche) selber angehöre, nicht entkräften können. Tatsächlich sei er (Redner) seit August v. J. zu keiner Sitzung des Sozialen Ausschusses eingeladen worden. Uebrigens könne uns der Plan der Arbeitslosenzählung doch nicht hindern, den Arbeitslosen zu helfen. Das Ergebnis der Zählung sollte man als Unterlagen für die Arbeitslosenversicherung verwenden. Nach weiterer Polemik, die sich auch gegen den Stadtv. Dr. Thümmler richtet, bemerkt Stadtv. Nitzsche noch: Die Mittel sind also wohl zu beschaffen, Sie wissen sich ja sonst über diese Bedenken hinwegzusetzen! Daß wir Verantwortlichkeitsgefühl haben, beweist, daß wir bescheiden sind (lebhafter Widerspruch) und nur 30 000 M. gefordert haben.

Vizevorsteher Dr. Vogel: Bei der im Saale herrschenden Unruhe seien die Ausführungen des Stadtv. Nitzsche nicht immer für ihn verständlich gewesen. Er habe deshalb das Stenogramm eingesehen, nach welchem Nitzsche gesagt hat: Das Kollegium sei von weiter nichts erfüllt als Arbeiterfeindlichkeit! Er rufe den Stadtv. Nitzsche deshalb zur Ordnung! Das Kollegium ist nicht arbeiterfeindlich. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Stadtv. Dr. Häckel (zur tatsächlichen Berichtigung): Stadtv. Nitzsche hatte vorhin behauptet, er hätte in sachlicher Beziehung nichts ausgeführt. Demgegenüber stelle er fest, daß er ausgeführt habe, die Sozialdemokratie predige den Streik, damit die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werde. Die Demonstrationen auf der Straße hätten nur zur Frage, daß viele Arbeiter wieder ins Gefängnis kämen. Er habe also die Arbeiter gewarnt und das seien sachliche Ausführungen. (Lebh. Zwischenrufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der sozialdemokratische Antrag wird — bei getrennter Abstimmung über die einzelnen Forderungen — abgelehnt. Mit den Sozialdemokraten stimmen nur drei bürgerliche Stadtverordnete.

Auf der öffentlichen Tribüne ertönen darauf laute Pfuirufe. Stadtv. Kühn (Soz.): Das ist die einzig richtige Antwort!

Der Vorsteher droht, indem zu ihm von der Linken fortgesetzt Zwischenrufe herübertönen, die Tribünen räumen zu lassen, falls sich die Mißfallenskundgebungen wiederholen. Dann erhält der Stadtv. Kühn einen Ordnungsruf.

Allgemeiner Tumult, einzelne bürgerliche Stadtverordneten rufen noch immer verzweifelt: Tribünen räumen lassen! Dazwischen werden Rufe laut: Sie schämen sich! Endlich wird noch über den Antrag Thümmler abgestimmt, der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird.

Stadtv. Dr. Schiebler: Der Stadtv. Nitzsche hat soeben das Verhalten des Stadtverordnetenkollegiums als skandalös bezeichnet; ich bitte, daß der Vorsitzende einschreitet! (Erneuter Lärm. Stadtv. Fleißner ruft dem Stadtv. Dr. Schiebler zu: Denunziant!) Dem Stadtv. Nitzsche wird darauf ein zweiter Ordnungsruf erteilt. Erst nach einiger Zeit tritt wieder Ruhe ein.

Die Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 500 M. für die im Jahre 1909 hier stattfindende Jahreshauptversammlung des Vereins der Badefachmänner Deutschlands wurde abgelehnt.

Ueber den Erlaß eines 3. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung vom 15. Mai 1901 referiert für den Rechtsausschuß Stadtv. Schuricht. Die Sache hat schon einmal das Kollegium beschäftigt, doch hat das Ministerium bezw. die Kreishauptmannschaft hinsichtlich einiger Bestimmungen die Dispenserteilung verweigert. Der Rat hat nun dementsprechend, wenigstens teilweise, die Bestimmungen abgeändert — die Aenderungen sind nur unwesentlicher Natur — und ersucht das Kollegium um seine Zustimmung zu den Beschlüssen. Dies geschieht debattelos.

Die übrigen Punkte hatten kein öffentliches Interesse. Die Vorlage über die Neugestaltung des städtischen öffentlichen Fortbildungsschulwesens wurde der vorgerückten Zeit wegen abgesetzt und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt.

Kurz vor ¼10 Uhr wurde in die geheime Sitzung eingetreten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gerichtszeitung.

Militärgericht.

Ein folgenschweres Renkontre spielte sich am 19. Dezember 1908 auf der Zittauer Hauptwache ab. Früh um 7 Uhr erhielt der Soldat Max Bruno Müller vom aufsichtführenden Gefreiten Schlegel den Befehl, die Nachtposten abzulösen. Müller hielt sich dienstlich für überbürdet, glaubte, der Gefreite sei zur Erteilung dieses Befehls nicht berechtigt und entgegnete: „Ich bin nicht dran, es mag ein anderer gehen!" Als dann der Befehl zum zweitenmal ertönte, ging er. Unter anderen hatte er auch einen Posten am Garnisonlazarett abzulösen. Hier mußte er am Tor auf einen Soldaten mit dem Schlüssel warten, da er sonst den Posten nicht ablösen konnte. Da der Soldat nicht gleich kam, ließ er den Posten der Einfachheit halber stehen. Auf die Wache zurückgekehrt, befahl ihm der Gefreite, den Posten sofort abzulösen. Müller befolgte diesen Befehl, erklärte aber, ohne Gewehr gehen zu wollen. „Du nimmst dein Gewehr mit!" erwiderte Schlegel; — der Soldat ging aber trotzdem ohne Gewehr und löste den Posten ab. Als er um 8 Uhr selbst mit schmutzigen Stiefeln auf Posten ziehen wollte, mußte er vorher auf den Befehl des Gefreiten die Stiefel putzen. In der Erregung über die fortwährenden Befehle hat Müller entgegnet: „Halt' die Schnauze, dummer Junge und kümmere dich um dich und nicht um mich!" — Dann steht noch ein weiteres Delikt unter Anklage: am Abend des diesem verhängnisvollen Tage soll Müller den Gefreiten „Dummer Luker" genannt haben, als er Kohlen holen mußte. Die ganze Affäre ist auf Meinereien zweier Kameraden zurückzuführen, denen der eine an den fraglichen Tagen plötzlich Vorgesetzter geworden war. Während der Verhandlung gab Müller an, daß er sehr erregt gewesen und sich im Augenblicke der Vergehen der Vorgesetzten-Eigenschaft des sonstigen Kameraden nicht bewußt gewesen wäre. Unter Anklage stand Beharren im Ungehorsam, Auflehnung, Verletzung vor versammelter Mannschaft, Beleidigung, usw. Wegen dieser Bagatelle erhielt der noch nicht vorbestrafte Soldat drei Monate Gefängnis und wurde sofort in Haft genommen.

Ausnahme-Tage!

Für die angegebenen Quantitäten u. Qualitäten übernehme ich volle Garantie. — Verkauf nur solange Vorrat reicht.

Wiederverkäufer erhalten keinen Rabatt.

Die offerierten Gelegenheitskäufe sind enorm billig und sollen nur meiner werten Kundschaft die Überzeugung bringen von meiner absoluten Leistungsfähigkeit.

6000 Paar Socken, Strümpfe, Kindersöckchen u. -Strümpfe
— zum Aussuchen nach Wunsch —
Herrensocken, schwarz, bunt etc. . . . .
Damenstrümpfe, schwarz, bunt und Mako .
Kinderstrümpfe, schwarz, braun, bunt . . . . . } alle Größen
Kindersöckchen, schwarz, bunt .
3 Paar nach Wahl **1** ℳ

500 Stck. Damengürtel
und zwar:
Leder, Seidengummi, Bespritzt } höchelegante Schlösser
Wert bis 2.50, Stück **45** ₰

Dutzend Wäschebuchstaben zum Aufnähen Dutzend **2** ₰

Ich habe von einer der ältesten schlesischen Leinen-Fabriken einen
Restposten lein. Handtücher u. Wischtücher
enorm billig erstanden.
Nur ½ Dutzende.
25% unter Preis.

Posten Schlafdecken 95 ₰
rehbraun, mit dunkler Kante . Stück

Damen-Wäsche
Posten I
Damenhemden mit gestickter Passe . .
Beinkleider in Köp., Barch., m. Stickerei
Barch.-Nachtjacken m. Lang. od. Spitze
hocheleg. Untertaillen . . . . . **1.25** ℳ
Posten II
Damenhemden, eleg. Stickereien . . .
Damenhemden mit Madeira-Passen . .
Damen-Barchenthemden, weiß, 3 Fass.
Barchent-Nachtjacken mit Stickerei .
Barchent-Beinkleider mit Stickerei . **1.65** ℳ
Posten III
Muster-Kollektion Damenwäsche
Damenhemden hochelegant . . . . .
Damen-Beinkleider hochelegant . .
Damennachthemden usw.
Wert bis ℳ 7.—, jetzt ℳ 2.75, und **2.25** ℳ

◆ 2000 Schürzen ◆
und zwar:
Wirtschaftsschürzen, extra weit, mit Volant . . . .
Weiße Teeschürzen mit Heben, ringsherum auch Träger mit breiter weißer oder bunter Stickerei . .
Elegante Miederschürzen mit Heben und Besatz
Weiße Kinderschürzen mit Volant u. Stickereieinsatz } für das Alter von 3—7 Jahren
Bunte Kinderschürzen, 7 Fassons, reich besetzt, mit Volant, Schleifenschürzen etc. . . . . } Stück **95** ₰
Alle Schürzen garantiert waschecht.
Beste Näharbeit. — Erstklassige Fabrikate.

Reinwollne Cheviots
130 cm breite engl.
Kostüm-Stoffe
Reinwollne Schotten
durchweg Meter **95** ₰

2000 Fenster abgepaßter engl. Tüll-Gardinen crème u. weiß
nur vorjährige Muster – für die Hälfte des Preises
Ich habe diese älteren Muster enorm billig aufgekauft, deswegen diese erstaunlich billigen Preise.

Abgepaßte **Gardinen 1.75** ℳ
3 mal Band eingefaßt, crème u. weiß
1 Fenster 2 Schals

Breite abgepaßte **Gardinen 2.75** ℳ
crème, weiß, 3 mal Band eingefaßt
1 Fenster 2 Schals

Abgepaßte **Gardinen 3.75** ℳ
breit u. lang, 3 mal Band eingefaßt
1 Fenster 2 Schals

Abgepaßte **Relief-Gardinen 4.75** ℳ
ohne Appretur, breit und lang
1 Fenster 2 Schals

Abgepaßte **Relief-Gardinen 5.75** ℳ
Wert bis 14.50.
1 Fenster 2 Schals

Otto Heinemann-Weber gasse 26

gegenüber der Bärenschänke.

Achtung!
Zwei fette Masthammel
werden empfohlen, Pfd. 70 Pf.
Anna Kriegel, Potschappel
Dresdner Straße 57.

Herren- und Kinder-Anzüge, Stoff- und Arbeitshosen, sämtliche Schuhwaren kauft man am billigsten bei **Partusch, Pfotenhauerstrasse 20.**

Gute getragene
Herren- u. Damenkleider
Schuhwaren kaufen Sie am billigsten nur im
1. Dresdner Spezial-Kleidermagazin
Töpferstraße 1, 1. Etage.

Radebeul!
Zur Anfertigung v. Böttcherwaren empfiehlt sich Genosse P. Tschenscher, Dresdner Straße 30.

Film
für kleine Kinematographen, per m 25 Pf., zu haben im
Dedrophon-Theater
Wettinerstrasse 34.

Mehrere
Neue Waschwannen
verschied. Größen, sind billig zu verkaufen. Gummern, Bahnhofstr. 40, bei Kreuse.

Schwarze Reste
für Damenkleider, Röcke und Jackets zum halben Preise.
Tuchlager Amalienstr. 17, 1.

Schuhwaren
kauft man gut und billig bei
Kraft, Paul-Gerhardt-Straße 3.

1 Maassanzug 16 M.
1 Paletot 16 M. Schicke fest. Mod. Dess.
Mstr. fr. Max Hacker, Naeider 116.

Gesangvereins-Dirigent
als tüchtig anerkannt, akademische Bildung, wünscht strebsamen Chor zu leiten. Offerten unter „Kantor", Dresden-N. 19, postlagernd.

Eine Wäschemacherin Arbeit. Gebnitzer Straße 21, II.

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41. | Dresden, Freitag den 19. Februar 1909. | 20. Jahrgang.

Aenderung des Organisations-Statuts der Partei.

Der Parteitag in Nürnberg hat nach dem Antrag 16 von Frankfurt a. M. eine Kommission eingesetzt, mit dem Auftrag eine Revision des Organisations-Statuts vorzunehmen und rechtzeitig den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts zu veröffentlichen. Der Kommission, die aus 21 Genossen aus den verschiedenen Landesteilen zusammengesetzt wurde, sind auch die Anträge 13, 14, 17, 56, 122 und 129 zur Erledigung überwiesen worden.

Die Kommission hat am 11. und 12. Januar in Berlin getagt. An den Verhandlungen haben zwei Vertreter des Parteivorstandes teilgenommen. Als Resultat der sehr eingehenden Beratungen veröffentlichen wir im Auftrage der Kommission den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts. Die Aenderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und **Mitglied einer Parteiorganisation ist.**

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. **Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.**

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen nicht dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. **Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstande vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.**

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 20 Pf. betragen. Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit" unentgeltlich zu liefern. Mindestens 30 Prozent der erhobenen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. **Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem vom Parteivorstand zu versendenden Fragebogen zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über:** Art und Umfang der entfalteten Agitation, Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe der von den Mitgliedern erhobenen Parteibeiträge, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. **Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Maßgabe, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte zu wählen sind. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.**
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. **Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.**

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. **Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.**

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, **oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht stattfinden,** so hat der Parteivorstand **gemeinsam mit der Kontrollkommission** den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages muß mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. **Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:**

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig **gestellten Antrag der Kontrollkommission;**
3. **auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bezw. Landesorganisationen.**

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, so ist der **Parteitag von den Antragstellern** zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§ 7 und 8).

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, **unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß.** Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers, der Schriftführer **und der Vertreterin der Genossinnen** erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksvorstand bezw. der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand **Vertreter der Landes- bezw. Bezirksorganisationen gutachtlich zu hören oder zu einer Konferenz zu berufen.**

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 23. **Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewußter Weise die Parteiinteressen schädigt.**

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- bezw. Landesorganisation.

Der Antrag auf Ausschluß aus der Partei kann nur durch eine Parteiorganisation (Orts-, Wahlkreis-, Bezirks- oder Landesorganisation) gestellt werden. Mit Zustimmung des Angeschuldigten kann der Ausschlußantrag auch vom Vorstand der Parteiorganisation gestellt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- bezw. Landesvorstand.

§ 24. **Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- bezw. Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragen.**

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. **Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens zwei Wochen vor Stattfinden des Parteitages beim Parteivorstand eingereicht sein.**

§ 26. **Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.**

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf Suspendierung von Mitgliedrechten zu erkennen und Rügen zu erteilen.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. **Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.**

Wiederaufnahme.

§ 28. **Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- bezw. Landesorganisationen zu richten, bei dem das Ausschlußverfahren seinerzeit anhängig gemacht worden ist. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers zu hören.**

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 29. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 10 und 13 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Das billigste Angebot der Gegenwart
aus unserem
Inventur-Ausverkauf

Hüte: Wollfilz . . 1.95 und 1.45
Haarfilz . . 4.50 und 2.95
Mützen: Knaben . . 35 und 25 Pf.
Herren . . 45 und 25 Pf.
Kragen: Prima 5fach 1/4 Dtzd. 95 Pf.
Stehumlege- 1/1 Dtzd. 1.45
Krawatten: neueste Stoffe und Fassons 50, 45, 35, 25 und 15 Pf.
Schirme: baumwollene Gloria . 1.95
Prima Halbseide . . 2.95

Strassburger Hut-Basar
Wettinerstrasse, Ecke Zwingerstrasse.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

210. Sitzung. Donnerstag den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Berdmann-Hollweg.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Bankgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. **Haenisch** (soz. Volksp.): Am Sinken unseres Kredits ist nicht die Reichsbank schuld, sondern unsere falsche Finanzpolitik. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Reichsbank zu verhaftlichen, (Sehr richtig! bei den Soz.) Der vorliegende Entwurf ist schon deshalb nicht die Rede wert. Der vorliegende Entwurf ist eine geeignete Grundlage zur Verlängerung des Reichsbankprivilegs und zur Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Goldwährung.

Reichsbankpräsident **Havenstein** spricht sich, soviel man bei dieser frühen Ausführung verstehen kann, gegen Verstaatlichung der Reichsbank aus.

Abg. **Frank** (Soz.): Leider ist der Abg. Singer, der Mitglied der Bankenquetekommission war, im letzten Moment verhindert worden, zu sprechen, und für ein Mitglied, das der Kommission nicht angehörte, ist es sehr erschwert, die Protokolle zu würdigen, die sich besonders auf Gutachten von Sachverständigen beraten, die sich gehalten gehalten sind. Diese Geheimnistuerei ist sehr unangenehm, um Staatsgeheimnisse handelt es sich doch sicher nicht dabei. Wenn der Journalismus in unser Bankwesen hereinscheint, so wird das gewiß nichts schaden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Bedauerlich ist sicherlich der in der Kommission gemachte Vorschlag eines Aufsichtsamtes für Banken, da unsere Großbanken aus dem Niveau der Privatwirtschaft herausgewachsen sind und eine große volkswirtschaftliche Tragweite erlangt haben. In Amerika hat sich die Bankaufsicht bewährt. Allerdings große Bankfrache hat es bei uns noch nicht gegeben, aber es ist gut, vorzubeugen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Regelung des Depositenwesens bei den in der Bankenquetekommission vorliegt. Offenbar in einem Anfall von Rührung über das Edelmut der Großbanken, welche sich bereit erklärt haben, alle zwei Monate ihre Bilanzen zu veröffentlichen. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.)

Die Goldfrage wird in ihrer Bedeutung gemeinhin überschätzt. Entscheidend für die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Diskontosatz ist nicht die Goldpolitik, sondern die internationalen Verhältnisse sind das Entscheidende. Wenn unsere Bilanz eine ungünstige ist, so ist daran unsere verkehrte Finanzpolitik schuld. (Beifall bei den Soz.)

Redner wendet sich zur Vorlage. Die Anteilseigner der Reichsbank kommen auch nach der Vorlage immer noch zu gut weg. Es sind durchaus hohe und auch durchlauchtige Herren, und wir zweifeln nicht daran, daß bei den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Opferwilligkeit, wie sie der Herr Reichskanzler dieser Tage wieder so eindringlich unsern Ohren gepredigt hat, die Anteilseigner bereit sein werden, auf dem Altar des Vaterlandes Opfer darzubringen. In der Kommission hat einer der Herren, Kommerzienrat Fischer, erklärt, daß er Gewissensbisse empfunden hat, bei einem so sicheren Papier, wie die Anteile der Reichsbank es sind, 9 bis 10 Prozent einzustecken. (Zuruf b. d. Soz.: Dem Manne kann geholfen werden!) Wir sind bereit, dem Geist der Opferwilligkeit zu Hilfe zu kommen. Der Gewinn sollte auf die Höhe des gesetzlichen Zinsfußes beschränkt werden. Das würde dem Reiche 1 bis 3 Millionen jährlich einbringen. Allerdings nicht viel, aber ich halte es mit dem Grundsatze des Herrn v. Wangenheim: Kleinvieh gibt auch Mist. (Große Heiterkeit.)

Redner wendet sich gegen den Gedanken der Verstaatlichung. (Zwischenruf des Abg. Arendt: Wo bleibt die Vergesellschaftung?) Vergesellschaftung ist nicht, was Sie wollen. Wenn Sie die Reichsbank verstaatlichen, so bewirken Sie nichts anderes damit, als sie zu einem Kreditinstitut für Junker und Bauern herabzudrücken. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) In der heutigen Debatte war erfreulich die elegante Form, in der der Reichsbankpräsident die Liebeserklärung der Herren Arendt und Kreth zurückgewiesen hat. Den Grundsätzen der Kommissionsvorlage können wir zustimmen und werden uns an der Kommissionsberatung beteiligen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Raab** (wirtsch. Vereinigg.): Die Furcht des Vorredners, die Reichsbank könne eine Kreditanstalt für Junker werden, ist unangebracht. Augenblicklich legt sie eher eine gewisse Sympathie für Junker neuer Art an den Tag, für die in Herr Frank naturgemäß eine starke Zuneigung empfinden muß. (Beif. b. d. Antis., Lachen b. d. Soz., Rufe: Arendt! [Heiterkeit].) Redner beklagt mit Dr. Arendt das Ende des Bimetallismus und will auf Einzelheiten im Bewußtsein mangelnder Fachkenntnis nicht eingehen. Redner schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an, obwohl er durch Kommissionsarbeiten schon so abgehetzt ist, daß er kaum noch ein vernünftiges Wort reden könne. Mögen die Nationalliberalen ihren Nationalismus, zu dem sie glücklicherweise gelangt sind, durch Stärkung des nationalen Goldmarktes beweisen.

Abg. **Mommsen** (freis. Volksp.): Herr Frank scheint etwas aus den Verhandlungen der Bankenquetekommission gelernt zu haben. Von Herrn Raab kann man das leider nicht behaupten. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.)

Wir freuen uns, daß der jetzige Bankpräsident gleich seinem Vorgänger, der jetzt in den verdienten Ruhestand getreten ist (Abg. Dr. Arendt: Sehr verdientem!), an der Goldwährung festhält. (Sehr richtig! links.) Sie auf der Rechten wollen die Reichsbank zu einem Kreditinstitut machen, wir wollen, daß sie ein Regulator unseres Geldmarktes sei. Kredit ist ja allerdings eine schöne Sache für die, die kein Geld haben. (Große Heiterkeit.) Das Kunststück, den Diskont niedrig zu halten, wenn die Marktverhältnisse ihn hoch treiben, dürfte selbst Herr Arendt nicht fertig bringen. Die Reden, die Herr Arendt hier seit zehn Jahren gegen die jetzige Organisation der Reichsbank hält, werden wir auch in Zukunft zu ertragen wissen. (Heiterkeit und freudige Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten **v. Dzimbowski** (Pole), Freiherr **v. Gamp** (Reichsp.) und **Werner** (Antis.) schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. **Frank** (Soz.): Der Abg. Raab sprach von meiner Zuneigung für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was er darunter versteht. Wahrscheinlich hat er damit nicht den Freiherrn v. Gamp gemeint. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich glaube vielmehr, er hat sagen wollen, ich, als jüdischer Abgeordneter, hätte eine Vorliebe für die jüdischen Herren der Hochfinanz. Der Antisemit traut sich ja heute in der Zeit des Blocks das Wort „Jude" nicht mehr auszusprechen. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident **Graf Stolberg**: Das ist nicht mehr verständlich!

Abg. Dr. **Frank** (Soz.): Ich weise also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner sachlichen Stellung beeinflussen ließe, mit Entrüstung zurück. (Bravo! links). Ein solcher Vorwurf ist um so weniger angebracht von seiten eines Herrn, der den jüdischen Herrn Ballin angehetzt hat. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Die Vorlage geht an eine **Kommission von 21 Mitgliedern**. Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Sonnabend sitzungsfrei sein soll, um der Budgetkommission für ihre Beratungen Zeit zu geben.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr.

Antrag **Albrecht** betreffend **Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter.**

Schluß 6½ Uhr.

Soziales.

Zum Kölner Aerztestreik.

In der Magdeburg-Presse ist in den letzten Tagen die auch von dem Abg. Dr. Struve in der Sitzung des Reichstags vom 9. Februar wiederholte Behauptung verbreitet worden, der Kölner Krankenkassenverband sei von der Leipziger Ortskrankenkasse **vor dem Engagement** der (21) **bisherigen Leipziger Kassenärzte gewarnt worden.** Diese Behauptung ist völlig **aus der Luft gegriffen.** — Wie der Kölner Krankenkassenverband erklärt, hat die Auskunft der Leipziger Ortskasse bei **sämtlichen Aerzten durchaus günstig gelautet**, sowohl in fachlicher als in moralischer Beziehung. Zum Beweise veröffentlichte der Kölner Kassenverband am letzten Freitag den betreffenden Brief im Wortlaut. — Der **Kölner Aerzteverband** hat in einer einstimmig beschlossenen **Resolution** gegen die Rede des **Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg** protestiert; er bezeichnet die Ausführungen des Staatssekretärs zum Kölner Aerztestreik als „völlig haltlose Anschuldigungen", was angesichts der von uns veröffentlichten **dokumentarischen Nachweise** sowohl, als angesichts der vorgekommenen **Boykottierungen von lebensgefährlich verunglückten** oder kranken Personen (**teils Kinder und Frauen**) eine Unverfrorenheit sondergleichen ist.

Neu! Victoria-Salon. Neu!
Fünf Bronce-Statuen; Nordini in der Tonne; The Besems; The zwei Teisedos; Humorist Brand; Praios Allen-Circus u. a. m.
Anfang 5 Uhr. Sonntags zwei Vorstellungen: 4 Uhr u. 8 Uhr
Im **Tunnel-Kabarett:** Anfang 1. Sonntags 5 Uhr. Eintritt frei.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Kein Laden.
Inventur-Ausverkauf!

Um für das neue Lager Platz zu schaffen, bin ich gezwungen, viele Artikel meiner Restbestände **zu Verlustpreisen** auszubieten.

Teppiche	von	3.50	bis	100.—
Bettvorlagen	von	1.—	bis	10.—
Ziegen- u. Angorafelle		1.—	bis	10.—
Läuferstoffe		—.40	bis	3.—
Gardinen	per Meter von	—.30	bis	1.—
Gardinen	per Fenster von	1.80	bis	8.—
Stores	von	1.50	bis	15.—
Vitragenstoffe	pr. Mtr. von	—.30	bis	1.50
Vitragen, abgepaßte Fenster von		1.50	bis	6.—
Portieren, 1teilig	von	3.50	bis	25.—
Portierenstoffe,	pr. Mtr. v.	—.30	bis	1.50
Velvet- u. Leinenplüsch,	p. Mtr. v.	2.50	an	
Fries, Tuch u. Filztuch,	von	1.75	bis	4.50
Tischdecken, Filztuch, Tuch u. Plüsch,	von	1.20	bis	18.—
Ganze Gedecke	von	4.50	bis	20.—
Diwandecken	von	5.—	bis	40.—
Sofadecken	von	1.—	bis	7.—
Schlafdecken	von	—.90	bis	12.—
Steppdecken	von	3.50	bis	15.—

Starers
Teppich- und Möbelstoff-Lager, Portieren- und Tischdeeken-Fabrik
Wilsdruffer Str. 33, 1. Et.

Unser **Schuhwaren-Inventur-Räumungs-Verkauf**
bietet derartige Vorteile, dass niemand versäumen sollte, seinen Bedarf zu decken.
Schuhwarenhaus „Freischütz"
Dresden-Löbtau, Kesselsdorfer Strasse 56.
Beachten Sie unsere Schaufenster!!

Knorr's Erbswurst
und Suppenwürstchen enthalten alle Nähr- und Geschmackstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Suppenwürstchen gibt drei Teller gehaltreiche Suppe.
Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Lederhandlung von Paul Härtel.
Hauptgeschäft: Dresden-N., Oschatzer Straße 25.
Filiale: Trachau, Leipziger Straße 155.
Empfehle mein großes Lager in ff. Vache-Marken, Zahm- und Wildschlledern. Stets Lager der echten Raffenbeulschen. — Lederwalzen und Arbeitsständer.

Die Sparkasse zu Leuben bei Dresden
verzinst Einlagen mit 3½ Prozent.
Geöffnet an jedem Wochentage von 9—1 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm. Sonnabends und an Tagen vor Festtagen ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
Bis zum 3. Werktag eines jeden Monats gemachte Einlagen werden voll verzinst.
Elektrische Bahnverbindung: Dresden—Laubegast—Leuben.

Beachten Sie Qualität in Fleisch!
Das Beste ist immer das Billigste!
Empfehle: prima Mastrindfleisch, Pfd. 55-60 Pf., feinst. Rinderbraten, ohne Beilage, Pfd. 75 und 80 Pf., Lende 90 Pf., geteilt 1 M. das Pfund, prima Hammelfleisch, vollfleischig, nicht zu fett, Pfd. 70, Keule 75 Pf., Rindtalg, Pfd. 40 Pf., sowie viele Sorten feinste Wurstwaren zu niedrigsten Preisen.
Sie erhalten bei mir über jeden Betrag eine Quittung und vergüte ich, wenn Ihre Einkäufe 50 M. betragen, 1 M. in Waren. Nur durch großen Umsatz bin ich in der Lage, beste Ware zu niedrigsten Preisen verkaufen zu können.
Julius Purschwitz
Fleisch- und Wurstwaren-Geschäft
Radeberg, Stolpner Str. 13, Dresdner Str. 14.

ffeine **Ringäpfel**
1 Pfund 40 Pf.
F. E. Krüger
Webergasse 18.
Telephon Nr. 1912.
Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Frauen!
Verlangt das Buch: Die Störung der Periode von Dr. A. E. Schäffer. Gegen Einsendung v. 1 M.
Frau R. Freisleben Dresden 1, Postfach 1.

Nähmaschinen, neu u. gebr. gr. Auswahl, bill., Teilzahlung. **Cotta,** Warthaer Str. 37, Seeder.

Meine Uhr
geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu
H. Lorenz
nur Schöffergasse Nr. 4 vom Altmarkt aus rechte Seite
wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl und in allen Preislagen.
Bitte auf die Firma genau zu achten!

Residenzbad Wettinstraße 1
Dampf- u. Wannenbäder aller Art. 1 M.

Extra-Angebot!
12000 Meter Fabrikreste
von schwarzen und farbigen Kleiderstoffen
verwendbar für Kostüme, Röcke und Blusen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Reste für Konfirmandenkleider von 5 M. an.
Ein Posten Unterröcke und Schürzen zur Hälfte des Wertes.
600 fertige Hemden Männer- u. Frauenhemden
Fabriklag. Greis-Gerner Kleiderstoffe
10, I. Serrestr. 10, I.

Männer-
Hemden in Barchent 1.00—
do. „ Normal 1.00—
do. „ weiß 1.10—
Unterhosen 1.00—
Unterjacken 0.90—
Aermelwesten 2.00—
Socken 0.35—
do. handgestrickt
Ernst Klaar
Lilienstraße 25, part. und 1. Etage
Eingang Telephonstraße.

Schneid.-Nähmasch., wenig gebr., zu verk. Cotta, Warthaer Str. 37.

Fisch-Götze — Alte Elbe.

gänzlichen Zirkulationen abwarf und — verloren hatte. „Es ist alles gedeckt, aber für uns bleibt nicht ein Pfennig," schrieb der Bankmacherwerte. „Ich kann es nicht überleben, meine Familie um ihr kleines Vermögen gebracht zu haben, und suche besser den Tod. Sie selber, Herr Heterbrink, wissen, daß ein Kaufmann ohne Kapital wie ein Schiff ohne Ruder und Dampf ist. Alle Mühe und Arbeit ist umsonst. Wir Angestellten in den großen Firmen stehen täglich Tantalusqualen aus. Die enormen Summen, die durch unsere Hände gehen, sind Versuchungen, von denen unser Chef keine Ahnung hat. Jetzt, im Angesicht des Todes, will ich Ihnen, Herr Heterbrink, der Sie ein menschlich fühlendes Herz haben, eingestehen, daß ich in schwerer Versuchung war, Depots angegriffen und damit meine Verluste zu decken. Vielleicht wäre es mir gelungen, doch noch einen guten Schnitt zu machen und meiner Frau Vermögen und mein Leben zu retten. Aber es fehlte mir an den rücksichtslosen Mute, der manch einem zum Glück ausgeschlagen ist. Es ist mir auch unmöglich, Ihr mir stets bewiesenes Vertrauen zu täuschen. Herr Heterbrink. Nehmen Sie mit dieser Beichte zugleich die Warnung eines Sterbenden. Es ist etwas gegen Sie im Werke, seien Sie auf der Hut. Es gereicht mir nicht, mehr zu sagen, da ich mich bis zuletzt als Angestellter der Firma betrachte, gegen die ich mir gottlob nichts habe zuschulden kommen lassen. Schrecklich ist es, Weib und Kinder und vor allem meine alte Mutter unversorgt zu verlassen. Nehmen Sie sich meiner an, wenn andere mich verurteilen, das ist meine letzte Bitte an Sie." Unterzeichnet war der Brief: Ein Sterbender.

Dieser an Erich gerichtete und nur für ihn bestimmte Brief wurde zu einem verhängnisvollen Ereignis für die beiden Kompagnons. Auf zwei Wegen vollendete er die zwischen ihnen entstandene folgenschwere Entfremdung, indem er auf der einen Seite Erich Heterbrink durch die darin ausgesprochene Warnung mit quälendem Mißtrauen gegen den Konsul Schäfer erfüllte, auf der anderen Seite aber dem Konsul einen Anhalt zum Mißtrauen gegen Erich bot, der von dem Prokuristen, seinem Angestellten, einen Brief erhalten hatte, den er dem Haupt der Firma trotz mehrmaliger dringender Aufforderung nicht zu lesen gab. Vielleicht empfand der Konsul kein wirkliches Mißtrauen gegen seinen langjährigen treuen Mitarbeiter, vielleicht war die argwöhnische Miene, mit der er nach dem Briefe verlangte, nur geheuchelt — genug, er zeigte sich plötzlich beleidigend argwöhnisch, verlangte jetzt mitten im Sommer die langwierige und mühselige Aufnahme einer gründlichen Inventur — wobei die Arbeit fast vollständig auf Erichs Anteil fiel — und drohte sogar, Erich durch das Gericht zur Herausgabe des Briefes zwingen zu lassen. Er argumentierte dabei mit dem Satz, daß die zwei Teilhaber einer Firma gleich einer einzigen Person seien, sobald es sich um Briefe von nicht ausschließlich privatem Charakter handle. Ein Privatbrief aber lage sicherlich nicht vor, da Lauenstein letzte Botschaft „im Kontor" abgegeben worden, und da der verstorbene Prokurist nachweislich niemals mit Erich gesellschaftlich oder gar freundschaftlich verkehrt hatte. Eigentümlich blieb er dabei, daß Lauenstein einen bloßen Privatbrief nach Erichs Wohnung adressiert haben würde, und daß der „im Kontor" abgegebene Brief Mitteilungen enthalten müsse, die für ihn, den Chef des Scheidenden, von Wichtigkeit seien.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Technisches Aus der Geschichte des Stahls bringt ein Aufsatz von Dr. Karl Hendricks, Lehrer an der Universität Upsala, der mit der letzten Goldenen Medaille des Eisen- und Stahl-Instituts ausgezeichnet wurde, in der Revue de Métallurgie eine fesselnde Lektüre. Da sich heute die Welt an den Stahl als an etwas ganz Unentbehrliches gewöhnt hat, kostet es fast Mühe, sich zu vergegenwärtigen, daß seine Herstellung erst seit verhältnismäßig sehr kurzer Zeit ausgeübt wird. Der alte Plinius, der im Jahre 1734 ein höchst verdienstliches lateinisch geschriebenes Werk: Der schwedische Plinius, verfaßte, wußte darin vom Stahl nichts weiter zu sagen, als daß er ein Eisen ohne Schwefel sei. Wie wenig gelehrt die Ansichten selbst der Forscher in jener Zeit waren, beweist am besten die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Autoren im Gegenteil sagt, der Stahl enthalte mehr Schwefel als Eisen. Diese Auffassungen erscheinen uns heute überhaupt unverständlich, und man muß sich vergegenwärtigen, daß es damals noch keine Chemie im heutigen Sinne der Wissenschaft gab. Der Ausdruck Schwefel z. B. wurde, obgleich das gelbe Mineral längst bekannt war, durchaus nicht ausschließlich dafür gebraucht, sondern für alle möglichen brennbaren Stoffe, sogar für Kohle und Erdpech. Immerhin auch die Praxis damals weiter gewesen sein als die Forschung, denn im Jahre 1737 wurde im Französischen ein Werk unter dem Titel: Abhandlungen über den Stahl oder die Kunst Gußeisen in Stahl zu verwandeln, veröffentlicht, das ganz in Vergessenheit geraten ist und von Dr. Hendricks wieder hervorgeholt worden ist. Es hat sich feststellen lassen, daß der Verfasser ein Ansbacher namens Gaste war. Er sagt darin, daß Stahl nichts weiter sei als gewöhnliches Eisen und daß vielmehr der Stahl durch Hinzufügung einer gewissen Menge fremder Stoffe zu Schmiedeeisen oder durch Beseitigung solcher von Gußeisen hergestellt werden müsse. Er weiß also verhältnismäßig gut Bescheid und erweist sich daher als ein würdiger Vorläufer der späteren Werke von Réaumur und Swedenborg aus dem Jahre 1763, die für die Geschichte des Stahls Meilensteine geworden sind.

Kleine Mitteilungen Aus Augsburg wird berichtet: Bei den beiden letztmaligen Aufführungen der „Braut von Messina" im hiesigen Stadttheater wurden am Eingang des Prosceniums in der Anfrische der Isabella zwei Zeilen nicht gesprochen, nämlich folgende:

„An diesen Brüsten nährt' ich beide gleich,
Gleich unter sie verteilt' ich Lieb' und Sorge."

Die Augsburger Abendzeitung stellt nun fest, daß sie mit der Ueberwachung der Bühne zunächst betraute Behörde von dieser Stilistikoperation nichts gewußt, sie also auch nicht angeordnet hat. Es soll aber — wohl bei der Direktion — die Absicht bestehen, auch noch andere Stücke so zu ändern, „daß junge Mädchen sie ohne Erröten sehen und hör'n können". (Das ist auch ganz in Ordnung. Wo käme man da hin, wenn junge Mädchen erröteten, daß eine Mutter ihre Kinder an ihren Brüsten nährt. D. Red.)

Heiteres Humor des Auslandes. Dame (nach einigem Zögern): „Ich — möchte — mir gern mal einige falsche Zähne ansehen." — Zahnarzt: „Gewiß, gnädige Frau. Welche Farbe wünscht Ihre Freundin?"

(Kladderadatsch.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 20. Februar. Opernhaus (Abend): Carmen. Oper in vier Akten. Musik von Georges Bizet. Anfang 7 Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Die Liebe macht. Lustspiel in vier Akten von de Caillavet und de Flers. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater. Die Reise ins Märchenland. Anfang 3½ Uhr. — Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater. Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland. Anfang 3½ Uhr. — Die Dollarprinzessin. Anfang 7½ Uhr.

Residenztheater. Sonnabend und Sonntag, abends, finden Wiederholungen der Operette Die Fledermaus statt. Montag ist im Schauspiel-Abonnement, I. Serie, Hotel zum Freihafen, Schwank. Sonntag nachmittag ist die letzte Sonntagsaufführung des Weihnachtsmärchens und wird bestimmt dann nur noch Mittwoch und Sonnabend, nachmittags, aufgeführt.

Vorträge. Der Naturheilverein Dresden-Löbtau und Umgegend (gegr. 1890) hält am Freitag den 19. Februar, abends 8½ Uhr, im Drei-Kaiser-Hof einen öffentlichen Lichtbilder-Vortrag ab, der das heute hochaktuelle Thema: Grundlagen und Ziele einer modernen Körperkultur behandelt. Der Vortrag wird erläutert an 60 interessierten Lichtbildern. Vortragender ist Gustav Mädel-Berlin.

Radeberg. Gruppe des 4. Reichstagswahlkreises. Reichhaltige Bibliothek. Wissenschaftliche und Unterhaltungsliteratur über 200 Bände, fast sämtliche Protokolle der Parteitage und der Generalversammlungen der Gewerkschaften. Bücherausgabe: Mittwoch abend von 7 bis 8 Uhr und Sonntag vormittag von 11 bis 12 Uhr im Sächsischen Reiter.

Jugend-Bildungsverein vom Dresden u. Umgegend

Gruppe Unterer Plauenscher Grund. Morgen abend 8½ Uhr im Bad Glückauf, Potschappel, Agitationsabend.

Gruppe Bitterfeld. Nächsten Sonntag den 21. Februar im Gasthof Gitterlee (Oberer Saal) Vortrag über Thomas Münzer und seine Zeit. Referent Herr Arbeitersekretär Wenke. Anfang abends 8 Uhr.

Gruppe Cotta. Sonntag den 21. Februar, abends 7 Uhr findet im Goldenen Hammer, Hühndorfer Straße, ein Agitationsabend statt, wozu die Arbeitergruppen von Cotta und Umgegend herzlich eingeladen wird. Genosse Kirchhoff wird referieren.

Gruppe Striesen. Morgen abend 8½ Uhr im Schützenhof Mitgliederversammlung.

Gruppe Döhlen, Weißig, Zauckerode, Niederhermsdorf u. U. Morgen abend 8½ Uhr im Gasthofe zu Niederhermsdorf Diskussionsabend.

Gruppe Reichenberg-Berbdorf. Sonntag, 21. Februar, nachmittags punkt 2 Uhr, in der Königshainer Reichenberg Mitgliederversammlung.

Gruppe Löbtau-Naußlitz. Sonntag, 21. Februar, abends 6 Uhr, geselliges Beisammensein im Erlanbadhof. Liederbücher sind mitzubringen.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder zu diesen wichtigen Veranstaltungen ist Pflicht! Gäste sind willkommen!

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 41 — Dresden 19. Februar — 1909

Die Dresdner Museumsreform

Der Ruf Dresdens als Stadt der schönsten Kunstsammlungen Deutschlands ist im Laufe der letzten Jahrzehnte etwas verblaßt. Berlin und München haben heute unbestritten die Führung vor allem Berlin. Es ist ganz außerordentlich, was hier im Laufe allein der letzten Jahrzehnte geleistet worden ist, nicht allein in der Vermehrung der öffentlichen Sammlungen, sondern auch in ihrer Organisation und in der Art der Darbietung ihrer Schätze. Ich erinnere nur an das Kaiser-Friedrich-Museum mit seiner vorzüglichen Anordnung der Gemälde, und der wenigstens teilweise glücklichen Aufstellung der übrigen Abteilungen im Erdgeschoß. Daß das Museum als Ganz leider recht verunglückt ist, konnte Wilhelm Bode, daß die Umgestaltung oblag, nicht ändern. Was hat ferner Tschudi aus der Nationalgalerie gemacht? Allen höfisch-patriotischen Hemmungen zum Trotz hat er sein Prinzip einer überlegenen Auswahl aus der modernen Kunst auch fremder Nationen mit einer Zähigkeit durchgesetzt, die ihm die Achtung aller Kunstfreunde und den Dank kommender Generationen sichert. Vor allem aber gelang es ihm, aus der Jahrhundertausstellung deutscher Kunst die schönsten Stücke für seine Sammlung zu erlangen, so daß die Nationalgalerie jetzt tatsächlich eine europäische Sehenswürdigkeit ersten Ranges geworden ist. Dabei wissen sowohl Tschudi wie Bode finanzielle Wege — Seitenwege möchte man sagen — zu finden, auf denen sie sich bald, wenn ihnen der Etat keine Mittel mehr bewilligt, dennoch sichern: sie unterhalten gute Beziehungen zur Hochfinanz, zu den reichen Privatsammlern und Liebhabern, die sie sich durch fachmännischen Rat bei Ankäufen zu verbinden wissen. Die Berliner Börsenleute verstehen ja von Kunst nicht eben viel. Aber sie haben zum Teil Respekt vor ihr und wollen wenigstens richtige Mäzene scheinen, wollen das besondere Ansehen genießen, das die Liebhaberei von Kunst und Wissenschaft in der ganzen gebildeten Welt genießt. Ja, sie wollen sogar humane Leute sein und das erworbene Gut nicht einmal für sich persönlich zurückhalten. Wenn deshalb eine Autorität zu ihnen kommt und sagt: „Hören Sie mal, lieber X., ich habe da einen feinen Mann Gogh für Sie, den ich eigentlich aus Liebhaberei für mich selbst, für unsere Galerie erwerbe. Aber Sie wissen ja: mein Geld ist alle, und Majestät ist natürlich gegen all so was, das nicht parademäßig unanfechtbar dasteht. Was meinen Sie? Nehmen Sie's und schenken Sie's mir? Oder leihen Sie uns das Geld bis auf weiteres her?" Der Börsenmann, der vielleicht eben eine Transaktion mit 100 000 M. Reingewinn hinter sich hat, lächelt, macht ein paar schlechte Witze, klagt ein wenig über schlechte Zeiten, und bewilligt am Ende die Kapitalie von 20 000 M. aber nicht, die seinen Namen eine Aureole bei den Zeitgenossen sichert. Es gibt aber, ja ihrer Ehre sei's gesagt, auch „ungenannt sein wollende" Kunstfreunde, die bereit eingreifen, wenn eine seltene Gelegenheit wahrzunehmen ist.

Natürlich mußte für solchen Zuwachs Platz geschaffen werden. Das eine Mittel boten neuere bauliche Erweiterungen, das andere die bereits angedeutete Ausschaltung von minderwertigerem Material. W. Bode konnte vor einigen Jahren mitteilen, daß von den bis um 1878 im Alten Museum in Berlin aufgestellten Gemälden mehrere die Hälfte in den letzten Jahrzehnten ausgeschieden worden sei, um die Sammlung durch planmäßigen Zuwachs zu ergänzen und zu erneuern. In der gleichen Lage, führt Bode fort, befinden sich die größten und ältesten Galerien Deutschlands; ja diese ganz besonders, da sie vielfach glücklichen Zufällen, Schenkungen aus fürstlichen oder Gesamtsammlungen und Privatbesitz ihre Entstehung verdanken. Solche Museen seien aber mit nichten abgeschlossen, weil sie „alt" seien. Es sei keineswegs nötig „weiterend Sammeln einzustellen und die bisher dafür bereit gestellten Staatsmittel einzuschränken und anderweitig zu verwenden". Diese Staatsmittel könnte in Preußen, das sonst nicht gerade als kunstfreundlich oder kunstverständig gilt, immerhin beträchtlich genug. Von 1848 bis 1899 haben sich im Jahresdurchschnitt die Ausgaben für die bildenden Künste von 313 500 bis auf 3 238 000 M. gesteigert. Also eine Vergrößerung. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1849 zwei, 1899 zehn Pfennig. Im Extraordinarium sind während dieser fünfzig Jahre etwa 35 Mill. aufgewendet worden. Das sind recht erhebliche Zahlen, und dabei erstrecken sie sich noch nicht auf die letzten zehn Jahre mit ihren verhältnismäßig größten Verbesserungen in der Arbeit der Museen.

Denn zu den Arbeiten der Umgestaltung und Ergänzung gesellen sich in Berlin die weitausgreifendsten Pläne für die weitere Entwicklung, für den Ausbau der staatlichen Sammlungen. Sie sind anläßlich der preußischen Kunstdebatten bekannt genug geworden. Nur die wichtigsten seien hervorgehoben: das deutsche Museum, das die Schöpfungen der freien Künste aus der älteren Zeit bis ins 18. Jahrhundert hinein zusammenfassen soll; ein Museum der asiatischen Kunst und Kultur; eine kleinere Sammlung für vorderasiatische Kunst. Das Museum für Völkerkunde wird nach Dahlem hinausverlegt und erhält eine vollkommene Neuanlage. Die Nationalgalerie wird durch die Ausscheidung einer nationalen Vorstädtgalerie in ihren Beständen weiter entlastet. Es muß hervorgehoben werden, daß alle diese bereits geschehenen Fortschritte oder in der Ausführung (die der Bauten durch Messel) befindlichen Projekte zu verzeichnen sind im wesentlichen seit der Einrichtung einer Zentralorganisation für die Museumsverwaltung, an deren Spitze als Generaldirektor ein Lachmann steht. Heut ist es Bode, der daneben auch als internationale Autorität gewichtiges Stimmengewicht hat, an die Generalkunstkommission des Staates und das Kultusministerium von der Zweckmäßigkeit seiner Reformen zu übergangen.

Wie steht es nun in Dresden? Der Leser hat längst gemerkt, daß dieser ausführliche Hinweis auf Berlin lediglich zum Zwecke einer besseren Beleuchtung dessen geschah, was man leider Gottes in Dresden zu tun versäumt hat, um auf der alten Höhe zu bleiben. Im Juni vorigen Jahres ist hier ausführlich und deutlich genug die Misere der Dresdner Sammlungen beleuchtet worden. Die amtliche Denkschrift, die damals in der Ersten Kammer vom Minister v. Nostitz versprochen wurde, ist inzwischen erschienen. Gibt sie zur Hoffnung auf gründliche Besserung Anlaß?

Ich brauche nur einen der einleitenden Sätze zu zitieren, der die Hoffnungen einigermaßen herabzudrücken geeignet ist. Es heißt da über den schlechten Ruf der Dresdner Museen: „Die Generaldirektion vermag diese Angriffe, soweit sie sich nicht auf die räumliche Unterbringung der Sammlungen beziehen, in der Hauptsache nicht als begründet anzusehen. Zum mindesten wird man sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß die angebrachten Projekte und Forderungen zur gesetzmäßigen Verwirklichung reif sind ..." Also der Minister, der von der Sache ganz nichts versteht, aber von anstagen die Gewalt über sie hat, setzt sich glatt über die einmütige Meinung von Fachleuten und Laien, die in allen Parteien, selbst bis in hochkonservative Kreise hinein seiner Kompetenz entgegenstehen, hinweg mit einem Federstrich. Er hat gar nicht begriffen, worauf es hier ankommt. Er wird es auch nie völlig begreifen, so viel ist heute klar.

Der Leitmotiv der Reformen, die die Denkschrift dementsprechend verbringt, ruht durchaus in dem Begriffe der „räumlichen Unterbringung". Keine „umstürzenden" Projekte, sondern vorsichtiges Ausbauen „auf mittlerer Linie". Die Generaldirektion will die geschlossene und charakteristische Erscheinungsform der königlichen, zeitiger noch: der öffentlichen Sammlungen und ihrer Rechtsverhältnisse rücksichtslos bewahren. Mit anderen Worten: sie will die Zerstückelung der Organisation und Verwaltung, die Auf-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] in der Aufstellung und Ausbildung der Sammlungen … Vermögen erklären.

Nämlich beschränkt sehen Gemäldegalerie, Skulpturen- und Porzellansammlung, die geologische und die anthropologisch-ethnographische Abteilung. Durch den Neubau des Hauptstaatsarchivs 1908/09 wird das Albertinum teilweise frei, und hierher soll die bisher interimistisch oder noch gar nicht aufgestellte Uebergabe an Gipsabgüssen gebracht werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Die Porzellansammlung, die jetzt im Johanneum gedrängt und ohne genügenden Schutz der Feuersgefahr untergebracht ist, soll in den Zwinger übergeführt werden, wenn sie sich dort ziemlich besser aufstellen lasse. Gurlitt hatte bekanntlich im Vorjahre diesen Vorschlag gemacht, und die Denkschrift nimmt ihn auf unter Berufung darauf, daß die Generaldirektion selbst ursprünglich den Zwinger hierfür vorgeschlagen habe. Sei's wie es sei, der Vorschlag leuchtet ein, denn daß der stilistische Zusammenhang zwischen der Zwinger-Architektur und den Rokokoformen aus der Blütezeit des Meißner Porzellans, daß der Kulturzusammenhang zwischen Sammlung und baulicher Umrahmung überhaupt ein vortrefflicher sein würde, liegt offen zutage. Zieht die Porzellansammlung hier ein, so müssen die naturwissenschaftlichen Kabinette geräumt werden. In der Tat befinden sie sich gegenwärtig als rechte Stiefkinder gedrückt genug. Sie sollen also einen Neubau erhalten, da man glücklicherweise davon abgekommen ist, ältere Staatsgebäude wie das alte Landhaus oder die frühere Technische Hochschule für gut genug zu halten, mit öffentlichen Sammlungen ausgefüllt zu werden.

So ungefähr, wenn auch nicht ganz so, argumentiert die Denkschrift. Hinterher freilich, wo von dem reichen Besitz des Vereins für Sächsische Volkskunde die Rede ist, erscheint das alte Landhaus „vielleicht" doch noch brauchbar für diesen „alten Kram". Ich weiß aber wirklich nicht, ob die reichlich dunklen Räume des alten Gebäudes an der Landhausstraße eine wesentliche Verbesserung bedeuten gegen die — vielleicht zu verschenkenden — des Palais im Großen Garten. Gegen die Uebernahme gerade dieser Sammlung in staatliche Obhut hat sich der Minister seinerzeit bemerkenswert energisch ausgesprochen. Warum wohl? Es unterliegt doch keinem Zweifel, und erst die letzte Dresdner Kunstgewerbe-Ausstellung hat es sinnfällig gezeigt, daß die Volkskunst des flachen Landes, der Heimat des Erzgebirges, des Vogtlandes wie der Lausitz, ihre intimen und höchst reizvollen Beziehungen zum staatlich angewandten „Kunstgewerbe" hat. Wir sind heute bemüht, zu erhalten und zu retten, was vor der falsch angewandten Industrialisierung irgend zu retten ist. Diese Volkskunst also zu zeigen, wäre durchaus Sache und zwar recht ehrenwerte Sache des staatlichen Kunstgewerbe-Museums. Die Regierung wäre gerade der großen Masse gegenüber hier zu einigem Entgegenkommen verpflichtet, der Masse vor allem auch der ländlichen oder industriestädtischen Steuerzahler. Hier scheint dem Minister seine feine Witterung für das … Wirksame ganz im Stich gelassen zu haben.

„Ebenso wird auf einen Neubau zugekommen sein für die moderne Abteilung der Gemäldegalerie." Auf den Zuwachs von etwa 30 Jahren berechnet, werde diese Planung besondere Schwierigkeiten machen. Viel Zeit und lange Reisen des beteiligten „Sachverständigen" wären erforderlich. Für solche Vorbereitungen aber werde nachher ein Posten im Etat erscheinen.

An dieser Mitteilung ist zunächst „angekommen" auf den Sachverständigen, den wir durch einen … Architekten … sehen möchten. … und der, der ein Werk an anderer Stelle fortsetzen soll, wird es doch wohl auch … Die Verwendung oder falsche Anwendung dieser Berufsbegriffe ist für den Mann mit künstlerischem Sachverständnis, mit dem die Denkschrift abgefaßt ist, sehr bezeichnend. Weiter! gerade bei der Gemäldegalerie ist mit einer bloß räumlichen Entlastung durch einen Erweiterungsbau erst ein äußerlicher Anfang zur Reform gemacht. Bei aller Anerkennung der Verdienste Woermanns muß es einmal öffentlich gesagt werden, daß hier ganze Arbeit, ein vollständiger „Umbau der bestehenden Verhältnisse" geschehen muß. Die Galerie ist überfüllt, ja, warum ist sie das? Weil man … zu beliefern. Die Wände der großen Säle sind nicht minder mit solchen Bildern ausgehängt wie die kleinen Kabinette, insbesondere der niederländischen Schule. Hält man von diesen Ueberrechnen in die Länge dadurch, daß man den Oberschoß, wenn er von den … Werken frei wird, mit dem Ueberschuß aus den alten Schulen füllt, so ist für eine innerliche Umgestaltung dem noch … gewonnen. Es genügt aber nicht, ein paar hundert Werke noch und noch an Provinzialsammlungen abzugeben, oder … öffentlichen Gebäude zu verleihen — von 1897 bis 1907 waren es etwa rund 300 Werke —, sondern man muß sich noch viel intensiver auf die Hauptwerke und ihre möglichst unbehinderte Wirkung konzentrieren. Hier ist eine wissenschaftliche und kunstpädagogische Arbeit großen Stiles vonnöten, es sollte ausgeräumt, nicht beschnitten und auch verkauft werden, um ergänzen zu können. Unsere berühmte niederländische Abteilung würde nicht verlieren, sie würde gewinnen, wenn etwa der vierte Teil der Werke abgestoßen würde und dafür die frühen deutschen ergänzt werden könnten. Gewiß ist es nicht leicht, hier die Verantwortung für Gewinn und Verlust zu übernehmen; aber von einem Museumsleiter muß man verlangen, daß er den nötigen Weitblick für solche Handelspolitik besitze. Aehnliches gilt von den zahlreichen unansehnlichen Schaubildern der Spätitaliener, die sich in einer Weise bei uns breit machen, die in gar keinem Verhältnis mehr steht zu ihrer sehr einseitigen Bedeutung. Will man nicht verkaufen oder eintauschen, so stelle man diese Riesenschinken in wenige Magazinsäle zu kunsthistorischen Studienzwecken zurück, aber man arbeite energisch auf die Herausbildung einer übersichtlichen Schausammlung hin. Hier ist ergebnisreiche Arbeit in Hülle zu leisten. Daß sie möglich ist, beweist das Vorgehen Bodes in Berlin. Keine Arbeit von heute auf morgen, aber man darf sie nicht länger mehr hinausschieben, wenn die Dresdner Galerie nicht langsam aber sicher zum Range einer … schlummernden Provinzialsammlung herabsinken will.

Das Kupferstichkabinett soll den ganzen rechten Flügel des Erdgeschosses zugeteilt erhalten. Hoffentlich wird dann auch für eine Erweiterung der Arbeitsgelegenheit fürs Publikum Sorge getragen: die vorhandenen Tische reichen heute, namentlich in den Nachmittagsstunden des Winters, nicht mehr aus. Im übrigen haben wir zu Geheimrat Lehrs das beste Vertrauen, daß er seine alte Sammlung zu regieren und zu erschließen wissen werde, wie er es bisher verstanden hat. Nötig dazu ist allerdings eine wesentlich bessere Dotierung zu Ankaufszwecken. Und endlich eine Frage: ist eine Zusammenlegung und gemeinsame Verwaltung der Königlichen Sammlung und der reichen Bestände der Sekundogenitur nicht eigentlich eine dringende Notwendigkeit? Die letztere gehört unseres Wissens zum Hausfideikommiß, ist aber doch öffentlicher Besichtigung freigegeben und sollte deshalb, unbeschadet der Wahrung formeller Eigentumsgrenzen, in die bestehende größere Sammlung eingegliedert werden. Bei solchen Sonderinstituten verfährt man in Dresden mit einer schwer begreiflichen Umständlichkeit. Dabei werden Kräfte vergeudet ohne einen anderen Gewinn als den der Wahrung des alten Herkommens. Solcher Gewinn kann aber bekanntlich zum Fluche werden über Nacht.

Das Münzkabinett, heißt es weiter, könne möglicherweise im Galeriegebäude links unten untergebracht werden. Ja, das wäre sehr wohlgetan. Schon damit man überhaupt einmal in weiteren Kreisen erführe, was wir da eigentlich besitzen. Erfreulich, daß die ein Drache über seinen Schätzen brütete, ist ja nun kein Hindernis mehr. Es wird gerade für diese Sammlung an bestimmten Tagen der freie Eintritt ebenso gefordert werden müssen, wie für die sonstigen wichtigeren Museumsgebiete. Das Grüne Gewölbe könne immerhin eher den Charakter des Raritätenkabinetts bei höheren Eintrittspreise wahren, da wir nun einmal auf diese Einnahmen für die Museumsverwaltung leider nicht ganz verzichten können. Früher oder später ist dies Ziel freilich auch anzustreben. Das historische Museum soll mehr und mehr den Charakter eines sächsischen Heeresmuseums, einer „Rüstkammer" erhalten, auch die Gewehre der Armeesammlung sollen zur Ergänzung im Untergeschoß des Johanneums aufgestellt werden.

Schließlich bleibt noch übrig der Zeidlitzsche Plan eines Fürstenmuseums. Es ist bekannt genug, daß der nachtragende Rat der Generaldirektion sich mit diesem Projekt in die Oeffentlichkeit geflüchtet hat, weil er nicht hoffen durfte, bei seinem Chef Verständnis für die Idee zu finden. Die Oeffentlichkeit, das gibt auch die Denkschrift zu, hat den Plan nicht ungünstig aufgenommen. Aber woher das Geld nehmen? Sowohl für den Bau, wie für die Erwerbung der Ausstellungsstücke, der Möbel und Geräte aller Art? Wir haben seinerzeit den Gedanken gut aufgenommen, schon darum, weil es doch ein neuer Gedanke war, und ohne uns im besonderen für die Benennung und dementsprechende Organisation des Ganzen nach fürstlichen Regierungszeiten erwärmen zu können. Die … sind wirklich keine … gewesen, haben weder … noch politisch oder … Epoche gemacht, wenn man nicht den … will, deren Verschwendungs… des Landes … einige schöne Prunkstücke … neben seinen … Mitgliedern. Uebrigens hat die Sammlung „Kultur und Kunst unter den sächsischen Kurfürsten" auf der letzten Kunstausstellung den Gedanken des Fürstenmuseums nicht gefördert, denn sie wirkte etwas kümmerlich. Wir stecken, kurz gesagt, die ganze Sache kommt etwas zu spät. Vor allem wären doch auch die Bestände des Kunstgewerbemuseums heranzuziehen, besonders der Weltliche Festsaal, und der steht ja doch schon festgemauert in der Erden. Die Denkschrift bezweifelt überdies die zuteilige Hergabe von Glanzstücken aus den Beständen der alten Sammlungen, aus dem Grünen Gewölbe, dem Historischen Museum, der Porzellansammlung usw. Man könne doch nicht viele Kunstwerke „ihrem alten mit ihnen gleichsam verwachsenen Standorte" entnehmen und sie in Räume bringen, „die nicht der … Ausdruck der Geschmacksrichtung ihrer Entstehungszeit sind". Mit solchen … Einwänden beweist die Denkschrift allerdings ein vollständiges Versagen gegenüber dem Kern der Idee. Es handelt sich doch um eine Art Schausammlung aus verschiedenen Museen, zum Zwecke kulturgeschichtlicher Veranschaulichung und Zusammenfassung des Wesentlichen aus dem wandelbaren Stil der Zeiten. Da würde man eben über die Eigenschaft der Abteilungsvorstände hinwegschreiten müssen. In der Theorie ist die Idee zweifellos gut. Im neuen bayrischen Nationalmuseum in München ist sie bereits zu einem guten Teile verwirklicht. Material gäbe es in den sächsischen Landen wohl auch zur Genüge, nicht in den königlichen Schlössern allein, sondern vor allem im Privatbesitz. Natürlich könnte man die fehlenden Stücke nicht alle kaufen, aber leihen könnte man sie, und die Aufgabe einer geschickten Museumspolitik wäre es, unter Hinweis auf das Ausland, besonders auf England, wo die leihweise Hergabe solcher Stücke etwas sehr Verbreitetes ist, — die Eigentümer geneigt und die Oeffentlichkeit begierig zu machen. Wie gesagt, wir glauben, der günstige Moment für ein solches umfangreiches Projekt ist jetzt verpaßt, aber das hindert nicht, die Sache im Auge zu behalten. Dresden erhielte damit eine Spezialität mehr, und immerhin eine, die weniger die Fachleute, als das Volk angeht. Das ist der springende Punkt, von dem aus auch die Widerstände gegen den Plan beurteilt werden müssen.

Im allgemeinen erweckt die Denkschrift den Eindruck, daß der Minister sich widerwillig genug zu einer Anzahl von Reformvorschlägen hat drängen lassen, die er zum guten Teile entweder für überflüssig oder für zu kostspielig hält, und die deshalb auch nur auf laue Unterstützung seinerseits zu rechnen haben werden. Er dürfte auch jetzt kein Mittel unversucht lassen, diese wichtigen Kulturaufgaben in den Hintergrund zu schieben. Gewiß soll zugegeben werden, daß er es bei seiner Fertigungsarbeit der Staatsfinanzen nicht leicht hat. Aber bei den enorm hohen sächsischen Steuersätzen hat die Allgemeinheit ein Recht auf die Pflege auch ihrer Bildungsinteressen, und daß die öffentlichen Sammlungen heute als Volksbildungsstätten, als Volkshochschulen wichtiger geworden sind denn als wissenschaftliche Spezialinstitute, ist nachgerade die Ueberzeugung aller verständigen Leute geworden. Ohne eine dauernde Schädigung wichtigster Interessen kann sich also auch der sparsame Minister der Förderung dieser Anstalten nicht entziehen. Es kommt ja wirklich nicht darauf an, das Geld bereit zu tun „für alle Fälle", sondern es … fürs allgemeine Wohl anzulegen, damit es reichlich zinse. In diesem Sinne erscheint die Sparpolitik der Aera Rüger so verschwenderisch, wie irgend eine leichtsinnig vergeudende Vergangenheit Sachsens. Ja, verschwenderischer als sie, denn aus den königlichen Erwerbungen des 18. Jahrhunderts sind doch immerhin erfreuliche Kulturdenkmale übrig und sichtbar geblieben. Aber was wird einmal von der Aera Rüger übrigbleiben? K. S.

Erich Hetebrink

Roman von Ilse Frapan

In dieser Zeit ereignete sich im Geschäft ein äußerst betrübender und schrecklicher Verfall. Der korrekte, zuverlässige, strebsame Prokurist, Herr Lauenstein, erschien eines Tages nicht im Kontor, was seit den zehn Jahren seiner Dienste bei Gottfried Klaus Schäfer u. Co. nicht vorgekommen war. Und als der hübsche, junge Segalla, der sich dienstfertig wie immer, zuerst erboten hatte, in der Frühstückspause vorzuspringen und sich nach Herrn Lauensteins Gesundheit zu erkundigen, ganz verstört zurückkam, brachte er die Nachricht, daß in der Familie des Prokuristen Weinen und Wehklagen herrsche, denn der Vater und Gatte war am gestrigen Abend fortgegangen und nicht zurückgekehrt.

Schreckensbleich umdrängten die beiden Kompagnons die Bücher, untersuchten die Geldschränke, aber so weit sich in der Eile übersehen ließ, gab es da nichts Ungehöriges, viel weniger noch Verdachterweckendes. Die Bücher waren in musterhafter Ordnung, die Schlüssel hatte Frau Lauenstein auf dem Schreibtisch ihres Mannes an der gewohnten Stelle gefunden und dem jungen Segalla übergeben. Da durch die Familie, bekannt worden zu sein, hinweggeräumt war, konnte die menschliche Teilnahme ungehindert hervortreten für einen Kollegen, mit dem man noch gestern zusammen gearbeitet, für einen fleißigen, rechtschaffenen, pünktlichen und höflichen Mann, der auf einmal, recht über Nacht, aus einem Gegenstande des allgemeinen Respekts zuerst einige Stunden lang zu einem Gegenstand des Verdachts und aus diesem wiederum zu einem Objekt des Interesses, ja des Mitleids geworden war. Denn ein Unglück mußte Herrn Lauenstein zugestoßen sein, alles deutete darauf. Erich begab sich selbst zu der Familie, obgleich ihm sonst nichts peinlicher war als der Anblick weinender Frauen und Kinder. Eine ihm selber unerklärliche quälende Neugier trieb ihn hin, mehr als Mitgefühl, denn er kannte die Familie nur oberflächlich.

Sein Eintritt war schrecklich. Man hielt ihn nämlich für den Ueberbringer irgendeiner guten oder schlimmen Nachricht von Herrn Lauenstein, und die alte Mutter des Vermißten, eine noch schwarzhaarige Frau mit großem, vollem, blassem Gesicht und gebrechlichem Körper — auf der Straße mußte sie an der Krücke gehen —, überhäufte ihn mit jammernden Fragen nach „ihrem guten Jungen" und mit Beteuerungen, daß „ihr guter Junge" eher gestorben wäre, als etwas veruntreut hätte. Sie hielt sich an Stühlen und Tischen fest, während sie fassungslos um Erich herumhinkte und fortwährend wiederholte: „Noch vorgestern — Sie können es mir glauben — erläuterte er mir das Depotgesetz." Was sie damit sagen wollte, wußte sie wohl selber nicht, aber in ihrem angstverstörten Hirn nahm dieser Satz eine geheimnisvolle Wichtigkeit an.

Die hübsche, elegante Frau des Prokuristen mit den vom Weinen verschwollenen Augen, sein dreizehnjähriger Knabe, der nicht hatte zur Schule gehen können, weil dies geschehen war, und auf dessen altklugem Gesicht mit den fledermausartig abstehenden Ohren die düstere Wichtigkeit zuweilen durch ein unwillkürliches krampfiges Lachen unterbrochen ward — die nichtsahnenden kleineren Mädchen, die auf dem Balkon Kuchen aus Sand formten und sie der Mutter und Großmutter zum Trost anboten, während diese atemlos zwischen dem Sprechen und Schluchzen auf die elektrische Klingel horchten und aus und ein eilten, um auf die Treppe zu sehen — all diese unglücklichen Menschen machten auf Erich einen tief niederdrückenden Eindruck, und doch war alles so, als habe er dies früher schon einmal erlebt und durchgekostet. Und als er endlich aus der Umklammerung der verängstigten Frauen loskam, verfolgten ihn diese Bilder so, daß er sie bald vor sich, bald zur Seite sah, bald sich von ihnen gejagt fühlte.

Drei Tage blieb man in Ungewißheit über Herrn Lauensteins Schicksal, dann kamen Briefe von ihm an, ein langer Abschiedsbrief an seine Familie und ein langer, bekritzelter Brief an Erich. Es war der Bote Harms, der die Briefe brachte, die ihm Herr Lauenstein samt einem Fünfmarkstück in die Hand gedrückt hatte, bevor er auf der Unterelbe bei Blankenese ins Wasser gesprungen war.

„Wir hatten gerade die Halliga schön klar abgesegt, da kommt da so'n kleine Jolle auf uns los, und ein' einzeln Herr in. Herrjee, denk ich, is das Herr Lauenstein aus'n Kontor, oder is er das nich? Und richtig, er war das, und ich konnte mich gar nich so schnell helfen, denn ich wurde das ja sofort gewahr, daß Herr Lauenstein was vorhatte. Aber natürlich, auch so was schlug mich ja keine Ader nach. Er winkte mich zu und hatte was Weißes in der Hand, und das war nichts anderes als diese Briefe. „Bestellen Sie!" Na, weiter verstand ich nicht, denn ich mußte nur wahren, da kam 'n Schlepper mit 'n Stadtdampfer auf. Und wie der Schoner vorbei is, da kuck ich mir um, aber die Jolle, die war weg, und wie ich ihr wieder sah, da war sie leer."

So erzählte der Bote, zuerst im Hauptkontor, dann in Herrn Konsul Schäfers Allerheiligstem mit ganz denselben Worten noch einmal. Aufgeregt horchten die jungen Leute an der Tür des Privatkontors, aber der Bote sagte nicht eine Silbe mehr, es war eben alles, was er wußte.

Erich aber las mit fliegendem Herzen die an ihn gerichtete Beichte. Denn eine Beichte war es, die Beichte eines armen Mannes, der das kleine Vermögen seiner Frau in …

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/12
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mein

grosser Inventur-Räumungsverkauf

beginnt heute!

Bei der bekannten **streng reellen** Handhabung meines Inventur-Räumungs-Verkaufes biete ich
unerreicht nie wiederkehrende Preis-Vorteile.

Der Ausverkauf umfasst nachstehende Artikel:

Bettwäsche Tischwäsche Küchenwäsche Herrenwäsche Damenwäsche	Bettdamaste Handtücher Servietten Gardinen Tischdecken	**Hemdenstoffe** **Barchente** **Bettdecken** **Blusen** **Kleiderstoffe.**	Damen-Schürzen Strümpfe Socken Unterröcke Mädchen-Kleider	Schneidereiartikel Kurzwaren Posamenten Stickereien Spitzen u. Bänder

Beachten Sie meine sechs Schaufenster!

Beste Berufs- u. Arbeiterbekleidung
Maschinisten-Anzüge
bedeutend im Preise reduziert
Ia Barchenthemden von **95** Pf. bis **2.—** M.
Ia Engl. Lederhosen von **1.95** bis **4.50**
Ia Strickwesten von **1.45** bis **6.—**
Ia blau gestreifte Männer-Blusen von **1.—** bis **2.25**

Ferner gelangen zum Verkauf:

Große Posten Hemdentuche, das Beste für Leibwäsche, Wert 60 Pf. . Meter jetzt nur **35** Pf.
Große Posten Stangenleinen, schöne Qual., Kissenbr., reeller Wert 65 Pf., Mtr. jetzt nur **44** Pf.
. Deckbettbreite, reeller Wert 1.00 M. . . . . **68** Pf.
Große Posten Bettdamast, sehr solid, Kissenbreite, reeller Wert 78 Pf., Meter jetzt nur **55** Pf.
Deckbettbreite, reeller Wert 1.25, Meter jetzt nur **86** Pf.
Große Posten Kleiderstoffe, schwarz und farbig, reeller Wert 1.25 . . . Meter jetzt nur **60** Pf.
Große Posten Blusenstoffe, kariert und gestreift, reeller Wert 1.60 . . Meter jetzt nur **1.00**

Vergleichen Sie meine Qualitäten!

Frauen-Wirtschaftsschürzen früher **48** Pf. jetzt **25** Pf.
Mädchen-Schürzen Hänger und Träger früher **48** Pf., jetzt **25** Pf.
Kinder-Unteranzüge früher **85** Pf. jetzt **25** Pf.
Knaben-Sweater gestreift früher **75** Pf., jetzt **25** Pf.
Weisse Tändelschürzen früher **50** Pf. jetzt **25** Pf.

Gelegenheitskäufe:

Anfertigung nach Maass in kurzer Zeit.

Konfirmanden-Kleiderstoffe
0.60 0.85 1.10 1.25 1.50 2.50
Knaben-Anzüge u. Mädchenkleider

Anfertigung nach Maass unter Garantie für guten Sitz.

Weisse Damen-Hemden, Beinkleider und Untertaillen
etwas beschmutzt, deshalb **weit unter Preis.**

Ia bunte Bettzeuge
Kissen- und Deckbettbreite
enorm billig!

Tiger-Schlafdecken . . Stück **90** Pf.

Ia Normal-Hemden und -Hosen
spottbillig!

!Haus- u. Wirtschafts-Artikel!

Steingut.		
Teller . . . . Stück **6** Pf.	**1 Satz Porzellan-Töpfe,** früher 1.35 jetzt **1.10**	**Emaille-Kaffeekannen** **48** Pf., **58** Pf., **68** Pf.
Obertassen . Stück **5** Pf.	**1 Kaffee-Service,** 5teilig, früher 1.55 . jetzt **1.28**	**Putz- u. Wichskasten**
Untertassen . Stück **3** Pf.	**Wasch-Garnitur,** früher 1.95 . . . . jetzt **1.58**	**Emaille- und Blechwaren**
Kaffeetöpfe St. **6, 7, 8** Pf.	**Eimer,** 28 cm Durchmesser, früher 1.10 . . . jetzt **98** Pf.	**Holz- u. Glaswaren.**
Wasserkrüge 38, 42 Pf.	**Reibmaschinen,** früher 1.35 . . . . . jetzt **1.10**	

Kein Kaufzwang! **Kein Kaufzwang!**

Friedrichstädter Warenhaus

Gegenüber der Hauptmarkthalle. **Wettinerstrasse 63.** **1 Minute vom Wettiner Bahnhof.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090219/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Görlitzer Waren-Einkaufs-Verein, A.-G.

Für die bevorstehende

Fastnachtsbäckerei

empfehlen wir

zu besonders ermäßigten Preisen

Allerfeinste himbeergemischte

Marmelade

Pfd. **28** Pf., 5 Pfd.-Eimer **135** Pf.

Vorzügliche hocharomatische

Himbeer-	**Marmelade,**	Pfund	**50** Pf.
Johannisbeer-	„	Pfund	**55** Pf.
Erdbeer-	„	Pfund	**60** Pf.
Aprikosen-	„	Pfund	**70** Pf.

in 10 und 25 Pfund-Eimern billigst.

Konfitüren

mit ganzer Frucht und reiner Raffinade

Johannisbeer-, Himbeer-, Kirschen-, Erdbeer-, Aprikosen-

Glas **75** Pf., 3 Pfd.-Eimer **160** Pf.

Allerbestes slawonisches **Pflaumenmus**

ganz dick eingekocht und sehr süß, Pfd. **20** Pf.

Allerfeinstes reines

Heidemehl, Pfd. 25 Pf.

Pa. gereinigte Amaliada-Korinthen

Pfund **35** Pf.

Allerfeinstes, garantiert reines

Schweineschmalz

Pfund **80** Pf.

Ferner empfehlen wir in seit Jahren altbewährten, zuverlässigen guten Qualitäten:

Kleians
Kukes selbsttätiges **Backmehl**
Liebigs

Paket **30, 32** und **40** Pf.

Weizenmehl oo	Pfd. 20 Pf.,	8 Pfd. 156 Pf.
Feines Weizenmehl oooa	Pfd. 21 Pf.,	8 Pfd. 164 Pf.
Prima Kaiser-Auszugsmehl	Pfd. 23 Pf.,	8 Pfd. 180 Pf.
Feinstes Kaiser-Auszugsmehl „Diamant", **halbgriffig.**		Pfd. 25 Pf.
		5 Pfd.-Beutel 125 Pf.
		10 Pfd.-Beutel 240 Pf.
Superior-Kartoffelmehl, blendend weiss		Pfd. **17** Pf.

Dr. Boemers allerfeinste, mit süßem Rahm hergestellte

Tafel-Margarine

in den letzten Tagen in grossen Sendungen frisch direkt von der Fabrik eingetroffen.

Marke I Pfd. **75** Pf., **Doppelcreme** Pfd. **85** Pf.

Emmericher Stolz, Pfd. **95** Pf.

Allerfeinste

Kokosnuss-Butter

½ Pfd.-Tablette **32** Pf., 1 Pfd.-Tablette **60** Pf.

Palmin

½ Pfd.-Tablette **35** Pf., 1 Pfd.-Tablette **70** Pf.

Feinster Speisetalg

½ Pfd.-Tablette **36** Pf., 1 Pfd.-Tablette **72** Pf.

Frisch geschlagenes Leinöl

von bestem Wohlgeschmack, Pfd. **40** Pf.

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch

6 Prozent Rabatt in Marken.

Imperial-Kino

Moritzstrasse 3.

Kristall-Spiegel-Doppel-Projektion.

Das Stiergefecht

in Nimes.

Kampf mit 2 Stieren.

Hochinteressante neue Aufnahme voll spannender Momente.

Aufzug der Quadrilla. Der Stier wird in die Arena gelassen. Reigen des Stieres. Die Pikadores. Die Banderillos. Kampf des Stieres mit den Pferden der Pikadores. Tätigkeit der Banderillos. Sieg des Espada. Fortschaffen des getöteten Stieres.

Ferner das künstlerisch vollendet zusammengestellte

Riesen-Programm

enthaltend die vorzüglichsten humoristischen Darbietungen

2 hervorragende Tonbilder
2 Naturaufnahmen
2 Dramen, darunter das große Drama

Episode aus der französischen Revolutionszeit.

Niemand versäume diese Woche, unserem Theater einen Besuch abzustatten. Jeder Besucher wird auf das Höchste befriedigt sein.

Gasthaus Klein-Luga.

Auf vielseitigen Wunsch Sonnabend den 20. bis Dienstag d. 23. Februar:

Großer Bockbierrummel

verbunden mit **Schweinskopf-Essen.**

Für Unterhaltung usw. ist bestens gesorgt. — Es laden freundlichst ein

Moritz Schreiter und Frau.

Restaurant zum

Residenz-Bad

Weinligstr. 8

hält sich bestens empfohlen

Anna verw. Günter

früher: Schenke z. Wilddieb

Güterbahnhofstr. 18.

Rest. „Sportecke"

Jeden Sonntag:

Grosses Konzert.

Paul Habig.

Aug. Kinners Rest.

Nieder-Gittersee

empfiehlt seine freundl. Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

Rest. Probierhaus

Altenzaun Straße 12, Ecke Friedrichstr.

empfiehlt sich den werten Parteigenossen zur geneigt. Beachtung

Vereinszimmer.

Georg Förderer und Frau.

Restaurant

Saxonia

4 Rähnitzgasse 4

empfiehlt seine freundl. Lokalitäten.

Täglich Konzert.

Edmund Richter und Frau.

Karpe's Restaurant

Neu-Gruna, Hofmannstraße 4

empfiehlt seine freundl. Lokalitäten geneigter Beachtung.

Kalte u. warme Speisen. F. Bier.

Vereinszimmer u. einzelne Tische frei.

Feder-Reinig

75 Pf. 1.-

Amalienstr. Ecke Dreiko

Im a. nen: **Schinken 1 Mark**

Del kat.-Pökelschinken	Pfd.	85 Pf.
Prima Kalbfleisch	„	70 „
Prima Lammfleisch	„	70 „
Fr. Schweinefleisch	„	70 „
Frischer Schinken	„	80 „
Stückfleisch	3 „	100 „
Mastochsenfleisch	2 „	100 „
ganz ohne Knochen, derb	„	90 „
Gewiegtes Fleisch	„	85 „
Geräucherter Speck	„	85 „
Fr. Speck	Pfd. 70 und	80 „
Delikateß-Schinkenfett	„	90 „
Hausacht gr. Wurstfett	„	60 „
Ia. Nierentalg	„	50 „
Schmer	„	70 „
Hausschl. Fettleberwurst	„	80 „
Blutwurst	„	60 „

Alles nur vom Besten!

Nicolai, Ecke Schumannstr. 31.

P. Sachses Gasthof, Heidenau

Sonntag den 21. Februar 1909

Gr. Theater-Abend

ausgeführt vom Dramatischen Verein Volksbühne Mügeln-Heidenau.

Zur Aufführung gelangt:

Flachsmann als Erzieher, Schulkomödie in 3 Akten von O. Ernst.

Einlaß 6 Uhr. **Anfang 7 Uhr.**

Nachdem: **Oeffentliche Ballmusik.**

P. Sachse.

Restaurant Karl Wehle

Dresden-Kaditz, Rankestrasse.

Nächsten Sonntag den 21. Februar

Grosses Bockbier-Fest

Hierzu laden freundlichst ein **Karl u. Selma Wehle.**

I. Mügelner ständ. Kino- u. Tonbild-Theater

Ringstrasse, gegenüber dem Café Zentral.

Programm für Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag:

Im Goldlande. Reise durch Südamerika. Nick Carter, der Detektivkönig. Die Zigarrenkiste. Traum einer Verlobten. Die Wirkungen einer Medizin. Die bestürmte Droschke. Frauenkopfschmuck. Die Spionin. Das zu Gefreit. Die Wilden beim Eisenbahnbau.

Ununterbrochene Dauervorstellung von 6 Uhr bis 11 Uhr abends. Sonn- u. Festtags Anfang der Vorstellung nachm. 3 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Otto Stopp.**

E. PASCHKY.

Die reichen Fischfänge

dauern noch an. Infolge der großen Zufuhren ist bei

Fleisch

frischer und nahrhafter Seefische fast

nicht teurer als Brot!

Aus heute vormittag wieder eingetroffener

Spezial-Waggonladung:

Seelachs, Helg., nur Fleisch in hochfeinen fetten und nahrhaftesten Fischen . **Pfd. 16 Pf.**

Kabeljau, ohne Kopf in ff. großen, kernigen Fischen . . . . . **Pfd. 16 Pf.**

Grüne Makrelenheringe delikate fette, zum Braten usw. . . . . 5 Pfund **75 Pf.**

Schellfisch, „Helgol." . Pfd. **18 Pf.**

Schellfisch, „Helg.", ff. groß, Pfd. **30 Pf.**

Austernfisch, nur Fleisch, in Fischen . Pfd. **25 Pf.**

Goldbarsch, ohne Kopf, fett wie Karpfen Pfd. **22 Pf.**

Sehr preiswert und fein:

Flußlachse, ff. rotfl. . . Pfd. **70 Pf.**

ausgeschnitten . . . . . Pfd. 85 Pf.

Hochdelikate neue

Riesen-Bratheringe

3 Stück 25 Pf.

für auswärts ¹/₁ Dose, etwa 42 Stück, ¹/₂ Dose, etwa 22 Stück:

25/1 Dosen	a **210** Pf.,	25/2 Dosen	a **115** Pf.
10/1 Dosen	a **215** Pf.,	10/2 Dosen	a **120** Pf.
5/1 Dosen	a **225** Pf.,	5/2 Dosen	a **125** Pf.
1/1 Dose	a **235** Pf.,	1/2 Dose	a **130** Pf.

Beste zarte weißfleischige

Neue Vollheringe

10 Stück 40, 50, 55, 60 Pf.
100 Stück 325, 500, 550 Pf.

¹/₄ Tonne **29, 34, 36** und **40** M.

Kalbfleisch . . . Pfd. 65 Pf.
Pökelfleisch . . Pfd. 70 Pf.
Hammelfleisch Pfd. 60-70 Pf.
Rindfleisch . Pfd. 50-70 Pf.

Markthalle Antonsplatz

Stand 14 und 15.

Schallplatten

25 cm doppelseit. 1.50 M.

Vorspielen bereitwilligst. Umtausch abgespielt. Platten und Walzen. Apparate von 4 M. an.

H. Schwenke, Ziegelstr. 50, I.

(Kein Laden! Billige Preise!)

Bitte Mama

würze Braten und Küche mit **Hagenmüllers „Allerlei",** das schmeckt so gut! Pakete a 5 u. 10 Pf. überall erhältlich.

Fabrik in Hartha in Sachsen.

Billige Einkaufsquelle!

Guterhalt. getragene Herren-Jacketts 2 M., herrschaftl. getr. Winterüberzieher 8 bis 10 M., Winterjoppen, Herrenanzüge, Stiefel spottbillig. Gr. Posten hochmod. Herren-Anzüge f. Herren 18-25 M. Westen, Stück 50 Pf. usw.

Reich, Gr. Brüderg. 5, I.

Staunend billig kauft man

guterh. Herren- u. Damen-Kleidung, auch neue, aller Art nur im Frack- u. Gehrockanzug-Verleihgeschäft

Große Brüdergasse 3, 3. Et.

im Hause des Fleischerladens.

Zöpfe, Unterlagen

in großer Auswahl auch von dazugegebenem Haar

Richard Heger, Friseur

Zwingerstr. 22 (I. Amtsgericht)

Billigste Kaufgelegenheit

in g. herrsch. getr. wie n. neuen Herren- und D.-Kleidern, Schuhen, Betten, Kinderwagen usw. a. Lager

10 Gr. Brüdergasse 10, I.

Jugendbettsofa, wenig gebr., u. **Küchensofa,** neu, 26 M., zu verk. Näheres Rosenstraße 22, 2. Et.